

**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 25. März 2021,
digital,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 23.00 Uhr**

Anwesend sind: 39 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Urs Knapp, 3. Anja Lanter, 4. David Plüss, 5. Madeleine Portmann,
6. Simone Sager, 7. Sandra Siegrist, 8. Deny Sonderegger, 9. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Gökhan Karabas, 4. Eugen Kiener,
5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Luc Nünlist, 8. Dr. Arnold Uebelhart,
9. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals, 4. Bartolomeo Vinci

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Martin Räber, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Ursula Rüegg, 3. Philippe Ruf

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!:

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

parteilos:

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Direktion Bau
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport (bis 22.00 Uhr)
Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Direktion Bau
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Patrick Käser

Vorsitz: Philippe Ruf

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Wahlbüro, Mitglied/Demission und Ersatzwahl
3. Dringlicher Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Verschiebung Entscheid über Verwaltungsrat der SBO (Frage der Dringlichkeit)
- * 4. Dringlicher Vorschlag Rolf Sommer betr. Offenlegung der Entschädigungen und Spesen der Verantwortlichen sbo und a.en/Frage der Dringlichkeit
5. Neubau Schulanlage Kleinholz, Verpflichtungskredit/Genehmigung
- ** 6. Netto-Null-CO₂-Strategie für die Stadtverwaltung Olten, Stossrichtungen und Umsetzungshorizont/Kennntnisnahme Stadtratsbeschluss
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 7.1. Dringlicher Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Verschiebung Entscheid über Verwaltungsrat der SBO (bei Zustimmung zur Dringlichkeit)
 - 7.2. Vorschlag Rolf Sommer betr. Stadtratsbeschluss Verkehrsmassnahmen Sälliquartier
 - *** 7.3. Interpellation Grüne Olten betr. Rechtsabbiegen für Velofahrer*innen
 - *** 7.4. Überparteiliches Postulat Tobias Oetiker und MU betr. Submissionsverfahren zum Aufbau und Betrieb eines Glasfasernetzes in der Stadt Olten
 - *** 7.5. Postulat Luc Nünlist (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Kollektives Gedächtnis Stadt Olten
 - *** 7.6. Postulat Luc Nünlist (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Fischbrunnen
 - *** 7.7. Postulat Eugen Kiener & Huguette Meyer Derungs (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Velostadt Olten
 - *** 7.8. Postulat Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Umgang mit Randständigen auf der Kirchgasse resp. Sockel der Stadtkirche
 - *** 7.9. Interpellation Fraktion Olten Jetzt betr. Erfahrungen LU-Sicherheitsdienst AG
 - *** 7.10. Motion Grüne betr. Sicherer Bahnhofzugang aus dem Schöngrundquartier

- ****7.11. Postulat Felix Wettstein (GO) betr. Ehemaliges Naturmuseum als temporärer Ort für Telearbeit (Coworking-Space)
- *** 7.12. Postulat Tobias Oetiker & Laura Schöni (Olten Jetzt) betr. Cannabis-Pilotversuch in Olten
- *** 7.13. Postulat Dieter Ulrich (SP/JSP) betr. Unterstützung Konzertveranstalter
- *** 7.14. Postulat Felix Wettstein (Grüne) betr. ein städtisches Laubmanagement für mehr Biodiversität und Gesundheit
- *** 7.15. Überparteiliches Postulat für eine Bedürfnisabklärung von Tagesstrukturen
- *** 7.16. Vorschlag gem. Art. 16 GO, Robin Kiefer betr. «Stoppt die Fahrraddiebstähle»
- *** 7.17. Interpellation Tobias Oetiker (Olten jetzt!) betr. Reduktion der Vergütungen für Energieerzeugungsanlagen durch a.en ab 1. Januar 2021
- *** 7.18. Motion Corina Bolliger (SP/JSP) und MU betr. Zeitgemässe Tagesschulen für Olten

- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** Absetzung
- *** aus Zeitgründen verschoben
- **** Rückzug

* * *

Parlamentspräsident Philippe Ruf begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Philippe Ruf:

Totenehrung

Ich muss zuerst eine traurige Mitteilung machen. Wir gedenken Kurt Troxler. Er war von 1981 bis 1997 für die SP im Gemeinderat, von 1983 bis 1991 in der GPK, von 1977 bis 1981 in der Baukommission, von 1983 bis 1985 in der Werkkommission und Mitglied mehrerer Spezialkommissionen betreffend Revision der Gemeindeordnung und der Stadtratsinitiative «Abbauen Vollamt». Ich wünsche Kurt Troxler alles Gute auf seiner nächsten Reise, die er jetzt angetreten hat, und seiner Familie und Mitmenschen alles Gute und viel Kraft in dieser schwierigen Zeit.

* * *

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am **27./28. Januar 2021** folgendem Geschäft zugestimmt:

- Einführung des Auftrags/Änderung der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes
(*Beschluss Ziffer 1./2.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 03. Februar 2021 und die Referendumsfrist ist am 06. März 2021 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und der Beschluss somit rechtskräftig ist.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Überparteilicher Auftrag betr. Erwerb der Winkelunterführung durch die Stadt
- Auftrag Matthias Borner betr. Massnahmen gegen Littering mit Wirkung
- Auftrag Florian Eberhard und Luc Nünlist betr. Kirchgasse begrünen
- Auftrag Florian Eberhard und Luc Nünlist betr. Tannwaldstrasse begrünen
- Dringlicher Auftrag Matthias Borner betr. Verschiebung des Entscheids über den Verwaltungsrat der Städtischen Betriebe Olten
- Dringlicher Vorschlag Rolf Sommer betr. Offenlegung der Entschädigung und Spesen der Verantwortlichen der sbo und a.en
- Auftrag Felix Wettstein (GO) betr. Biogas für die städtischen Liegenschaften
- Auftrag Felix Wettstein (GO) betr. städtische Liegenschaften baldmöglichst isolieren

* * *

Rückzug Postulat Felix Wettstein betr. ehemaliges Naturmuseum als temporärer Ort für Telearbeit Coworking-Space

Danke für die Information, Felix, und so sicher auch eine effiziente Sitzungsgestaltung.

* * *

Ordnungsanträge

Ich informiere über die beiden Ordnungsanträge, die eingegangen sind. Es ist einerseits der Ordnungsantrag der Grünen zur Streichung des Traktandums «Netto-Null-CO2-Strategie» und andererseits ist ebenfalls dieses Geschäft betreffend auch noch ein Ordnungsantrag der GPK eingegangen, dass wir das Geschäft der Netto-Null-CO2-Strategie nicht zur Kenntnisnahme unterbreiten, sondern zur Diskussion.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2021

Prot.-Nr. 46

Wahlbüro/Demission und Ersatzwahl

Für das Wahlbüro ist eine Demission aufgrund eines Wegzugs und eine Ersatzwahl zu verzeichnen:

Mit E-Mail von Anfang Februar gibt Elisa Walter (SP) ihren Wegzug aus Olten per Ende Februar 2021 bekannt. Sie schied deshalb am 28. Februar 2021 als Mitglied des Wahlbüros aus.

Als Ersatz für Elisa Walter schlägt die SP Frau Rahel von Däniken (SP) vor. Rahel von Däniken hat Jahrgang 1999, hat eine KV-Lehre bei der Stadtverwaltung Olten abgeschlossen, studiert aktuell Soziale Arbeit an der FHNW und arbeitet nebenbei im Contact Tracing Kanton Solothurn.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Elisa Walter (SP) und die Ersatzwahl von Rahel von Däniken (SP) als Mitglied des Wahlbüros zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Elisa Walter (SP) und die Ersatzwahl von Rahel von Däniken (SP) als Mitglied des Wahlbüros genehmigt.

Mitteilung an:
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten
Lohnbuchhaltung

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2021

Prot.-Nr. 47

Fraktionserklärung CVP/EVP/GLP betr. Zertifizierung als kinderfreundliche Gemeinde

Muriel Jeisy: Der Kanton Solothurn hat kürzlich mitgeteilt, dass er Gemeinden bei der Zertifizierung als kinderfreundliche Gemeinde unterstützen möchte. Die UNICEF-Initiative hat die systematische Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene und dadurch die Steigerung der Kinderfreundlichkeit im direkten Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen zum Ziel. Es geht dabei um die Bereiche Verwaltung, Politik, Schule, familienergänzende Betreuung, Gesundheit, Freizeit und Wohnumfeld. Neben der Umsetzung der Kinderrechte auf kommunaler Ebene steigert das Label kinderfreundliche Gemeinde auch die Attraktivität von Gemeinden für Familien. In diesem Jahr übernimmt der Kanton rund 60 % der Gesamtkosten, die für eine Gemeinde in Zusammenhang mit dem Zertifizierungsprozess anfallen. Rund 10 Gemeinden können mit den vorhandenen kantonalen Mitteln finanziell unterstützt werden. Die Verteilung erfolgt nach der Reihenfolge des Gesucheingangs. Deshalb möchten wir den Stadtrat jetzt unbedingt ermutigen, hier sehr schnell ein Gesuch beim Kanton zu stellen, um dieses Label zu erlangen. Bisher haben im Kanton Solothurn erst Grenchen und Laupersdorf das Label und dadurch neue Blickwinkel der Jüngsten erhalten. Obwohl die Stadt Grenchen schon seit Jahren grossen Wert auf Kinderfreundlichkeit legt, ist durch diese Zertifizierung nochmals ein Ruck durch die Verwaltung und die Politik gegangen. Das Ziel, sich die Kinderfreundlichkeit auf die Fahne zu schreiben, wird gelebt. Dank dem Label ziehen alle am gleichen Strick und man hält an dieser Zielsetzung bei kinder- und jugendbezogenen Themen und Projekten fest, hat der dortige Projektleiter als Auskunft gegeben. Auch Aarau, Baden, Wettingen und Sursee sind neben kleineren Gemeinden und grösseren Städten bereits als kinderfreundliche Gemeinden zertifiziert worden. Auch in Olten sollte dies ohne grossen Aufwand möglich sein. Wir wünschen uns deshalb sehr, dass Olten nicht nur auf das Label Energiestadt setzt, sondern gerade jetzt die Gunst der Stunde nutzt, um auch eine kinderfreundliche Gemeinde zu werden. Merci.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2021

Prot.-Nr. 48

Ordnungsantrag Fraktion Grüne betr. Netto-Null-CO2-Strategie

Raphael Schär: Philippe hat es gesagt. Ihr habt diesen Antrag im Vorfeld bereits zugeschickt erhalten. Wir haben schon in der GPK festgestellt, dass für dieses Traktandum kein Bericht und Antrag vorliegt und somit auch kein Beschluss gefällt werden kann. Der Stadtrat hat aber gesagt, dass er gerne unsere Meinung einholen möchte. Wir sind der Meinung, dass dies über den schriftlichen Weg weitaus effizienter geht. Ich habe dies auch ausführlich begründet. Man kann genauer formulieren. Man muss es nicht protokollieren. Deshalb empfehlen wir Euch, den Ordnungsantrag anzunehmen, und bedanken uns für die Unterstützung.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Wir haben diesen Antrag ein wenig mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, wenn wir denken, was wir in den letzten vier Jahren oder auch an dieser Sitzung in diesem Parlament diskutiert haben. Es sind Interpellationen wie zum Beispiel Rechtsabbiegen für Velofahrer, Sicherheitsdienst oder Reduktion der Vergütungen der Energieeinspeisungen dabei. Dann haben wir hier ein Geschäft Netto-Null-CO2-Strategie, das sicher sehr wichtig ist. Dass man darüber im Parlament nicht reden will, erstaunt uns. Die Fraktion wird sich wahrscheinlich der Stimme mehrheitlich enthalten und es laufen lassen.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Wir begrüßen den Antrag der Grünen sehr, dass man das traktandierte Geschäft ohne Antrag und ohne Weisungsbefugnis des Parlaments auf ausserhalb des Parlaments verschieben möchte. Somit ergibt die angekündigte Diskussion nicht Sitzungsgeld auf Kosten der Steuerzahler. Wer jetzt meint, dies sei günstig, den möchte ich einmal mehr auf die Kosten dieses Berichts aufmerksam machen. Der Bericht, der Euch zugestellt wurde, kostet zwischen Fr. 50'000.— und Fr. 100'000.— und dies für ein Geschäft, das nicht behandelt wird und bei dem es keinen Antrag gegeben hat.

Florian Eberhard, Junge SP/SP: Unsere Fraktion ist gegen diesen Streichungsantrag. Wir finden es wichtig, dass man transparent darüber diskutieren kann, vor allem, dass die Leute es hören können, was schriftlich eigentlich nicht wirklich so vorhanden ist, und werden ihn grossmehrheitlich nicht unterstützen.

Beschluss

Mit 18 : 15 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Somit erübrigt sich auch der Antrag der GPK.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2021

Prot.-Nr. 49

Dringlicher Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Verschiebung Entscheid über VR der SBO/Frage der Dringlichkeit

Matthias Borner: Die Dringlichkeit ist rasch erklärt. Hier geht es um einen Entscheid, wo die Frage ist, wann man diesen treffen möchte. Ist dies in der alten oder neuen Legislatur? Wenn wir dies heute nicht beschliessen, erübrigt sich mein Antrag. Deshalb befürwortet bitte die Dringlichkeit.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich vertrete Martin Wey. Er ist noch mit der Technik beschäftigt. Aber das können wir sicher noch lösen. Der Stadtrat verweigert sich dieser Dringlichkeit nicht, denn die Ausschreibung für die Besetzung dieser Mandate läuft ja auch. Hingegen hat er Einwände, was die Erheblicherklärung betrifft, und wird dies dann auch entsprechend ausformulieren. Aber jetzt geht es um die Dringlichkeit. Da sind wir einverstanden.

Beschluss

Einstimmig wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2021

Prot.-Nr. 50

Dringlicher Vorschlag Rolf Sommer betr. Offenlegung der Entschädigungen und Spesen der Verantwortlichen sbo und a.en/Frage der Dringlichkeit

Rolf Sommer: Schon seit Jahren wird über die sbo-/a.en-Entschädigungen debattiert. Ich sehe absolut keinen Grund, weshalb sie nicht veröffentlicht werden sollten. Schaut auch auf meinem Vorschlagsrecht die Hinweise zum Datenschutzgesetz. Es kommen sehr schwierige Zeiten auf uns zu. Viele Leute müssen sparen. Es ist doch ganz einfach, diese Daten zu veröffentlichen. Die beiden Stadträte und zugleich Verwaltungsräte wissen es doch. Gebt doch diese Daten frei. Ich bitte Euch, die Dringlichkeit im Interesse der Steuerzahler und sbo-/a.en-Kunden zu unterstützen, damit die Entschädigungen, die schon jahrelang ein Thema sind, endlich veröffentlicht werden. Nur so können wir mit den anderen regionalen Werken vergleichen. Diese Geheimnistuerei kann doch beendet werden. Die sbo/a.en gehört zu 100 % dem Oltner Volk. Es hat doch das Recht, dies zu wissen. Danke für die Bejahung der Dringlichkeit.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich mache es kurz. Im Gegensatz zum vorherigen Antrag sieht der Stadtrat keine Dringlichkeit. Er verwehrt sich aber der Transparenz nicht, möchte das Thema umfassend bearbeiten und auch auf alle Beteiligungen der Stadt Olten ausdehnen. Da hat es ja mehrere. Dringlichkeit nein, sachlich und materiell darüber diskutieren durchaus. Dazu sind wir bereit.

Dr. Christine von Arx, Fraktion Junge SP/SP: Wir sind gegen die Dringlichkeit. Wir spüren, worum es Rolf geht. Aber wenn man dies als Vorschlag betrachtet und schaut, was man als Vorschlag bringen kann, damit es sich an die parlamentarischen Instrumente anlehnt, sehen wir auch gar nicht, dass man dies heute Abend behandeln kann. Es sind Informationen, welche die sbo hat, die in ihren Unterlagen stehen und das Parlament im Moment gar nicht hat, um sie herausgeben zu können. Als Auftrag an den Stadtrat, sie herauszugeben, finde ich auch ein wenig schwierig, und es ist auch schwierig, um die Dringlichkeit zu begründen. Das Anliegen an Transparenz schieben wir, seit ich im Parlament bin, vor uns her. Man hätte genug Zeit gehabt, dies sauber aufzugleisen, einen sauberen Antrag zu stellen, damit man es dann auch sauber behandeln kann. Deshalb gegen Dringlichkeit.

Christian Ginsig, CVP/EVPLP-Fraktion: Ich mache es auch kurz. Wir finden es sehr wichtig, dass man Transparenz herstellt, was diese Entschädigungen anbelangt, aber nicht nur von der a.en/sbo, sondern von allen städtischen Beteiligungen. Wir finden dies wichtig. Aber Dringlichkeit sehen wir im Moment nicht.

Beschluss

Mit 31 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2021

Prot.-Nr. 51

Neubau Schulanlage Kleinholz, Verpflichtungskredit/Genehmigung

Aufgrund der steigenden Schülerzahlen ist die Erstellung von zusätzlichem Schulraum erforderlich. Das Parlament hat am 25. Januar 2018 beschlossen, dass die neue Schulanlage im Quartier Kleinholz erstellt wird und mit Beschluss vom 27. September 2018 festgehalten, dass das Raumprogramm Schulraum für 16 Klassen (4 Kindergärten und 12 Primarschulklassen), einer Erweiterungsmöglichkeit auf 24 Klassen, Tagesstrukturen und eine Dreifach-Turnhalle umfassen soll. Nach Abschluss des Architekturwettbewerbes und einer Projektüberarbeitung hat das Parlament am 27. Mai 2020 einen Verpflichtungskredit für die Projektierungsarbeiten beschlossen. Nach Abschluss der Vorprojektphase ist der Beschluss über den Verpflichtungskredit für den Bau der Anlagen erforderlich, damit die bauliche Umsetzung ohne Verzögerung bis Mitte 2024 erfolgen kann.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Die Vorlage zum Verpflichtungskredit für den Neubau Schulhaus Kleinholz basiert auf dem Auftrag des Gemeindeparlamentes vom 27. Mai 2020. Nach dem Abschluss der Vorprojektphase liegen nun die Baukosten in der erforderlichen Detaillierung zur Ermittlung der Anlagekosten vor. Für den nächsten Schritt ist der Beschluss des Parlamentes zum Verpflichtungskredit für den Bau der Anlagen erforderlich. Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum.

Projektanforderungen/Bestellung

Mit Bericht und Antrag des Stadtrates vom 27. September 2018 zur Genehmigung der Planungsvorgaben wurden die Projektanforderungen und Ziele umfassend beschrieben. Diese beinhalten im Wesentlichen folgende Punkte:

- Die neue Schulanlage wird mit 16 Abteilungen geplant, davon 4 Kindergartenabteilungen und 12 Primarschulabteilungen.
- Die notwendigen Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen sind integriert.
- Der Raumbedarf für das Sportangebot soll in einer Dreifachsporthalle abgedeckt werden. Es soll eine Schulsporthalle realisiert werden, die auch den Vereinen dienen wird.
- Die Schulanlage soll das prosperierende Quartier Kleinholz aufwerten und speziell in den Aussenanlagen als Treffpunkt für die Bevölkerung dienen.

- Die Schulanlage soll aufgrund des zu erwartenden Bevölkerungswachstums bis im Jahre 2040 mit zusätzlichen 8 Abteilungen erweitert werden können.
- Das vorliegende Pädagogische Konzept dient als Planungsvorgabe, indem im Neubau zeitgemässe Lernlandschaften angeboten werden.
- Olten ist Energiestadt und legt bei der Erstellung und im Betrieb ihrer Liegenschaften auf einen nachhaltigen Gebäudepark grossen Wert. Die Baute soll sich am Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) orientieren.

Raumprogramm

Für die aufgrund der Schülerzahlen hergeleiteten 16 Abteilungen wurde mit den notwendigen zudienenden Räumen auf Basis des Vorprojektes folgende Flächen gemäss SIA 416 ermittelt:

Bezeichnung	Flächen SIA 416 (m ²)	Bemerkung
Schulräume (Primarschule und Kindergarten, Werken, Musik, Material)	2'526	Schulzimmer, Gruppenräume
Tagesstrukturen	230	Aufenthalt, Küche
Administration	290	Büro, Sitzungszimmer
Hauptnutzfläche Schulbaute	3'046	
Hauptnutzfläche Turnhallen	1'644	Turnhalle, Geräteraum
Hauptnutzfläche Total	4'690	
Nebennutzflächen	2'398	Gruppenarbeiten, Aula, Lager, Umziehen
Funktionsflächen	293	Haustechnik
Verkehrsflächen	795	Treppen, Fluchtwege
Konstruktionsflächen	633	Fassade, Innenwände
Geschossflächen Total	8'809	

Besondere Anforderungen Schulanlage

Ganz offensichtlich verändert sich unsere Welt und Gesellschaft immer rasanter - nicht nur die Arbeitswelt der Erwachsenen, sondern auch die Technologie, Kommunikation oder die Familienstrukturen.

Das Schulgelände ist ein Ort, an dem nahezu alle Kinder und Jugendlichen im Lauf der obligatorischen Schulzeit je nach Betreuungssituation zwischen 10'000 und 16'000 Stunden lernen und leben. Lehrpersonen verbringen einen zunehmenden Anteil ihrer Arbeitszeit Vorort um den gestiegenen Anforderungen an die Präsenz, Erreichbarkeit und Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams gerecht zu werden.

Die gesellschaftlichen und bildungspolitischen Entwicklungen erfordern eine Anpassung der Schulen in pädagogischer und organisatorischer Sicht. Im Fokus stehen unter anderem:

Kompetenzorientiertes Lernen

- Erweiterte und offene Lernformen zur Individualisierung
- Flexible Unterrichtskonzepte

Umgang mit Heterogenität

- Integrative Förderung
- Altersgemischtes Unterrichten

Schul- und familienergänzende Betreuungsangebote

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Tagesstrukturen

Frühe Förderung

- Sprach- und Integrationsförderung
- Frühe Sozialisation für das Lernen und Wirken in Gruppen

Diese Weiterentwicklungen erfordern neben pädagogischen auch organisatorische Anpassungen verbunden mit der Gestaltung von Schul-, Betreuungsräumen und der Umgebung. Angepasst auf die Aufenthaltsdauer, das Alter und die Entwicklung der Kinder benötigt ein zeitgemässer Unterrichts- und Bildungsbetrieb Räume und Angebote für vielfältig und lebendig gestaltete kognitive, kreative, spielerische und soziale Aktivitäten.

Flexible Raumkonzepte und anregend gestaltete Aussenräume unterstützen vielfältige Lernerfahrungen - und angesichts der steigenden sozialen und kognitiven Anforderungen an Schulkinder eine Balance zwischen Aktivität und Regeneration.

Anforderung Dreifachturnhalle

Auslastung / Belegung

Vormittags können an einer Primarschule 4 Lektionen stattfinden und nachmittags zwei bis drei Lektionen. Eine Turnhalle bietet in Bezug auf die Nutzung durch Primarklassen eine theoretische Kapazität von maximal 32 Lektionen (siehe Tabelle Belegungsplan).

In der Praxis ist eine solche Ausnutzung selten möglich, da die Verfügbarkeiten von Lehrpersonal und Klassen (bspw. die Unterstufe wird nicht während 9 Halbtagen unterrichtet) sowie die sinnvolle Anordnung der Lektionen im Stundenplan dies verhindern. Ebenfalls ist die theoretische Kapazität ohne Berücksichtigung allfälliger Reinigungszeiten gerechnet. Eine Belegung zu 80% kann als realistische Zielsetzung gelten und würde einer Stundenplanung mit 26 Unterrichtslektionen pro Woche entsprechen.

Mit der geplanten Betriebsgrösse von 16 Klassen mit jeweils 3 Lektionen Turnunterricht ergibt sich ein Bedarf von 48 Sportlektionen pro Woche. Das neue Schulhaus ist aufgrund der Entwicklungsgebiete Kleinholz, Bornfeld und Südwest so projiziert, dass es um einen dritten Klassenzug auf total 24 Klassen ausgebaut werden könnte. Bei einem solchen Ausbau müssten 72 Lektionen (3 Turnhallen) eingeplant werden.

Bei einer Betriebsgrösse von 16 Klassen werden mindestens zwei Turnhallen benötigt. Dies bei einer Belegung mit 48 von 52 möglichen Lektionen bei einer Auslastung von 80%.

Belegungsplan / Stundenplan						
Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Total
PS 0745 - 0812 (0.5L) SEK 0725 - 0810	5	5	5	5	5	25
0815 - 0900						
0905 - 0950	4	4	4	4	4	20
1010 - 1055						
1100 - 1145						
1150 - 1235	2	2	2	2	2	10
PS 1240 - 1325 SEK 1255 - 1340						
PS 1330 - 1415 SEK 1345 - 1430						
PS 1420 - 1505 SEK 1435 - 1520	3	3	4	3	3	12
PS 1520 - 1605 SEK 1535 - 1620						
1625 - 1710	4	4		4	4	20
1715 - 1800						
1800 - 1900						
1900 - 2000	5	5	5	5	5	25
2000 - 2100						
2100 - 2200						
Primarschule	7	7	4	7	7	32
Sekundarschule	9 + 2 Mittag = 11	45 - 55				
Freizeit + Vereine	5	5	5	5	5	25 - 80

Tabelle: Theoretische Kapazität von Schulräumen (Turnhallen)

Im Zusammenhang mit der Auslastung von den Hallen ist es auch wichtig, die aktuellen und zukünftigen Lerninhalte zu beachten. Besonders bei Mannschaftssportarten und Spieltrainings wird mit zunehmendem Alter der Lernenden klar, dass eine Einzelhalle den Platzanforderungen des Unterrichts nicht genügt. Bei Schulungs- und Übungseinheiten von Volleyball, Badminton und ähnlich platzintensiven Spielen sind die Übungsformen bei rund 20 Schülerinnen und Schülern in einer Einzelhalle beschränkt. Planbare Doppelhallenbelegungen beispielsweise ab dem 5. Primarschuljahr sind aus Sicht des Unterrichts wertvoll, jedoch bei Vollausslastung der Infrastruktur kaum regelmässig umsetzbar.

Nutzung der Stadthalle

Die Stadthalle als Dreifachhalle bietet zwar im Primarschulbereich die nötige Kapazität für den Schulbetrieb im Kleinholz, nicht aber die geeigneten betrieblichen Voraussetzungen. Zudem wären heutige Nutzungen wie z. B. mehrtägige Veranstaltungen bei Vollnutzung durch die Schule nicht mehr möglich.

Heute ist die Stadthalle eine der grössten Eventhallen im Kanton Solothurn und wird auch entsprechend genutzt. Mit einer Umnutzung der Stadthalle als Schul- und Vereinssporthalle würden künftig Veranstaltungen unter der Woche sowie an Wochenenden deutlich eingeschränkt (Generalversammlungen, Messen, Sportgrossanlässe u. ä.). Umgekehrt schränken bereits heute grosse Veranstaltungen mit Auf- und Abbauzeiten den Schulsport ein. Dadurch fallen je nach Kalenderjahr zwischen 15 bis 25 Benützungstage weg.

Ausbaustandard der Stadthalle

Die Stadthalle wurde vor über 30 Jahren als Sport- und Eventhalle gebaut und nicht als Schulsportthalle. Die Stadthalle kann grundsätzlich mit baulichen Anpassungen (Hallenboden für Schul- und Vereinssport) und Investitionen in Material (Geräte- und Materialräume für drei Hallen) auf die heutigen Bedürfnisse der Schulen und Vereine besser angepasst werden.

Eine Doppelnutzung würde jedoch zu Kompromissen und Friktionen hinsichtlich beider Nutzungsfelder führen. So hat der Bodenaufbau für eine Eventhalle nicht die gleiche Anforderung wie für einen Sportboden.

Aus ökologischer Sicht ist bei der Stadthalle zu bedenken, dass für den Schulsportunterricht die vorhandene zusätzliche Kubatur im Bereich der Zuschauertribünen und des Foyers einen Zusatzaufwand mitbringen, welcher nicht erforderlich wäre.

Nutzung einer neuen Dreifachhalle durch Vereine

Grundsätzlich muss bedacht werden, dass alle Hallenbereiche in der Benutzungszeit am Abend vollständig durch die Vereine besetzt werden.

Der Wettkampfbetrieb in verschiedenen Sportarten (Handball, Unihockey, Hallenhockey, Faustball, etc.) erfordert die Raumgrösse einer Dreifachhalle. Entsprechend ist auch die Nachfrage nach Dreifachhallen für Trainings an den Abenden, bei nicht kostendeckenden Benutzungsgebühren, weit höher als das aktuelle Angebot.

Aktuell wird die Stadthalle, sowie die via Kanton gemietete Giroud-Olma-Halle (BBZ) als Dreifachsporthalle genutzt. Unter der Woche von Montag bis Freitag wird seitens des Vereinssports dringend eine weitere Dreifachhalle benötigt.

Wieso lohnt sich die Realisierung der Dreifachturnhalle zum jetzigen Zeitpunkt?

Die neue Dreifachturnhalle kann optimal auf die Bedürfnisse für den Schulsport und die Vereinstrainings und deren effizienten Betrieb ausgerichtet werden. Zudem eröffnet dies Handlungsoptionen bei der gemieteten Giroud-Olma-Halle und der weiteren Zukunft der Stadthalle. Der Stadtrat beabsichtigt, den Mietvertrag mit dem Kanton betreffend Giroud-Olma-Halle auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der neuen Dreifachturnhalle zu kündigen. Eine Realisierung der Dreifachturnhalle zum gleichen Zeitpunkt wie die Schulanlage

ermöglicht zudem eine Kostenoptimierung für die Schulanlage (Fassade, Räume in Untergeschossen, technische Installationen mit Sprungfixkosten) und natürlich auch gegenüber einer etappierten Umsetzung einer Dreifachturnhalle.

Energielabel

Der Stadtrat hat sich im Rahmen der Projektentwicklung auf den Minergie-P-ECO Standard verpflichtet. Da seit Ende 2019 nun auch für die Gebäudekategorie Bildungsbauten die aktualisierte Zertifizierung gemäss Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) 2.0, zur Verfügung steht, konnte eine Abwägung erfolgen, welcher Standard den Anliegen der Stadt und dem Auftrag des Gemeindeparlamentes näherkommt.

Der Nachweis des SNBS 2.0 erfolgt anhand von 45 Indikatoren aus den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt.

Gegenüber Minergie besteht bei diesem Label der grosse Vorteil in der Wahl des Lüftungskonzeptes. Mit dem SNBS können gut funktionierende und einfach bedienbare Minimallüftungen geplant werden, während mit dem Minergie-P-ECO die Auswahl massiv einschränkt und zugleich ohne einen Mehrnutzen verteuert wird. Die Kriterien für das Thema Umwelt basieren auf der Ressourcen- und Klimabetrachtung gemäss SIA 2040 «Effizienzpfad Energie», der Materialanforderungen von Minergie-ECO, der Inbetriebnahme sowie der nachhaltigen Mobilität, der Artenvielfalt und der Bodennutzung (Dichte).

Die Zertifizierung nach SNBS wird beim vorliegenden Projekt als sinnvoller als die Zertifizierungen Minergie-P-ECO erachtet, da SNBS flexiblere und einfacher bedienbare Lösungen auch in Richtung Low Tech und eine ganzheitlichere Beurteilung (Mobilität, Umgebungsgestaltung, städtebauliche Eingliederung) zulässt. In diesen Kriterienbereichen liegt für das Schulhaus nun ein vorbildliches Projekt vor. Mit der Zertifizierung gemäss SNBS Bildungsbauten kann ein wirkungsorientiertes Instrument für die gesamthafte Abbildung nachhaltiger Ziele bei der Projektentwicklung eingesetzt werden. Bei frühzeitiger Implementierung des SNBS entstehen gemäss den Rückmeldungen der Fachplaner auch keine nennenswerten Zusatzaufwände.

Projektwettbewerb

Verfahrensablauf

Das Submissionsgesetz des Kantons Solothurn fordert für die Vergabe eines Projektauftrages, welcher über dem Schwellenwert von Fr. 250'000.- liegt, ein offenes Vergabeverfahren, wie dies z. B. der Projektwettbewerb darstellt. Der Projektwettbewerb wurde in einem selektiven Verfahren öffentlich ausgeschrieben.

In der 1. Phase hatten die bewerbenden Teams im Rahmen einer Präqualifikation ihre Eignung für die Bewältigung der Aufgabe nachzuweisen und ihre herausragende Qualifikation in den Bereichen Städtebau, Architektur, Landschaftsarchitektur, Baumanagement, Gebäudetechnik und Nachhaltigkeit sowie ihre technische, personelle und organisatorische Leistungsfähigkeit und ihre Erfahrungen im Schulhausbau darzulegen.

Zum Projektwettbewerb in der 2. Phase des Submissionsverfahrens wurden aus 88 Bewerbungen 15 Generalplaner ausgewählt und zur Projekteingabe eingeladen, davon 2 Generalplaner mit Nachwuchsbüros aus dem Bereich Architektur. Die eingereichten 15 Projektdossiers hat die Jury gemäss dem Erfüllungsgrad der Beurteilungskriterien rangiert.

Der Projektwettbewerb wurde anonym durchgeführt und die Ergebnisse wurden vom 25. September bis am 9. Oktober 2019 öffentlich ausgestellt.

Siegerprojekt „windmolen“

Das Siegerprojekt „windmolen“ stammt vom Team neff neumann architekten ag, Zürich (Architektur) zusammen mit b+p baurealisation ag, Zürich (Baumanagement), sowie den weiteren Fachplanern Studio Vulkan Landschaftsarchitektur GmbH, Zürich (Landschaftsarchitektur), Büro Thomas Boyle + Partner AG, Zürich (Baustatik), Waldhauser + Hermann, Münchenstein (Gebäudetechnik) und Durable Planung und Beratung GmbH, Zürich (Energie / Nachhaltigkeit).

Es wurde wie folgt im Jurybericht beschrieben und beurteilt:

«Die zweigeschossig in Erscheinung tretende Schulanlage vereint Dreifachsporthalle und Schulhaus in einem Gebäude, welches jedoch auch unabhängig voneinander betrieben werden kann. Windmühlenartig sind die Räume um den zentralen Innenraum organisiert, wobei strukturell vier Andockstellen für mögliche bauliche Erweiterungen entstehen. Diejenige Richtung Norden ist mit der Dreifachsporthalle besetzt, welche parallel zur Stadthalle steht und im Zwischenraum den neuen Quartierverbindungsweg von der Kleinholzstrasse bis zur Ahornallee definiert. Der weiträumige, dreiseitig umlaufende Grünraum wertet die gesamte Anlage auf und ist eine Bereicherung für die Bewohner des Quartiers.

Die Nutzungsverteilung der verschiedenen Bereiche ist einfach und klar. Im Erdgeschoss sind neben dem Haupteingang die Schulleitung mit Lehrerbereich sowie die vier Kindergartenabteilungen und die Räumlichkeiten der Tagesstrukturen angeordnet. Diese Nutzungen erhalten dadurch einen direkten Zugang in den Aussenraum. Im ins Untergeschoss abgetreppten zentralen Innenraum können Veranstaltungen, Theateraufführungen und weitere Aktivitäten in Kombination mit den Musikräumen erfolgen. Durch diese Disposition konnten im Obergeschoss sämtliche Klassenzimmer und Werkräume angeordnet werden. Die Kombinationsmöglichkeiten mit den Gruppenräumen und den aktivierbaren Verkehrsflächen ergibt die erwünschte grosse Nutzungsflexibilität, die an zukunftsweisende Lernlandschaften gestellt wird.

Das Hallenniveau der Dreifachsporthalle liegt im Untergeschoss, sodass die Garderoben und Materialräume nicht volumetrisch in Erscheinung treten. Dadurch wirkt der Turnhallenkörper schlank und ist von drei Seiten einsehbar. »



Abbildung: Visualisierung Wettbewerbsprojekt; neff neumann architekten ag

Projektoptimierung

Der von der Jury festgestellte und im Jurybericht deklarierte Anpassungsbedarf musste infolge der Relevanz (Grundriss, Kosten, Terminplan) zuhanden der Vorlage an das Gemeindeparlament aufgearbeitet werden. In der Projektoptimierungsphase wurden die Erkenntnisse aus dem Projektwettbewerb bezüglich Betrieb und Funktionalität (Musikräume) sowie Flächeneffizienz und Kostenvorgabe verbessert. So konnte die Geschossfläche über das ganze Projekt um ca. 5% reduziert werden. Zusätzlich führten konstruktive Vereinfachungen (Massivbau anstelle Hybridbauweise) und die Verlagerung der Musikräume aus dem abgetreppten Zentralraum zu weiteren Kosteneinsparungen.

Eingliederung in das Quartier Kleinholz

Die neue öffentliche Anlage dient nicht nur der Schule, sondern stellt auch einen wichtigen Begegnungsort im Quartier dar. Neben den speziellen Räumlichkeiten der Schule, welche ausserhalb der Schulzeit auch weiteren Nutzerinnen zur Verfügung stehen, bildet die Umgebung grosszügigen Raum für Quartieraktivitäten.

In keinem Quartier von Olten wurden in den letzten Jahren und werden in den nächsten Jahren so viele Familienwohnungen erstellt wie in unmittelbarer Umgebung der neuen Schulanlage. So sind in den vergangenen Jahren über 110 Wohnungen neu erstellt worden. Zudem bestehen mit den Liegenschaften der Genossenschaft 3 Tannen, der Überbauung Platanen und dem Bornfeld weitere gute Wohnangebote für Familien vor Ort.

Das Gebiet Kleinholz weist noch wesentlich mehr Potential auf, so befinden sich aktuell 3 weitere Mehrfamilienhäuser in der Projektentwicklungsphase. Wenn das ganze Areal überbaut ist, wird es mit weiteren rund 250 Wohnungen Platz für zusätzliche 600 Einwohner/innen bieten. Ein grosser Teil der Innenstadt und auch das grosse Potential im Bereich Schützi/Rötzmatt und im Gebiet Olten Südwest weisen sichere Schulwege zum Areal auf.

Beschluss Gemeindeparlament Projektierung

Auf der Projektbasis «optimiertes Wettbewerbsprojekt» erfolgte der Beschluss des Gemeindeparlamentes zum Verpflichtungskredit für die Projektierungsarbeiten (SIA Phasen 31 bis 33, Vorprojekt/Bauprojekt/Baubewilligungsverfahren, Auflageprojekt). An der Sitzung vom 27. Mai 2020 wurde dazu ein Kredit von Fr. 2'220'000.- bewilligt. Der Hintergrund der Vorlage bildete eine Grobkostenschätzung für die Anlage von Fr. 34,56 Mio. (+/- 20%).

Vorprojekt

Projektbeschreibung

Die Vogelperspektive und die Grundrisse zeigen die Qualität des Projektes. Die windmühlenartig angeordneten Vorsprünge ermöglichen neben der optimalen Umsetzung des pädagogischen Konzeptes (Lernlandschaften) auch eine Andockstelle für die neue Turnhalle oder zusätzliche Schulräume. Der Schulbau weist ein Untergeschoss, ein Erdgeschoss und ein Obergeschoss aus. Die Musikräume im Untergeschoss ermöglichen mit dem Foyer einen guten Austausch zwischen der Schule und der Bevölkerung. Im Erdgeschoss sind die Räume von Schulleitung, Administration, Sitzungszimmer zusammengefasst. Zudem ermöglicht die Anordnung der Tagesstruktur im Erdgeschoss mit separatem Eingang eine eigenständige Nutzung auch ausserhalb der ordentlichen Betriebszeiten. Die erdgeschossige Lage der Kindergartenräume ermöglichen einen direkten Bezug zum Aussenraum. Im ersten Obergeschoss bilden die Klassenräume zusammen mit den Gruppenräumen und dem Werken zeitgemässe Lernlandschaft mit Nischen. Vier peripher angeordnete Fluchttreppen gestatten das freie Bespielen des gesamten Geschosses und einen peripheren Zugang zum Aussenraum.

Das Volumen der Turnhalle wird zur besseren Eingliederung um die Geschosshöhen der Nebenräume in das Erdreich versenkt. Daraus resultiert auch ein kleinerer Fussabdruck. Zwischen Schule und Turnhalle ist der hindernisfreie Zugang mit einem Lift sichergestellt. Zudem ist ein Verbindungsgang zu den Garderoben in der Stadthalle vorgesehen.

Der Aussenraum dient zum einen den Nutzungen der Schulanlage als Aussenraum für Unterricht, Spiel und Pausenplatz. Zum anderen ergibt sich aus der grosszügigen Gestaltung auch ein attraktiver Quartiertreffpunkt in der Siedlung.

Pläne



Abbildung: Untergeschoss, Erdgeschoss und Obergeschoss mit Flächendefinition (SIA 416)



Abbildung: Erdgeschoss mit Umgebung

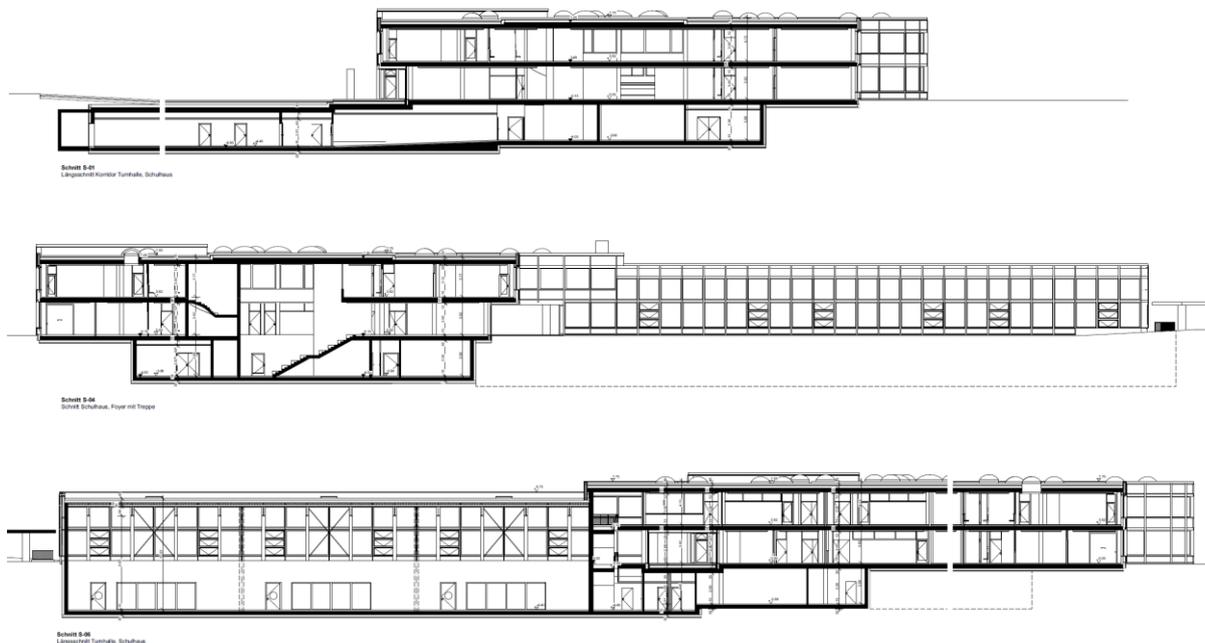


Abbildung: Schnitte

Photovoltaik

Die Stadt setzt mit den Städtischen Betrieben Olten (sbo / a.en) als professionellen Partner für die Photovoltaikanlage ein Private Public Partnership Projekt (PPP) um. Nach einer ersten Einschätzung könnte auf den Dächern von Schulhaus und Turnhalle ca. 350'000 kWh/a produziert werden. Die a.en wird in einem ersten Schritt die Anlage auf dem Dach des Schulhauses realisieren und stellt deren Betrieb dauerhaft sicher. Die Energie wird vorrangig direkt in der Schulanlage verwendet. Dem Gestehungspreis (12.5Rp/kWh) steht gegenüber, dass dafür keine Netznutzungskosten und –abgaben fällig werden.

Heizanlage

Die Bauten werden direkt an den Wärmeverbund Bornfeld von den Städtischen Betrieben Olten (sbo / a.en) angeschlossen. Das Schulhaus Kleinholz soll 100% mit erneuerbaren Energien geheizt werden. Daher wird ein Zuschlag für einen Mehranteil Pellet und Biogas (Spitzenlast) fällig. Es ist von einem Wärmepreis von ca. 17.5 Rp./kWh auszugehen.

Projektkosten

Investitionsplanung

Im Budget 2019/2020 und im Finanzplan 2021-2027 waren resp. sind für das Bauvorhaben folgende Mittel vorgesehen:

Jahr	Schulhaus	3-fach Turnhalle
	2170.5040.003 [CHF]	2170.5040.009 [CHF]
vor 2020	300'000	100'000
2020	800'000	200'000
2021	1'200'000	500'000
2022	7'000'000	3'000'000
2023	10'000'000	5'000'000
2024	4'000'000	2'000'000
Total	23'300'000	10'800'000

Kostenschätzung Vorprojekt Schulhaus und Sporthalle

Auf der Basis des Vorprojektes wurde von der b+p baurealisation ag eine Kostenschätzung nach eBKP-H erstellt (Kostengenauigkeit +/- 15%):

Bezeichnung (e-BKP-H)	Schulhaus (CHF)	3-fach Turnhalle (CHF)	Total (CHF)
Anlagekosten (A-Z)	24'400'000	13'510'000	37'910'000
Davon Erstellungskosten (Anlagekosten ohne Grundstück, Reserve und MWSSt.; B-W)	22'660'000	12'540'000	35'200'000
Davon Bauwerkskosten (Kosten für die Gebäudeherstellung; C-G)	13'380'000	7'230'000	20'610'000
BKP2 und 8 (Kosten Gebäude und Honorare)	18'680'000	10'100'000	28'780'000

Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung

Parameter	Basis- werte	*2024	2025	2026	2027	2028	2029ff
Anlagewert (AW)	37'910'000						
Baulicher Unterhalt	% AW	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.8
Betrieblicher Unterhalt	% AW	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Kostenkalkulation							
Abschreibungen	(33 Jahre)	574'500	1'149'000	1'149'000	1'149'000	1'149'000	1'149'000
kalk. Zinskosten	1%, 1/2AW	95'000	190'000	190'000	190'000	190'000	190'000
Baulicher Unterhalt		76'000	152'000	152'000	152'000	152'000	304'000
Betrieblicher Unterhalt		190'000	380'000	380'000	380'000	380'000	380'000
Total jährliche Auswirkungen Erfolgsrechnung		935'500	1'871'000	1'871'000	1'871'000	1'871'000	2'023'000

*2024: 1/2 Jahr

Erläuterung Tabelle: Auf der Basis von standardisierten Kennwerten für den Unterhalt (Hauswartung, Reinigung, Betriebskosten und Instandhaltung), den Abschreibungen und Zinskosten (buchhalterische Werte; ohne direkten Geldfluss) beträgt die voraussichtliche jährliche Belastung durch die Schulanlage mit Anlagekosten von CHF 37,910 Mio. in der Erfolgsrechnung CHF 1,871 bis 2,023 Mio.).

Kostenentwicklung

Der Finanzplan ist von tieferen Kosten ausgegangen. Die Abweichungen zur Machbarkeitsstudie 2018, welche die Grundlage der Kostenschätzung im Finanzplan war, begründet sich wie folgt:

- Die horizontale Erweiterbarkeit um 8 weitere Abteilungen in Zukunft bedingt eine sinnvolle Vorinvestition bezüglich Situierung und Andockstellen.
- Die Möglichkeit die Turnhalle als separate Baute zu realisieren, verhindert ein kompakteres Volumen und erhöht den Benchmark. Mit diesem Konzept kann jedoch der Schulbetrieb auf 2 Etagen stattfinden, was einen betrieblichen Vorteil bietet und eine gute Integration in das Quartier ermöglicht.
- Die pädagogisch sinnvollen und für einen zukunftsweisenden Unterricht notwendigen Lernlandschaften fordern zusätzliche Flächen als nur reine Erschliessungskorridore. Dies generiert jedoch einen Mehrwert und bietet die notwendige Nutzungsflexibilität und Adaptionfähigkeit an künftige Veränderungen.
- Der Gebäudestandard SNBS führt zu Mehrkosten bei den Investitionen (höhere Dämmwerte, Lüftungsanlage, Anteil Einsatz erneuerbare Energie), ist jedoch langfristig wirtschaftlicher, da sich dies positiv auf die jährlich wiederkehrenden Betriebskosten auswirkt (u.a. tiefere Energie- und Unterhaltskosten). Gleichzeitig deckt sich diese Anforderung mit dem politischen Vorstoss zur CO₂-Neutralität.
- Der Aussenraumperimeter wurde vergrössert. Damit entsteht aber auch ein wertvoller Treffpunkt im Quartier Kleinholz.

Die Vorgabe einer Kostenoptimierung der Investition wurde umgesetzt, indem:

- Konstruktion vereinfacht wurde (durchgehende Decken, Statik, Material, Baugrube)
- Statisches Einheitsraster
- Reduktion der Klassenzimmergrösse auf 72 m²
- Kombination von Nutzungsflächen (Musik/Aula, Gruppenraum/Verkehrsflächen, Technik/Verkehrsflächen)
- Technische Ausstattung (low-tech), Kombination von mehrheitlich natürlicher Belüftung mit mechanischer Belüftung
- Dimensionierung der Lüftungsanlagen auf den Normalbetrieb und nicht auf ausserordentliche Sondernutzungen
- Gute Ausleuchtung mit Tageslicht
- Teilunterkellerung (nur den Teil, der betrieblich erforderlich ist)

Die Vorgabe einer Optimierung der Betriebskosten und Nachhaltigkeit wurde umgesetzt, indem folgende Faktoren beachtet werden:

- Gute Dämmung und Fenster, nachhaltige Materialien (SNBS)
- Einbezug betrieblicher Anforderungen in die Planungsphase (Logistik, Reinigung, Unterhalt)
- Anschluss an die Fernwärme (CO₂-neutraler Betrieb)
- Photovoltaik für Eigenversorgung

Übersicht Kostenentwicklung und Begründung Abweichung

E BKP- H	BEZEICHNUNG	KOSTENGROB- SCHÄTZUNG +/- 25% (STAND: 19.12.2019)	KOSTENSCHÄTZ UNG +/-15% (STAND: 15.2.2021)	ABWE ICHU NG	BEGRÜNDUNG ABWEICHUNG
A	Grundstück	0	0	0%	
B	Vorbereitung	2'164'000	3'674'000	170%	Kontaminierter Aushub, aufwendigere Foundation; grösserer Aushub bzw. Volumen infolge Konstruktion, Gebäudetechnik und Verbindung zur Stadthalle
C	Konstruktion Gebäude	5'477'000	6'287'000	115%	Grösseres Volumen infolge Konstruktion, Gebäudetechnik und Verbindung zur Stadthalle
D	Technik Gebäude	4'241'000	4'691'000	111%	Aufwand Elektroanlagen und Leitsystem; grösseres Volumen
E	Äussere Wandbekleidung	1'631'000	3'166'000	194%	Aufwand infolge Nachtauskühlung; Glasanteil, SNBS, grösseres Volumen
F	Bedachung Gebäude	2'002'000	1'680'000	84%	Vereinfachung Oblichter und Volumen
G	Ausbau Gebäude	5'115'000	4'787'000	94%	
H	Nutzungsspezifische Anlagen	350'000	203'000	58%	
I	Umgebung Gebäude	2'124'000	2'041'000	96%	
J	Ausstattung Gebäude	2'000'000	1'940'000	97%	
V	Planungskosten	6'062'000	6'358'000	105%	Ermittlung der Planungshonorare erfolgt auf Basis Baukosten; Integration Aufwand Wettbewerbsphase
W	Baunebenkosten	923'000	370'000	40%	
Y	Reserve	0	0	0%	
Z	Mehrwertsteuer	2'471'000	2'710'000	110%	Basis Baukosten
A-Z	Anlagekosten	34'560'000	37'910'000	110%	

Damit wurde das definierte Kostenziel von CHF 34,56 Mio. verfehlt. Aus diesem Grund hat die Projektsteuerung im Rahmen der Verabschiedung des Vorprojektes folgenden Auftrag formuliert:

Am 15. Februar 2021 wurde die revidierte Kostenschätzung nachgereicht. Mit den erfolgten Projektoptimierungen konnten die Anlagekosten auf gesamthaft CHF 37.9 Mio. gesenkt werden. Das Kostenziel von CHF 34.56 Mio. wurde dadurch jedoch noch nicht erreicht. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Gebäudevolumen seit Projektstand «Optimiertes Wettbewerbsprojekt» von 43'150 m³ bis zum Vorprojekt auf 49'607 m³ angewachsen ist. Die Kostenkennwerte zeigen aber, dass die Schulanlage Kleinholz im Vergleich mit anderen Schulanlagen durchaus in einem durchschnittlichen Bereich liegt.

Mit der Projektoptimierung konnten erste Einsparoptionen erzielt werden. In der nächsten Projektphase gilt es in jeder Fachdisziplin das Optimum auszuschöpfen. Ein wesentliches Potential wird dabei in der Schnittlösung geortet, in dem das Untergeschoss im Turnhallenbereich angehoben werden kann. Dazu bedingt es eine optimale Leitungscoordination im Lüftungsbereich und eine Prüfung der Einordnung in die

Umgebungsgestaltung. Weitere Potentiale sollen bei der Fassadengestaltung, der Anordnung der Technikräume (möglichst unter und nicht neben der Schulbaute), der Entwässerung und der Umgebungsgestaltung geprüft werden.

Kreditantrag

Projektumfang

Die Schulanlage gliedert sich in die folgenden Bereiche:

- a) Primarschulhaus mit den Schulräumen für 4 Kindergartenabteilungen und 12 Primarschulklassen inklusive Werkräumen, Schulleitung und Lehrerbereich sowie Tagesstrukturen
- b) Dreifachsporthalle
- c) Aussenanlagen für die verschiedenen Nutzergruppen.

Für den Schulbetrieb auf der Basis von 16 Abteilungen würde grundsätzlich das Raumangebot einer Doppelsporthalle ausreichen. Der Entscheid, bereits heute die Dreifachsporthalle auszuführen, ist jedoch wirtschaftlich begründet, da eine nachträgliche Erweiterung um eine Sporthalle bei der Ergänzung der Schulanlage um 8 zusätzliche Abteilungen unverhältnismässig kostenintensiv wäre.

Diese Vorinvestition in eine Dreifachhalle dient zudem dem Vereinssport und generiert einen massiven Mehrwert. Diese Infrastruktur ermöglicht auch die Stadthalle als Eventhalle und für grössere Vereinsanlässe weiterzuführen. Zusätzlich kann eine neue Dreifachhalle den Minimalbetrieb während der Sanierung der Stadthalle aufrechterhalten.

Kostenzusammenstellung Anlagekosten

Für das Projekt ist nachstehender Finanzbedarf notwendig:

Position	Schulhaus	Turnhalle
0 Grundstück	0	0
1 Vorbereitungsarbeiten	468'413	484'830
2 Gebäude (ohne Honorare)	15'251'441	8'081'719
3 Betriebseinrichtungen	0	0
4 Umgebung	1'364'618	676'663
5 Baunebenkosten	865'607	420'549
6 Mehrwertsteuer	1'744'460	965'884
8 Honorare (Planer)	3'428'727	2'013'679
9 Ausstattung	1'276'520	866'540
Total (gerundet)	24'400'000	13'510'000
Projektreserve (5%)	1'220'000	675'000
Anlagekosten inkl. Projektreserve	25'620'000	14'185'000
Genauigkeit Angaben (-15%)	21'777'000	12'060'000
Genauigkeit Angaben (+15%)	29'463'000	16'310'000
Davon bereits bewilligt		
Projektentwicklung*	400'000	100'000
Projektierung*	1'480'000	740'000
Total	1'880'000	840'000
Ausstehender Kreditbedarf für bauliche Umsetzung inkl. Projektreserve	23'740'000	13'345'000
**zus. Bedarf Schulanlage bei Realisierung «Schulanlage ohne Turnhalle»	3'030'000	
Total (ohne Turnhalle)	28'650'000	

* Das Parlament hat bereits CHF 500'000.- für die Projektentwicklung (Standort, Raumprogramm, pädagogisches Konzept, Machbarkeit, Wettbewerb, Projektoptimierung) und Fr. 2'220'000.- (inkl. MwSt.; SIA-Phasen 31-33) rechtskräftig bewilligt. Diese Kosten sind in den Anlagekosten enthalten.

** Wenn die Turnhalle nicht realisiert wird, verteuert sich die Schulanlage infolge zusätzlicher Fassadenfläche, Umgebungsgestaltung und Fixkosten wie z. B. Baustelleninstallation und Vorinvestitionen wie z. B. Lüftung und Nebenräume unter Schulanlage. Der Bedarf wurde mittels detaillierter Berechnung durch Kostenplaner ermittelt. Zudem erfordert die Umnutzung der Stadthalle zur Schulturnhalle eine zusätzliche Investition.

Plausibilisierung Wirtschaftlichkeit

Die in der Kostenschätzung kalkulierten Anlagekosten ergeben im Durchschnitt für das Schulhaus inkl. Sporthallen einen Benchmark von 4'303 CHF/m² Grundfläche (Basis Anlagekosten). Der Vergleich mit Schulanlagen, die in den letzten Jahren erstellt wurden, zeigt, dass die berechneten Kosten pro m² Geschossfläche in einem vergleichbaren Rahmen liegen.

Zusätzlich garantiert der Gebäudestandard tiefe jährlich wiederkehrende Betriebskosten (u.a. Energie- und Unterhaltskosten) sowie tiefere Instandsetzungskosten durch die konsequente Systemtrennung.

Die nachstehende Tabelle weist die verschiedenen Kennwerte der Referenzprojekte aus (GF «Geschossfläche», BUF «Bearbeitete Umgebungsfläche»):

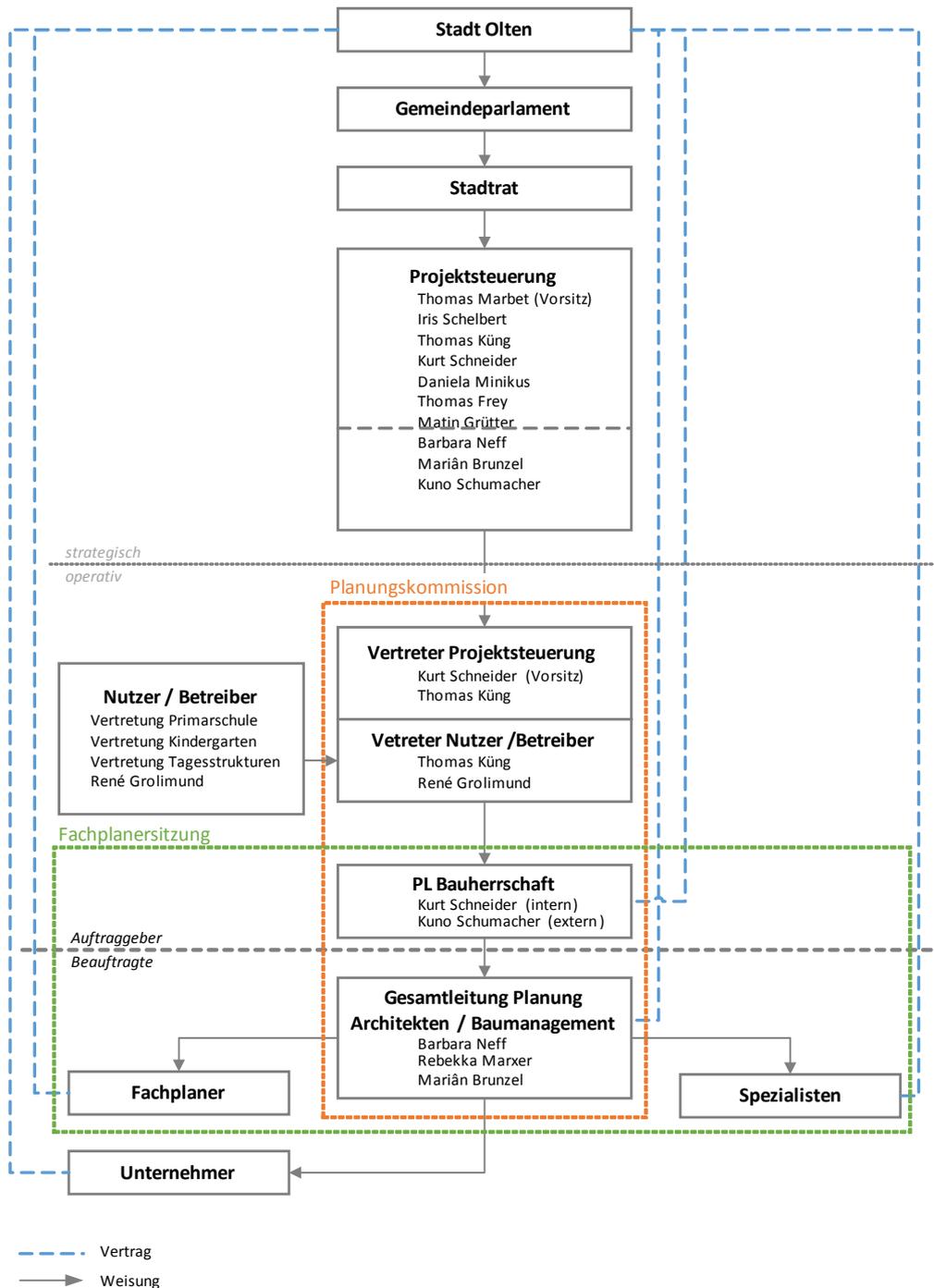
Schulhaus	Raumprogramm	Anlagenkosten ohne Grundstückskosten (CHF)	Flächen nach SIA 418	Kennwerte Anlagekosten
Neubau Schulanlage Kleinholz, Olten	<ul style="list-style-type: none"> - 16 Klassenzimmer - 8 Gruppenräume (Klassen) - 4 Werkräume (technisch/textil) - 2 Musikzimmer - 2 Therapiezimmer klein (Logopädie) - 1 Arbeits- und Aufenthaltszimmer Lehrpersonen - Büros Schulleitung/Sekretariat/Hauswart - Tagesstrukturen - Lernlandschaft - Singsaal - Versammlungsort - 3-fach Sporthalle 	Schulhaus und Sporthallen: 37.9 Mio. CHF	GF Schulhaus: 6'345 m ² GF Sporthallen: 2'464 m ² GF Gesamt: 8'809 m ² BUF Schulhaus: 12'254 m ²	Schulhaus + Sporthallen: 4'303 CHF/m² GF
Erweiterung Schulhaus Oberdorf, Oensingen	<ul style="list-style-type: none"> - 8 Klassenzimmer - 4 Gruppenräume - 2 Werkzimmer - 1 Lehrervorb. 	Schulhaus: 8.6 Mio. CHF	GF Schulhaus: 1'954 m ² BUF: keine Angaben	Schulhaus: 4'401 CHF/m² GF
Neubau Primarschulhaus BZZ, Zofingen	<ul style="list-style-type: none"> - 12 Klassenzimmer - 6 Gruppenräume - 1 Reservezimmer - Logopädie - Bibliothek - Singsaal - Zentralraum 	Schulhaus: 19.6 Mio. CHF	GF Schulhaus: 4'760 m ² BUF: keine Angaben	Schulhaus: 4'118 CHF/m² GF
Schulanlage Alp 2, Wangen bei Olten	<ul style="list-style-type: none"> - 6 Klassenräume für Primarschule und 	Schulhaus: 4 Mio. CHF	GF Schulhaus: 1'140 m ²	Schulhaus: 3'509 CHF/m² GF

Schulhaus	Raumprogramm	Anlagenkosten ohne Grundstückskosten (CHF)	Flächen nach SIA 418	Kennwerte Anlagekosten
	Kindergarten - Teilunterkellerung		BUF Schulhaus: 1'500m ²	
Schulzentrum Mühlematten, Villmergen	- 14 Klassenzimmer - 8 Gruppenräume - 5 spez. Unterrichtsräume - Doppelturnhalle	Schulhaus und Sporthallen: 21.7 Mio. CHF	GF Schulhaus: 4'030 m ² GF Sporthallen: 1'683 m ² GF Gesamt: 5'713 m ² BUF: keine Angaben	Schulhaus und Sporthallen: 3'798 CHF/m² GF
Schulhaus in der Höh, Volketswil	- Doppelturnhalle im 2. OG - 24 Klassenzimmer, flexibel unterteilbar - Bibliothek - Lernlandschaft	Schulhaus und Sporthallen: 25.8 Mio. CHF	GF Schulhaus und Sporthallen: 7'672 m ² BUF Schulhaus und Sporthallen: 9'480 m ²	Schulhaus und Sporthallen: 3'708 CHF/ m² GF
Schulhaus Mellingen	- Doppelturnhalle im Untergeschoss (bis Erdgeschoss) - 5 Musikzimmer - 4 Werkräume - 7 Klassenzimmer - 1 grosses Musikzimmer	Schulhaus und Sporthallen: 18.75 Mio. CHF	GF Schulhaus und Sporthallen: 4'213 m ² BUF Schulhaus und Sporthallen: 6'200 m ²	Schulhaus und Sporthallen: 4'452 CHF/m² GF
Schulanlage Schauenberg, Zürich	- Doppelturnhalle - 15 Klassenzimmer - 15 Gruppenräume - 5 Betreuungsräume - Mehrzweckräume - Handarbeit, Werken	Schulhaus und Sporthallen: 42.5 Mio. CHF (Ohne Provisorien und Altlasten)	GF 8'830 m ² BUF 18'524 m ²	Schulhaus und Sporthallen: 4'813 CHF/m² GF

Projektorganisation

Das nachstehende Organigramm stellt die Ablauforganisation und die verschiedenen Steuerungsebenen dar. Dabei stellt die Projektsteuerung das strategische Gremium zum Projektcontrolling dar und die Planungskommission obliegt die Verantwortung der operativen Projektführung.

Die Nutzerbedürfnisse werden durch die Arbeitsgruppe Nutzer/Betreiber vertreten, sodass dem Planungs- und baubegleitenden Facility-Management die notwendige Beachtung geschenkt werden kann. Als verbindliches Dokument für die Projektierungsphase dient ein Betriebskonzept, welches mit dieser Arbeitsgruppe erarbeitet wird.



Weiteres Vorgehen, Termine

Nach der Genehmigung des Baukredits soll das Projekt innerhalb der nachstehenden Meilensteine abgewickelt werden, damit der Betrieb auf das Schuljahr 2024/25 aufgenommen werden kann:

Meilensteine (Inhalt)	Termin
Genehmigung Baukredit (Volksabstimmung)	13. Juni 2021
Baubewilligungsverfahren	Juli 2021
Ausschreibung Aufträge Bau	Ab August 2021
Realisierung Bau	Ab März 2022
Bezug / Inbetriebsetzung	Juli 2024

Fazit

Es ist ein Kernauftrag der Stadt, zeitgerecht genügend und den pädagogischen Anforderungen entsprechenden Schulraum anzubieten. Das vorliegende Projekt setzt dies vorbildlich um und leistet als neuer Treffpunkt im Quartier auch über den eigentlichen Auftrag hinaus einen wertvollen Beitrag für das zukünftige Stadtleben.

Das Quartier Kleinholz ist in den letzten Jahren gewachsen und weist viel Potential aus. Diese Entwicklung wird mit dem vorliegenden Projekt positiv unterstützt. Letztendlich sind auch hier weitere Bewohner/innen zu erwarten, welche sich für das Stadtleben engagieren.

Die Stadt hat die Chance, ein Projekt umzusetzen, das vorbildlich auf die Anliegen der zukünftigen Schule eingeht, sich hervorragend in die Situation mit der Stadthalle einfügt und in Bezug auf die Kosten im Rahmen der aktuell erstellten Schulbauten einreicht.

Der Stadtrat vertritt daher die Haltung, dass dieses Projekt unbedingt im vorliegenden Umfang und zeitnah weiterentwickelt werden sollte. Der Stadtrat empfiehlt, die Variante „Schulhaus Kleinholz mit Dreifachturnhalle“ umzusetzen, weil damit ein aktuelles infrastrukturelles Defizit nachhaltig und langfristig gedeckt werden kann. Die Stadthalle kann mit der empfohlenen Variante ihren ursprünglichen Zweck weiterhin erfüllen, und auch die erforderliche Sanierung wird ohne ein Provisorium für den Schulbetrieb möglich und kann somit kostengünstiger umgesetzt werden. Damit erhält die Stadt auch Handlungsoptionen, welche sie zu ihrem Vorteil nutzen kann.

Aktenverzeichnis

- A1 Dossier mit Plänen
- A2 Kostenberechnung

Beschlussesantrag:

1. Die Variante A) „Schulhaus Kleinholz mit Dreifachturnhalle“ und die Variante B) „Schulhaus Kleinholz ohne Dreifachturnhalle“ werden dem Souverän zur Abstimmung unterbreitet.
2. Der Baukredit für die Variante A) „Schulhaus Kleinholz mit Dreifachturnhalle“ von CHF 25'620'000.- (inkl. MwSt.; Kostenangaben +/- 15%) zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 2170.5040.003 und CHF 14'185'000.- (inkl. MwSt., Kostenangaben +/- 15%) zu Gunsten Investitionsrechnung Konto Nr. 2170.5040.009 bzw. für die Variante B)

„Schulhaus Kleinholz ohne Dreifachturnhalle“ von CHF 28'650'000.- (inkl. MwSt., Kostenangaben +/- 15%) zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 2170.5040.003 wird bewilligt.

3. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland vom Oktober 2020, Stand 100.3 Punkte / Basis Oktober 2015 des Bundesamtes für Statistik, gilt als mitbewilligt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Ich weise darauf hin, dass noch ein Antrag der FDP auf Kreditkürzung um die 15 % eingegangen ist und würde beliebt machen, dass wir dies thematisch auch gleich von Anfang an behandeln können. Wir werden am Schluss bei der Antragsabstimmung den Antrag der FDP dem Antrag des Stadtrates direkt gegenüberstellen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Dr. Christine von Arx, GPK: Am 25. Januar 2018 hat das Parlament entschieden, dass der Standort Hübeli aufgegeben wird und man im Kleinholz ein neues Schulhaus baut. Damals hatte man auch einen Bericht von Kontextplan über den Bau eines neuen Schulhauses, wo man von 50 Millionen ausging, wobei es dort auch noch ein paar Extras, wie zum Beispiel eine Musikschule, drin hatte. An dieser Parlamentssitzung hat dann die zuständige Stadträtin ausgeführt, dass eine vergleichbare Kanti in Wohlen 6,5 Millionen gekostet hat. Dies, obwohl man schon im Finanz- und Investitionsplan von 15 Millionen ausgegangen ist. Am 27. September 2018 hat das Parlament dann entschieden, dass im Kleinholz ein Schulhaus mit 16 Klassen, vier Kindergärten und 12 Primarschulklassen mit einer Tagesstruktur und auch einer Dreifachturnhalle geplant wird. Dort ist man von 30 Millionen ausgegangen. In der Folge hat es dann einen Projektwettbewerb gegeben, bei dem das Projekt Windmolen, das wir jetzt haben, gewonnen hat. Am 27. Mai des letzten Jahres haben wir für dieses Schulhaus einen Projektierungskredit bewilligt. Dann ist man von 35 Millionen ausgegangen. Jetzt beantragt der Stadtrat einen Baukredit von rund 40 Millionen für ein Schulhaus mit Dreifachturnhalle respektive 28 Millionen für ein Schulhaus ohne Turnhalle. Die Begründung für die Kostenabweichung von ca. 5 Millionen seit dem Projektwettbewerb seht Ihr auf Seite 5 des Berichts des Stadtrates. Wir haben uns mit diesen einzelnen Positionen auseinandergesetzt und finden sie begründet und nachvollziehbar. Dieses Projekt entspricht immer noch dem Bauprojekt, das wir mit der sogenannten Bestellung im letzten Jahr in Auftrag gegeben haben. Man hat zwar das Gebäude ein wenig verkleinert und die Räume sind kleiner. Aber grundsätzlich ist es immer noch das Gleiche und vor allem ist auch nichts Neues dazu gekommen. Die Mehrkosten sind tatsächlich Sachen, die so nicht voraussehbar waren. In diesen zusätzlichen 5 Millionen ist auch die Ausstattung des Schulhauses. Dessen muss man sich auch noch bewusst sein. Das heisst im Wesentlichen das Mobiliar und die bisher aufgelaufenen Planungskosten. Diskutiert haben wir in der GPK auch über einen Rückweisungsantrag, damit der Stadtrat ein quasi billigeres Projekt für 35 Millionen ausarbeiten kann oder ob es ein Kostendach von 26 bzw. 28 Millionen geben soll. Das entspricht dann etwa dem, was die FDP jetzt beantragt. Wir haben uns gegen beide Anträge ausgesprochen, weil die Rückweisung sowieso zu einer Projektverzögerung geführt hätte. Aber auch die Plafonierung des Bauprojekts würde dazu führen, dass man das Ganze noch einmal überarbeiten müsste. Es stellen sich hier verschiedene Probleme, wenn man sieht, dass die Kosten höher werden, gerade auch bei der Ausschreibung. Das muss

ausgeschrieben werden, und man kann nicht, wenn man merkt, es kommt teurer, dann einfach frei verhandeln und die einzelnen Positionen wieder abändern, damit man im Kostenrahmen bleibt. Man müsste das Ganze von Anfang an neu aufgleisen. Wir sind der Meinung, dass dieses Projekt keine weiteren Verzögerungen vertragen kann. Diesen Bau brauchen wir dringend. Bei diesem Schulhaus handelt es sich um ein Generationenprojekt. Schulhäuser bestehen über Jahrzehnte, wenn nicht sogar über 100 Jahre. Wir sind von diesem Projekt überzeugt. Es ist ein Schulhaus, das den aktuellen Lehrformen entspricht. Es ist ausbaubar, und es entspricht dem neuesten ökologischen Standard. Wir beantragen deshalb, dass man dem Beschlussesantrag des Stadtrates folgt, damit es eine Volksabstimmung über zwei Varianten gibt, ein Schulhaus mit Dreifachturnhalle für ca. 40 Millionen oder ein Schulhaus ohne Turnhalle für ca. 28 Millionen. Keinen Entscheid müssen wir heute darüber fällen, welche Variante wir bevorzugen. Es geht nur darum, ob man eine Variantenabstimmung vorschlagen will und was Gegenstand dieser Variantenabstimmung ist. Noch einmal: Wir beantragen die Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Stadtrat Thomas Marbet: Es ist mir eine grosse Freude und Ehre, Ihnen heute eine Vorlage zu präsentieren, die für die Schulraumplanung in unserer Stadt wie auch für die ganze Entwicklung eines Stadtteils eine bedeutende Wegmarke darstellt. Ich mache dies mit meiner Stadtratskollegin Iris Schelbert-Widmer, Vorsteherin der Direktion Bildung und Sport, sehr gerne. Unterstützt werden wir von den beiden Verwaltungsleitern Thomas Küng, Direktion Bildung und Sport, und Kurt Schneider, Direktion Bau. Sie werden sich, wenn gewünscht, insbesondere zu Sach- und Fachfragen äussern. Ich danke vorab der GPK-Sprecherin Christine von Arx für die knackige Zusammenfassung des vorliegenden Geschäfts. Ich brauche ein paar Minuten länger. Ihr verzeiht mir. Der Stadtrat unterbreitet Ihnen eine Vorlage zur Genehmigung des Verpflichtungskredits für den Neubau einer Schulanlage, der Schulanlage Kleinholz, und beantragt dem Souverän eine Variantenabstimmung, nämlich zum einen das Schulhaus Kleinholz mit Dreifachturnhalle und zum anderen das Schulhaus Kleinholz ohne Dreifachturnhalle. Die entsprechenden Kreditsummen entnehmen Sie der Vorlage auf Seite 13 und im Beschlussesantrag auf Seite 18 des Berichts und Antrags. Heute Abend geht es tatsächlich um ein Generationenprojekt für die Stadt. Die Augen und Ohren der Bevölkerung der Stadt, ich hoffe, es hören uns auch ein paar Oltnerinnen und Oltner zu, nehmen heute wahr, wie die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger mit einer grossen Verantwortung umgehen. Wir können heute zeigen, dass wir uns wirklich für diese Stadt und das Gemeinwohl einsetzen und dabei auch handlungsfähig bleiben. Es ist nicht das erste Mal, dass diese Schulraumplanung im Parlament behandelt wird. Es ist wichtig, dass komplexe Geschäfte mit grossen Kostenfolgen in den ersten und wesentlichen Phasenschritten politisch reflektiert werden. Deshalb hat das Parlament am 25. Januar 2018 sowohl über den Standort Kleinholz befunden wie ein halbes Jahr später, im September, auch über das Raumprogramm und entsprechende Beschlüsse gefällt. Erst jetzt oder danach ist eigentlich der Planungsprozess aufgestartet worden, und ein solches sequenzielles Verfahren ermöglicht ein Vorgehen, ohne Gefahr zu laufen, dass man überflüssige Prozesse führt und mit den Planungsreserven, Planungskosten und Ressourcen unsorgfältig umgeht. Geschätzte Damen und Herren, wir hatten immer ein Ziel vor Augen, nämlich diese Schulanlage inklusive den Schulsporthallen auf den Start des Schuljahres 2024/25 nach den Sommerferien in Betrieb zu nehmen. Das Gemeindeparlament hat dem Stadtrat auf dem Weg dazu aber auch einige zusätzliche Aufgaben gegeben. Nebst der möglichen Etappierung und Trennung des Schulhauses von den Turnhallen muss auch ein Gebäude entwickelt werden, das möglichst wenig Energie brauchen soll und auch mit nachhaltigen Betriebsmitteln in Betrieb genommen werden kann. Olten ist schliesslich auch Energiestadt, und wir möchten hier unser Ranking noch ein wenig verbessern. Die Anlage soll auch ermöglichen, dass sich das Quartier auf den Aussenanlagen treffen kann, in einem Gebiet, das sich wirklich stark entwickelt. Die Bautätigkeit im Kleinholz ist enorm. Wiederum steht eine Etappe zur Realisierung von zusätzlichen 70 Wohneinheiten in der Pipeline. Die vorgenannten Aufgaben und Nebenbedingungen tragen natürlich ein Preisschild. Das heisst, dass dieses Schild eine Zahl hat, und es heisst Investitionskosten. Diese Investitionskosten fallen im Unterschied zu den Betriebskosten nur einmal an. Aber eigentlich lohnt sich der Blick auf die Betriebskosten viel mehr, weil sie im Verlauf der Lebensdauer die Investitionen

um ein Mehrfaches übersteigen. Unser Fokus im Planungsprozess liegt natürlich in der Minimierung der Investitionen, aber vor allem auch in der Minimierung des Betriebsaufwands, beispielsweise im Energieverbrauch oder auch in der Reinigung. Unsere politischen Regeln verlangen aber nach Beschlüssen zu den Investitionen, obwohl andere Faktoren eigentlich über die Zeit hinaus grössere Auswirkungen haben. Der Stadtrat legt Ihnen, dem Gemeindeparlament, jetzt ein ausgereiftes und zukunftsfähiges Projekt vor. Wir sind mit den professionellen und zugänglichen Projektpartnern unterwegs, um allen Anforderungen auch gerecht zu werden. So haben nebst den Vertreterinnen und Vertretern der Stadt die Architektinnen, es waren ja zwei, und die Kostenplaner mit allen Fachplanerinnen und Fachplanern am Tisch zusammen nach Lösungen gesucht, um die Bestellung des Parlaments auch bestmöglich umzusetzen. Unter den Fachplanern befindet sich übrigens auch ein Oltner Büro im Bereich Sanitärplanung. Der zweigeschossige Bau, der jetzt in der öffentlichen Zone vorliegt, Bauten und Anlagen mit Untergeschoss, zeigt sehr gut auf, wie man ein zukunftsfähiges pädagogisches Konzept mit Lernlandschaften in den gebauten Räumen auch umsetzen kann und dies mit der geforderten Erweiterungsfähigkeit und einer zeitgemässen Architektur. Selten waren sich die Fach- und Sach-Jury so einig wie bei diesem vorliegenden Fall. Es ist das richtige Projekt am geeigneten Standort und mit den passenden Projektpartnern realisiert. Sie zeigen auch, dass das Vorgehen unter den rechtlich zwingenden Voraussetzungen, dem Submissionsgesetz, auch ein Vorteil sein kann, und im Rahmen des Projektwettbewerbs wurde ein Projekt ausgewählt, das den gestellten Anforderungen am besten genügt. Am Wettbewerb beteiligt waren übrigens auch Oltner Planungsbüros, eines sogar unter den letztangierten. Wir schaffen jetzt Schulraum für 16 Klassen, 4 Kindergärten und 12 Primarschulklassen. Einer Erweiterungsmöglichkeit auf 24 Klassen, Musikgruppenräume, Tagesstrukturen, eine Dreifachturnhalle und auch ein Treffpunkt für ein prosperierendes Quartier und dies nutzer- und nutzerinnenkonform, nachhaltig und zukunftsfähig. Daraus resultiert ein erheblicher Initialaufwand. Das ist uns bewusst. Er ist aber auch gerechtfertigt. Er wird nämlich zu einem ausgezeichneten Resultat führen. Das Schulhaus und die Bereitstellung von Schulraum sind eine wichtige Aufgabe der Gemeinde, eine unerlässliche Pflicht. Wir haben aus dieser Pflicht ein tolles Projekt gemacht. Es braucht noch viele Anstrengungen, bis diese Baute dann auch in Betrieb genommen werden kann. Vergessen wir nicht, dass wir hier 50'000 Kubikmeter Raum verbauen. Wer sich dies jetzt nicht genau vorstellen kann, das entspricht ungefähr 50 Einfamilienhäusern, die in der Schulanlage dort oben entstehen. Es ist eigentlich mehr als die vereinten Gebäude an der nördlichen Sportstrasse. Mit der Bewilligung einer Dreifachturnhalle erfolgt auch eine vorausschauende Investition, denn so können der Sport und die Vereinstrainings zeitgemäss stattfinden. Die Realisierung der Dreifachturnhalle eröffnet auch Handlungsoptionen bei den gemieteten Giroud-Olma-Hallen und der weiteren Zukunft der Stadthalle. Die Realisierung der Dreifachturnhalle, zusammen mit der Schulanlage, ermöglicht beim Bau eine Kostenoptimierung für die Schulanlage im Bereich Fassade, im Bereich der Technikräume, in den Untergeschossen. Natürlich ist es auch einfacher, es braucht auch nur eine Bauplatzinstallation und nicht vier, wenn man eine Dreifachhalle als Dreifachhalle baut und nicht erst eine, zwei und am Schluss die dritte Halle. Auch in Sachen Nachhaltigkeit liegt ein vorbildliches Projekt vor. Die ganzheitliche Beurteilung nach dem Standard für nachhaltiges Bauen Schweiz, SNBS, macht die Produktqualität insbesondere im Bereich der Energieeffizienz in der städtebaulichen Eingliederung und in der naturnahen Umgebungsgestaltung sichtbar. Das Preisschild dieser Bestellung hat uns im Prozess immer wieder veranlasst, Kostenoptimierungen vorzunehmen. So sind beispielsweise mit einer Verkleinerung des Planungsrahmens alle Regelklassenräume von ursprünglich 80 auf 72 Quadratmeter reduziert worden und alle damit verbundenen Flächen proportional ebenfalls. In einigen Bereichen, insbesondere bei den Musik- und Gemeinschaftsräumen sind konstruktive Vereinfachungen umgesetzt worden. In der zweiten Optimierungsphase, nach der Phase des Wettbewerbs, sind Verkehrsflächen im Bereich des Foyers durch Verschiebungen der Achse noch einmal verkleinert worden, und es wurde ebenfalls auf zwei Gruppenräume verzichtet. Bei der Photovoltaik und bei der Heizung kommt es zu einer Zusammenarbeit mit den Städtischen Betrieben. Da können beide Partner ihre Kernkompetenzen einbringen. Zudem hat der Stadtrat bezüglich Kosten weitere Optimierungen beschlossen und beauftragt. Es geht jetzt darum, in jeder Disziplin das Optimum auszuschöpfen. Wir sehen ein Potenzial, beispielsweise in der Sohle des

Turnhallenbereichs, wo wir etwas anheben, weniger tief ins Erdreich gehen möchten. Damit muss weniger Aushub gemacht werden und es muss auch weniger Material deponiert werden. Weitere Einsparmöglichkeiten sehen wir bei der Fassadengestaltung, bei der Anordnung der Technikräume, bei der Entwässerung und bei der Umgebungsarbeit. Für den Stadtrat ist ganz klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dieses Preisschild, zusammen mit den Vergabebeerfolgen, aus der Submission, nur in eine Richtung gehen kann, nämlich nach unten. So ergeben sich jetzt am Schluss Anlagekosten für das Schulhaus mit der Dreifachturnhalle von 37,91 Millionen Franken. Der Antrag enthält zusätzlich 5 % Projektreserve. In diesen Kosten sind die Ausstattung und Möblierung integriert, beispielsweise eine Wandtafel, Arbeitstische, aber auch Reinigungsgeräte. Die reinen Bauwerkskosten nach BKP, Baukostenplanung, liegen beim Gebäude bei 13,5 Millionen Franken, bei der Dreifachturnhalle bei 7 Millionen Franken. Diese Investitionen belasten natürlich die jährliche Erfolgsrechnung, allerdings mit knapp 2 Millionen Franken. Ein Teil dieser Summe wird ganz bestimmt durch die Ausschreibung der Aufträge Unternehmen zu Gute kommen, die in der Stadt und Region verortet sind, nicht zuletzt, weil sie durch ihre kurzen Wege zur Baustelle auch einen natürlichen Wettbewerbsvorteil haben. Kleinere Betriebe erhalten im Verlauf der Betriebsphase des Schulhauses die Möglichkeit, ihre Dienstleistungen anzubieten, sei es im Bereich Unterhalt, Gebäudepflege oder Umgebungsarbeiten. Es ist ein zentraler öffentlicher Auftrag der Stadt, zeitgerecht und genügend, auch den pädagogischen Anforderungen entsprechend, Schulraum bereitzustellen. Das vorliegende Projekt setzt dies vorbildlich um und leistet auch einen wertvollen Beitrag für das künftige Stadtleben. Ihr wisst, dass das Quartier Kleinholz in den letzten Jahren stark gewachsen ist und sehr viel Potenzial hat. Die Entwicklung wird mit dem Schulhaus in diesem Stadtteil auch positiv unterstützt. Letztlich sind auch die weiteren Bewohnerinnen und Bewohner zu erwarten, die unser Stadtleben bereichern werden. Die Stadt hat jetzt eine Chance, das Projekt umzusetzen, das vorbildlich auch auf die Anliegen an die zukünftigen Schulen eingeht und sich hervorragend in die Situation mit einer Stadthalle einfügt und sich in Bezug auf die Kosten durchaus im Rahmen der aktuell erstellten Schulbauten einreicht. Ich empfehle Euch diesbezüglich noch einen Blick auf die Seiten 14 und 15 des Berichts, wo Ihr die Darstellung zu den Vergleichsobjekten finden werdet. Ich komme zum Fazit. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Oltnerinnen und Oltner, der Stadtrat vertritt klar die Haltung, dass dieses Projekt im vorliegenden Umfang und zeitnahe weiterentwickelt werden soll, nämlich jetzt mit dem Übergang in die eigentliche Bauprojektphase. Der Stadtrat empfiehlt auch, die Variante Schulhaus Kleinholz mit Dreifachturnhalle umzusetzen, weil damit ein langes und infrastrukturelles Defizit, das wir in dieser Stadt schon lange beklagen, langfristig gelöst wird. Die Stadthalle kann ihren ursprünglichen Zweck weiterhin erfüllen, die erforderliche Sanierung dieser Halle wird ohne ein Provisorium für den Schulbetrieb möglich sein und kann somit auch kostengünstiger umgesetzt werden. Somit hat die Stadt verschiedene Handlungsoptionen, die sie für sich nützen kann. Der Stadtrat ist verpflichtet und wird sich dafür einsetzen, dass das Projekt mit den jetzt veranschlagten Kosten und ein weiterer Optimierungsschritt realisiert werden kann. Lehnen Sie das Projekt heute ab oder schaffen Sie unrealistische Rahmenbedingungen, bedeutet dies unter Umständen teurere Schulprovisorien, sicher einen erhöhten Planungsaufwand, weil ein Teil der Planungsarbeiten doch wiederholt werden muss. Das hat auch Auswirkungen auf den Eröffnungszeitpunkt, also letztlich alles etwas schlechter, dafür teurer und später. Das möchten wir nicht. Deshalb empfiehlt der Stadtrat, dem vorliegenden Vorgehen zuzustimmen und die vier Beschlussesanträge auf Seite 18 zu genehmigen. So kann diese Vorlage am 13. Juni den Oltner Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern auch unterbreitet werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Es war jetzt etwas länger. Aber wir haben jetzt auch ein Generationenprojekt, wie wir es noch selten hatten, zu verhandeln. Wenn es Parlamentspräsident Philippe Ruf erlaubt, würde meine Stadtratskollegin Iris Schelbert-Widmer noch kurz ihre ergänzenden Ausführungen machen. Besten Dank.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich danke der Sprecherin Christine von Arx von der GPK für ihre präzise Herleitung und Berichterstattung und meinem Vorredner, Baudirektor Thomas Marbet. Ich möchte an dieser Stelle der Direktion Bau sowieso für die supergute Zusammenarbeit danken. Wir fühlten uns bei ihnen sehr gut aufgehoben. Ich freue mich

natürlich sehr, dass heute mit dieser Vorlage unser langersehntes neues Schulhaus im Kleinholz einen wichtigen und entscheidenden Schritt vorwärts macht. Dieses Schulhausprojekt hatte einen ganz schwierigen Start. Ich muss und möchte noch einmal kurz zurückschauen. Das sei mir erlaubt. 2014 sind der Stadt auf einen Schlag 25 Millionen Franken weggebrochen. Das war ein Schock. Der Stadtrat hat jede Ausgabe unserer Stadt auf das Sparpotenzial geprüft. Eine schwierige Aufgabe. Ich habe diesen Ordner noch neben mir. Andaare wurde gestrichen. Das Schulhaus wurde vertagt. 2017 haben wir festgestellt, dass die Kinderzunahme erfreulich steigt und dieses Schulhaus wieder zum Thema wird, und 2018 haben der Stadtrat und das Parlament beschlossen, im Kleinholz zu planen. Wir hatten die Schulhausplanung von Kontextplan. 50 Millionen erschien einem zu dieser Zeit, als man wirklich jeden Fünfer kehrt hat, völlig wahnsinnig. Wir sind von 10,5 Millionen ausgegangen und haben uns von dieser Zahl blenden lassen. Das war ganz klar ein Fehler. Wir sind von vollkommen falschen Voraussetzungen ausgegangen. Auch das war ein Fehler. Wir hatten ein völlig anderes Projekt vor Augen, etwas, das nichts mit einem Schulhaus für Unterstufe und das 21. Jahrhundert zu tun hatte. Auch das war ein Fehler. Wir haben uns aber von diesen 10 bis 15 Millionen blenden lassen. 15 Millionen hatten wir im Finanzplan. Vielleicht wollten wir uns auch blenden lassen. Mir kam es nicht in den Sinn, diese Zahl zu hinterfragen und vielen anderen, die damals dabei waren, wahrscheinlich auch nicht. Im Nachhinein ist es einfach zu wissen, was man vorher hätte besser machen müssen. Mit diesem verquerten Anfang muss ich, müssen wir leben, und es tut mir sehr leid. Ich würde diese Zeit gerne zurückdrehen und noch einmal von vorne anfangen. Man würde vieles anders machen. Aber jetzt möchte ich diese Geschichte gerne abschliessen und kurz auf die Geschichte unserer Schulhäuser in Olten eingehen. Das Hübeli war ja eines der ersten. Wir hatten vorher schon Schulhäuser, aber das Hübeli ab 1870. Damals hatte Olten rund 4'500 Einwohnerinnen und Einwohner. 1900 wurde das Frohheim gebaut, 5'000 Einwohnerinnen und Einwohner, 1910 das Bifang. Damals hatten wir schon etwa 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner. 1956 das Bannfeld, 1967 das Sälischulhaus. Etwa alle zwei bis drei Generationen baut Olten auf jeder Stadtseite ein Schulhaus. Daraus lässt sich schön erkennen, wie unsere Stadt wächst, sich entwickelt und gedeiht. Es zeigt aber auch, wie unsere freisinnigen und bürgerlichen Vorväter, die politische Landschaft war damals eher eindimensional, die Stadtoberen damals auch in schwierigen Zeiten mutig an die Zukunft unserer Stadt geglaubt haben. Gerade Frohheim und Bifang waren für die damalige Zeit riesige Schulhäuser. Bannfeld und Säli sind heute noch architektonisch bedeutende Schulbauten und vor allem das Bannfeld hatte im Vorfeld auch ganz grosse Diskussionen ausgelöst. Wichtig ist eigentlich, dass einzig das Hübeli nach 150 Jahren zu klein wurde. Die anderen Schulhäuser sind heute noch gute Schulhäuser. Sie haben zwar ältere Strukturen, entsprechen nicht dem Lehrplan 21 oder einem Unterricht aus dem 21. Jahrhundert. Aber sie sind grosszügig gebaut, vor allem, was die Klassenzimmer und Gänge betrifft. Es lässt sich dort gut unterrichten. Heute, nach rund 55 Jahren, brauchen wir wieder ein Schulhaus für die nächsten 50 Jahre. Ich freue mich sehr, dass mit diesem Projekt ein hochwertiges, den heutigen und künftigen Ansprüchen gerecht werdendes Schulhaus gebaut werden kann. Thomas Marbet hat alles über die baulichen Qualitäten dieses Hauses gesagt. Wir bauen ein Schulhaus, dem ein pädagogisches Konzept zugrunde liegt, von der ehemaligen Schulleiterin Patricia Stutzmann und ihren Hübeli-Lehrpersonen erarbeitet. Ein Schulhaus, das Unterrichtsraum und Lebensraum für Kinder und Lehrpersonen ist, ein Haus, wo das Kind im Zentrum steht. Ein Schulhaus, das aus Schulzimmern, Gruppenräumen, Lernlandschaften ausserhalb dieser Räume besteht. Ein Schulhaus, in dem die Kinder ihren Lernort selber suchen, in Gruppen oder allein. Ein Haus mit offenen Türen, in dem Lehrpersonen zusammenarbeiten, in dem Arbeitsräume und ein Pausenraum zur Verfügung stehen. Ein Haus mit Aula, in der man sich treffen kann usw. Ich kürze ab. Ein Haus, in dem die Kinder einen ganzen Tag verbringen können, mit Tagesstrukturen, mit Aussenraum, Spielplatz. Unterricht im Freien wird ermöglicht und spannend gemacht, und ein Haus und ein Aussenraum, die auch ein Quartiertreffpunkt sind. Daneben hat es eine Dreifachturnhalle, die endlich allen genug Platz für den Turnunterricht bietet. Ich danke allen, die den Bau dieses Schulhauses und dieser Turnhalle unterstützen und heute überzeugt ja dazu sagen. Es ist ein teurer Bau. Aber er ist günstig im Betrieb. Ich danke allen, die für dieses Generationenprojekt das nötige Geld sprechen wollen. Ich weiss, dass sich dies lohnt, und ich bin überzeugt, dass der Stadtrat, der jetzige und der nächste, mit dem Geld ganz

verantwortungsbewusst umgeht. Eine breite und überzeugte Zustimmung heute Abend ist ein ganz wichtiges und wertvolles Zeichen für die Bevölkerung und auch für unsere Kinder. Merci vielmals für die Aufmerksamkeit.

Corina Bolliger, Fraktion Junge SP/SP: Ich blase ins gleiche Horn. Zuerst einmal herzlichen Dank dem Stadtrat für die sehr übersichtliche und gute verständliche Vorlage. Danke auch, dass die Fehler eingestanden wurden. Das ist wichtig für die Transparenz. Allen Beteiligten an diesem coolen Projekt herzlichen Dank für ihre grossartig geleistete Arbeit. Schulraumplanung ist, wie wir es gesehen haben, immer eine langwierige und kontroverse Angelegenheit. Auch bei unserem zukünftigen Schulhaus war dies nicht anders. Finanzielle Engpässe und andere Rückschläge mussten wir hinnehmen. Aber seit dem Jahr 2017 geht es zum Glück wieder voran. Im Kleinholz haben wir einen geeigneten Ort für dieses Schulhaus mit 16 Klassenzimmern gefunden. Das geplante Schulhaus entspricht den neuesten pädagogischen und ökologischen Ansprüchen und kann auch erweitert werden, wenn Olten weiterhin wächst. Das Schulhaus wird ausserdem mit 100-prozentig erneuerbarer Energie geheizt. Das ist ein Meilenstein in die Richtung von Ziel Netto-Null-CO2 bis 2030. Das Schulhaus bekommt eine schöne Umgebung und bietet Platz für Tagesstrukturen, was mir sehr am Herzen liegt. Ausserdem kann es zu einem attraktiven Quartiertreff in einem wachsenden Quartier werden und es hat eine Dreifachturnhalle. Diese Dreifachturnhalle in der Sportstadt Olten ist kein Luxus, sondern eine gerechtfertigte Investition. Der Schulsport, aber auch viele Teamsportarten in verschiedenen Vereinen haben grossen Platzbedarf, der mit diesen Hallen gedeckt werden kann. Sobald diese Hallen im Jahr 2024 im Betrieb sein werden, wird der teurere Mietvertrag mit der Giroud-Olma gekündigt. So können wir auf längere Frist auch Geld sparen. Bei einem Generationenprojekt, ich nenne es jetzt auch so, weil mir dieses Wort gefällt, wie diesem Schulhaus, ist die Kostenentwicklung im normalen Bereich. Einzig der allererst genannte Preis war fern der Realität. Das wissen wir heute. Was wir aber heute auf dem Tisch haben, ist ein ausgereiftes Projekt, das mehreren Generationen einen schönen Ort für ihre Schulzeit bieten wird. Immerhin verbringt ein Mensch etwa elf Jahre seines Lebens in einem Schulhaus. Dann sollte dieses auch allen höchsten Ansprüchen gerecht werden. In die Bildung unserer Kinder muss ohne zu knausern investiert werden. Deshalb unterstützt die Fraktion SP/Junge SP begeistert das schöne neue und ökologische Schulhaus Windmolen, und wir stimmen diesem Geschäft einstimmig zu. Danke vielmals.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Das Wichtigste vorweg auch von uns: Wir finden dieses Projekt toll und sagen deshalb sehr gerne ja dazu. Das Schulhaus überzeugt uns auf der ganzen Linie. Der elegante Entwurf, die räumliche Organisation, der energetische Standard, die Erweiterbarkeit. Der einzige Wermutstropfen ist für uns, dass wir so lange warten mussten, bis wir bei der Projektierung an diesem Punkt angekommen sind. Umso mehr freuen wir uns jetzt natürlich, dass es mit diesem Bauvorhaben endlich vorwärtsgeht, und bedanken uns ganz, ganz herzlich bei allen Beteiligten, die dazu beigetragen haben, dass wir nun ein so tolles Projekt haben. Die Argumente zu Gunsten der Dreifachhalle überzeugen uns weiterhin, nicht zuletzt der Umstand, dass man bei gewissen Sporthallen schlicht auf eine Doppelhalle angewiesen ist und abgesehen davon später noch dazu baut, um einem Zuwachs von Schulkindern gerecht zu werden, ist unnötig teuer. Lieber jetzt bauen und dafür die Funktion der Stadthalle als Eventhalle stärken. Das würde nämlich ihre Vermietbarkeit verbessern, auch während der Woche. Die zentrale Lage von Olten ist ja schliesslich kein Geheimnis. Die Idee mit dem Kostendach lehnen wir ab. Dieser Vorschlag, es ginge sicher noch ein wenig billiger oder mit etwas weniger, begegnet uns in diesem Parlament immer wieder. Die Botschaft dahinter ist immer so etwas ähnlich. Die Stadt kann es mit den Finanzen nicht so richtig gut selber. Da müssen wir ein wenig helfen. Wir hatten dies schon. Bibliothek-Pensen 10 % weniger, Museumsbetriebskosten und bei der Budgetdebatte sowieso immer, und manchmal ist die Währung dann auch noch Zitrusfrüchte. Dann heisst es, es sei noch Saft in der Zitrone. Aber eigentlich ist die Botschaft, die bei uns ankommt, immer ein wenig, ja, ein bisschen etwas abzwacken kann man sicher noch. Das können wir jetzt hier aber wirklich einfach nicht. Wenn wir dies gutheissen, müssen wir bei diesem Projekt noch weitere Abstriche machen, und das wollen wir nicht. Überhaupt die Frage, können wir uns dies leisten? Wir müssen uns die Unterhalts-

und Betriebskosten über die ganze Lebensdauer dieses Objekts anschauen. Eine nachhaltige, langlebige Bauweise, eine gute Isolation, der Einsatz von erneuerbaren, möglichst selber produzierten Energien, eine Konstruktionsweise, die eine einfache Erweiterung zulässt, all diese Sachen zahlen sich über die gesamte Betriebsdauer der Anlage aus. Wir müssen in Lebenszyklen denken. Viel zu lang haben wir in Olten auch nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ geplant und projektiert. Ich glaube, da haben wir unterdessen dazu gelernt, und in diesem Zusammenhang freut uns natürlich auch, dass die Zertifizierung nach SNBS angestrebt ist. Wie gesagt freuen wir uns, dass es vorwärtsgeht, und wir hoffen, dass wir 2024 zusammen diesen Spatenstich feiern können.

Matthias Borner: Wir haben dieses Geschäft auch sehr kontrovers diskutiert. So plant man nur, wenn es nicht das eigene Geld ist. Für die SVP ist der Bedarf nach mehr Schulraum sowie einer neuen Halle unbestritten. Deshalb haben wir bei der bisherigen Vorlagenentwicklung auch mitgemacht und jeweils zugestimmt, auch wenn wir mit den Kosten gar nicht einverstanden waren, vor allem mit der Entwicklung. Einmal mehr haben Planungsexperten und Berater aus der ganzen Schweiz an einem Oltner, bisher unbebauten Bauprojekt eine goldene Nase verdient. Ich habe zwei Beispiele, die wir im Bericht hatten und der Stadtrat uns gegeben hat, näher angeschaut. In Volketswil betrug die Planungskosten 3,5 Millionen und waren anteilmässig tiefer als unser Projekt. Beim Neubau Primarschule BZZ Zofingen habe ich gesucht und nicht wirklich etwas gefunden. Ich habe sehr kleine Zahlen gesehen, die weit unter eine Million zu liegen kamen. Wenn man bei uns in diesem Antrag schaut, 6,5 Millionen Planungskosten. Einmal mehr habe ich einfach das Gefühl, dass man bei uns gerne plant und zieht gerne Experten dazu, was relativ teuer ist. Es stehen für viele finanziell schwierige Zeiten an. In einer solchen Phase muss man als Planungsgremium auch das Vertrauen der Bevölkerung haben. Jedes Mal wird diese Schule teurer. Aber immer heisst es, dass man im Schnitt liege. Das scheint wohl nicht nur an der Inflation zu liegen. Ich habe das letzte Mal den Witz gemacht, dass man die Kosten extrapolieren kann und jedes halbe Jahr 5 Millionen draufpacken muss. Was damals als Spass gedacht war, hat sich als präzisere Kostenschätzung herausgestellt, als die dem Parlament bisher unterbreiteten Anträge. Als der Stadtrat im Januar 2018 die Schulanlage bei der Standortwahl dem Parlament unterbreitet hat, betrug die veranlagten Investitionskosten 7,05 Millionen mit einem Verkauf des Hübelis, den man miteingerechnet hat. Daran kann man sich auch nicht mehr erinnern. Von uns ist damals auch sehr gelobt worden, dass man die Schule zu einem grossen Teil mit Holz ausstatten möchte. Holz ist viel nachhaltiger als Beton. Auch deshalb hat das ursprüngliche Projekt in der SVP grosse Sympathien genossen. Auch Holz ist heute fast kein Thema mehr. Wir haben aufgrund des Bedarfs, der unbestritten ist, mitgemacht, haben aber unser Befremden zur Kostenentwicklung jeweils deutlich ausgedrückt. Wie kann es sein, dass man ein Projekt für 30 Millionen plant, einen Wettbewerb ausschreibt und das Projekt der Gewinnerin aus Zürich am Schluss 40 Millionen kostet, wo man uns gleichzeitig weismachen möchte, dass man gespart habe? Auch diesmal erhalten wir eine Liste von Sparmassnahmen. Aber die Kostensteigerung zum ursprünglichen Projekt beträgt 165 %. Das verstehen die Leute draussen nicht. Wir haben nach der ersten Verdoppelung mitgemacht, haben aber ein Kostendach definiert, wo man uns gesagt hat, das sollte möglich sein. Es gab Ideen von anderen Kontrollorganen analog SPOAG. Aber wir haben ein Grundproblem, und das nennt sich Wissensasymmetrie. Kurt Schneider und sein Team wissen viel besser Bescheid, und wir werden auch bei anderen Organisationsformen auf ihn und seine Leute angewiesen sein. Deshalb machen wir bei so etwas von wegen Organisationsänderungen nicht mit. Ich hätte noch eine Frage zur Analyse in der NOZ von David Annaheim. Ist es möglich, dass die Kontaminierung nicht auf unsere Kosten geht? Wer ist schuld, dass es jetzt doch nicht gelöst ist, obwohl man 2002 1,6 Millionen für die Säuberung gesprochen hat? Wir wären froh, wenn der Stadtrat etwas dazu sagen könnte. Das wären ja immerhin über 2 Millionen, die man gespart hätte. Wegen des Antrags haben wir es uns nicht einfach gemacht. Wir unterstützen den Antrag der FDP, weil wir eine Volksmehrheit mit dieser Vorgeschichte als stark gefährdet betrachten. Wenn der Antrag abgelehnt wird, werden wir uns enthalten und die weitere Entwicklung dieses Projektes beobachten. Das Team und der Stadtrat müssen noch etwas vorwärts machen, um das Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Thomas Kellerhals: Für die Fraktion CVP/EVP/GLP ist das neue Schulhaus wirklich ein Herzensprojekt. Wir bedanken uns für die Ausarbeitung dieser Baupläne, und wir müssen sagen, dieses Resultat lässt sich wirklich sehen. Auch aus der Sicht von Lehrpersonen ist das Projekt wirklich gelungen, und wir denken, es entspricht auch den modernsten pädagogischen Anforderungen. Man kann sagen, endlich ist es so weit. Eigentlich hat die Stadtbevölkerung für ein so wichtiges Puzzlestück in der Stadtentwicklung zu lange warten müssen. Trotz allem und auch bei der Euphorie, die etwas aufkommt, dürfen wir bei der Wichtigkeit dieses Projektes betreffend Kosten nicht den Kopf verlieren. Die Bevölkerung erwartet nicht nur ein Superresultat des Schulhauses her, was den Bau anbelangt, sondern sie verlangt auch, dass mit den Finanzen sorgfältig umgegangen werden soll. Wenn wir den Finanz- und Investitionsplan der kommenden Jahre anschauen, ist jetzt nicht Zeit für nice-to-haves, sondern jeder Franken, der ausgegeben werden sollte, muss auch gut angeschaut und gut eingesetzt werden. Leider könnte es sonst passieren, dass andere Projekte des Investitions- und Finanzplans darunter leiden könnten, weil wir im Moment für dieses Schulhaus auch dort viel weniger geplant haben. Es stehen doch ganz wichtige und grosse Projekte an. Es kann nicht Sinn einer ausgewogenen Entwicklungsstrategie sein, in diesem Sinne einfach alles in ein Projekt hineinzubuttern. Auch unsere Fraktion verlangt daher, dass man bei den Kosten wirklich genau hinschauen sollte. Das Vertrauen bei der Bevölkerung hat gelitten, weil die Kosten dieses Projekts bis jetzt eigentlich nur eine Richtung gekannt haben und diese Richtung kennen wir alle. Das gefährdet nicht zuletzt auch die Zustimmung zu diesem Projekt in der Volksabstimmung. Ich sehe ein grosses Problem. Matthias und ich haben uns nicht abgestimmt. Aber auch ich habe mir dies notiert. Die Informationen sind ungleich verteilt. In den Sozialwissenschaften nennt man das Informationsungleichgewicht das Principal-Agent-Phänomen. Wenn der Auftraggeber, der Principal, kaum Einblick in die Kostenüberlegungen und Kostenwahrheiten des Auftragnehmers, Agent, hat. Wir können nur schlecht sagen, ob die Kosten alle angemessen sind. In der Wissenschaft werden dann auch gewisse Lösungen vorgeschlagen. Sie können nie ganz befriedigend sein. Sonst würde man dem immer einfach aus dem Weg gehen können. Aber es wird das sogenannte Screening empfohlen. Screening bedeutet wirklich, bei allen Kosten gut hinzuschauen und einfach immer dranzubleiben. Braucht es wirklich einen unterirdischen Durchgang zur Stadthalle? Braucht es eine luxuriöse Umgebung, wenn die natürliche Umgebung des Quartiers doch eigentlich schon schön ist? Wenn man drei Wasserhähne zur Auswahl hat, nimmt man vielleicht einmal nicht das Deluxe-Modell etc., etc. Es gibt ja tausende von Entscheidungen, die man bei einem solchen grossen Bauprojekt jeweils treffen muss. Wir sind uns sicher, und auch die Wissenschaft zeigt es, dass mit genauem Hinsehen wirklich noch einiges an Sparmöglichkeiten vorhanden ist, ohne dass gleich das ganze Projekt in Frage gestellt werden muss. Wir wollen dieses Schulhaus. Wir wollen es auch schon lange, und es ist ein sehr wichtiges Projekt für die ganze Stadt Olten. Aber Luft hat es bei diesen grossen Bauprojekten, und das kann Euch jeder Bauexperte normalerweise sagen, eigentlich immer. In diesem Sinne wird die CVP/EVP/GLP-Fraktion dieses Schulhaus sicher unterstützen. Aber wir werden auch mehrheitlich den Antrag der FDP auf eine angemessene Kürzung unterstützen.

Urs Knapp: Die FDP-Fraktion sagt seit Jahren, sie wolle ein neues passendes Schulhaus im Kleinholz. Auch für uns ist dies eines dieser zwei Projekte, die wir als für die Stadt Olten strategisch wichtig beurteilt haben. Das Zweite ist der neue Bahnhofplatz. Entscheidend für dieses Projekt ist nicht die Parlamentssitzung von heute. Entscheidend ist die Volksabstimmung. Meine beiden Vorredner, Matthias und Thomas, haben es auch gesagt. Diese Volksabstimmung wird kein Spaziergang. Wir haben nach dem Bericht im Oltnen Tagblatt vor ca. zwei Wochen, in dem die Kosten erstmals so genannt wurden, einige Rückmeldungen von Leuten erhalten. Sie fragen, worauf man jetzt verzichten muss. Die Bevölkerung hat gemerkt, der Finanzplan ist öffentlich, im Finanzplan fehlen 6 Millionen Franken. Der Stadtrat hat im Finanzplan gesagt, er zeige bei allen neuen Projekten, wie sie finanziert werden. Das erste Mal, bei dem er es machen möchte oder sollte, macht er es nicht. Es fehlen 6 Millionen. Wenn die Kostenentwicklung der letzten Jahre, und das ist ein Beispiel, so weitergeht, reden wir nicht über 6 Millionen, sondern wir reden über 14 Millionen, weil es ja ein Kredit plus/minus 15 % ist. Wir haben bis jetzt von den Behörden der Stadt kein Zeichen erhalten, dass die Kostenentwicklung plus/minus einmal ins Minus geht. Auch wenn

Thomas Marbet als Baudirektor sagt, wir schauen jetzt genau gleich zu, habe ich gleich Angst bekommen, weil er dies schon zwei- oder dreimal gesagt hat. Es war jedes Mal einfach deutlich höher, millionenfach höher. Wir haben uns diese Arbeiten in der Fraktion nicht einfach gemacht. Wir haben uns von Baufachleuten beraten lassen. Die Stadt Zürich hat eine Kostenklarheitsuntersuchung bei Schulhäusern. Dort gibt es verschiedene Aussagen. Eine ist, dass es entscheidend ist, was man bestellt. Die Stadt Zürich wird zum Beispiel auch aus ökologischen Gründen bei den Schulhäusern weniger Fensterflächen machen. Das ist aus ökologischer Sicht besser. Es fordert weniger Aufwand in der Gestaltung der Fassade. Man hat gehört, dass es ein Grund für die Verteuerungen ist. Man kann andere Fenster haben. Man muss weniger aufwändige Beschattung haben, und man muss, damit man die Hitze, die über den ganzen Tag hereinkommt, wieder aus dem Schulhaus bringt, eine Konstruktion machen, bei der man nachts die Fenster geöffnet lassen kann und schauen, dass es nicht hereinregnet. All dies könnte man machen. Die Stadt Zürich hat auch gesagt, wir machen mehr mit Holzbauten. Holz ist ein natürlicher Rohstoff. Er ist CO₂-neutral. Es würde auch uns in den Diskussionen um CO₂-Neutralität und Klimaneutralität gut anstehen, solche Sachen zu machen. Dies können wir heute in der Stadt nicht machen. Wir haben in diesem Bericht aus Zürich auch gesehen, dass das Büro Basler Durchschnittskosten gerechnet und gesagt, dass sie pro Klasse eine Währung, KL, von 1,1 Millionen Franken rechnen. Die Kosten können steigen, wenn man viel mehr Verglasung und andere Sachen hat. Die Schulhäuser in der Stadt Zürich, und das ist sicher nicht der billigste Ort, um zu bauen, haben in den letzten Jahren durchschnittlich etwa 1,5 Millionen KL pro Klassenzimmer gekostet. Wenn man dies auf Olten rechnet, kommt man auf knapp 24 Millionen Franken. Wir sind jetzt in Olten bei 28 Millionen. Wir haben uns von Lignum, der Vereinigung der Schweizer Holzwirtschaft, dieses Schweizer Rohstoffs, beraten lassen. Sie haben auch eine Kostenaufstellung gemacht. Sie haben einen Prospekt, eine Zusammenstellung, über Schulbauten in der ganzen Schweiz gemacht, von etwa 60 verschiedenen Schulbauten. Sie kommen dort auf durchschnittlich 2'500 bis 3'500 Franken. Olten hat im Antrag des Stadtrates 4'300.— Die Schulhäuser, die gebaut sind, sind ökologisch korrekt. Sie entsprechen den neuesten Lernaufgaben und sind einfach aus Holz. Das ist ja kein Nachteil. Wir haben diese Überlegungen gemacht. Wir sehen, dass zum Beispiel ein Tunnel zur Stadthalle gebaut wird. Aber wir wissen nicht, was der Stadtrat mit der Stadthalle machen will. Unsere Meinung ist, wenn man die Stadthalle nicht mehr braucht, muss man sie sanieren. Eine Eventhalle kann es ja kaum sein, weil Olten erstens nicht versteht, eine Eventhalle zu vermarkten, und zweitens hat es in der Region sehr viele Eventhallen. Was macht man damit? Wir würden vorschlagen, dass man sie abreisst, dort Wohnungen baut. Es ist sehr attraktiv. Dann braucht man auch keinen Tunnel. All diese Überlegungen haben uns dazu geführt, dass wir gesagt haben, wir müssen sicherstellen, dass wir der Bevölkerung eine Trendumkehr für die Abstimmung, die im Juni stattfinden wird, zeigen können. Deshalb ist unser Antrag entstanden. Er ist kein Kostendach, auch wenn dies Frau Schelbert das zweite oder dritte Mal so sagt. Das ist falsch. Unser Antrag sagt, was jetzt vom Stadtrat beantragt wird, dieser Betrag plus/minus 15 %, wir ziehen die 15 % ab und sagen, das Schulhaus oder das Schulhaus mit Turnhalle kann den neuen Zielwert, 35 Millionen, plus/minus 15 % kosten. Das ist kein Kostendach. Es ist aber ein sehr starkes Zeichen, dass wir eine Trendumkehr machen wollen, dass wir verstanden haben, dass wir nicht auf diese Art vorgehen können. Man kann einfach nicht immer nur sagen, man wolle sparen, und dann geht es in die andere Richtung. Von daher würden wir beliebt machen, dass man diesem Antrag zustimmt. Er beinhaltet eine Flexibilität. Ganz im Extremfall, wenn es ganz schlimm ist, wird das Schulhaus dann 40 Millionen kosten. Dann muss der Stadtrat gut begründen. Aber mit diesem Antrag könnte es auch 30 Millionen kosten. Aber wenn wir dem Antrag des Stadtrates zustimmen, setzen wir auch ein Zeichen, nein, wir wollen nicht sparen. Wir gefährden andere Investitionen, und es könnte am Schluss 46 Millionen Franken kosten. Aus diesem Grund danke ich Euch, wenn Ihr dies noch einmal anschaut, vor allem mit Blick darauf, was im Juni passieren wird. Das ist das entscheidende Datum. Wenn wir dieses Schulhaus wollen, müssen wir schauen, dass wir für das Volk eine mehrheitsfähige Vorlage haben.

Tobias Oetiker, Olten jetzt!: Wir haben im Oltner Parlament schon dreimal über dieses Schulhaus abgestimmt. Wir haben auch dreimal Zahlen zu diesem Schulhaus gesehen.

Diese Zahlen haben jeweils auf dem Kenntnisstand zum Projekt basiert. Je nachdem, wie konkret dieses Projekt schon war, hat es eine Schätzung gegeben, was es kosten würde, wenn man dies macht. Die erste Schätzung war total daneben. Das ist vorbei. Da haben wir entschieden, dass es im Kleinholz stattfindet. Bei der zweiten Entscheidung haben wir entschieden, dass es 16 Klassenzimmer, eine Dreifachturnhalle und Tagesstrukturen geben soll. Im Vorfeld zu dieser Entscheidung hat eine Machbarkeitsstudie stattgefunden. Daraus hat sich eine Zahl ergeben, und diese haben wir vor dem zweiten Entscheid erfahren. Da war es in der Grössenordnung schon ungefähr richtig, was der Preis ist. Dann ist der Projektwettbewerb gekommen. Vor dem Projektwettbewerb hat die Stadtregierung entschieden, dass sie eine Turnhalle, wegen der es bezüglich Kosten bereits Opposition gegeben hat, separat vom Schulhaus wollen, dass man das Schulhaus auch ohne Turnhalle bauen könnte. Das haben wir damals in der Bestellung nicht so gesagt. Aber die Stadtregierung hat entschieden, dass sie dies separat möchte und dies im Projektwettbewerb auch so ausgeschrieben. Das hatte dann auch zur Folge, dass es ein wenig teurer wurde. Wenn man eine solche Turnhalle bauen können muss oder nicht, gibt es gewisse Lösungen, die nicht möglich sind. Das Projekt, das beim Wettbewerb gewonnen hat, ist nachher von der Direktion Bau optimiert worden. Das ist uns mit dem aktuellen Preis, was jetzt dazu bekannt ist, wieder vorgelegt worden. Dann haben wir einen Planungskredit gesprochen. Nachher ist es geplant worden. Dann sind noch mehr Sachen klargeworden. Es wurde klar, dass wir zum Beispiel den Aushub, den man hier produziert, nicht einfach irgendwo deponieren können, sondern dass man ihn behandeln muss, weil er offensichtlich noch belastet ist, wahrscheinlich wegen des Schiessstands. Es ist nicht so, dass am Anfang jemand gesagt hat, es kostet so viel und sich geirrt hat, sondern diese Kosten sind eine Repräsentation von dem, was in diesem Moment zu diesem Projekt klar war. Von daher ist es für mich nicht irgendwie eine Kostenexplosion oder etwas Ähnliches, sondern Olten jetzt! kann nachvollziehen, was hier passiert ist. Von daher befürchten wir nicht, dass es weiterhin zu einer massiven Kostensteigerung kommt. Jetzt ist klar, was die Elemente sind, die dieses Projekt ausmachen. Von daher sind wir total dafür, dass wir dies genau, wie es uns jetzt offeriert, ausführen. Zu beachten ist, dass die Kosten, die im Moment hier stehen, Kosten sind, die sich aus dem ergeben, was wir bestellt haben und aus den Sachen, die im Verlauf der Planung noch klargeworden sind. Es ist nicht so, dass dies jemand offeriert hat und wir jetzt einen Vertrag mit ihnen haben. Das kommt nachher. Jetzt müssen wir einmal einen Kredit sprechen, damit die Direktion Bau nachher die entsprechenden Verträge abschliessen kann. Ich bin sicher, dass dort noch einiges herausgeholt werden kann. Im Moment ist es ja nicht so, dass gerade extrem viele solche Projekte umgesetzt werden. Aber bevor dies passieren kann, muss der Kredit gesprochen werden. Zum Antrag der FDP ist zu sagen, dass ich nicht weiss, wie Eure Erfahrung ist. Ich arbeite in einer Firma. Ich mache viele Offerten. Wenn ich eine Offerte mache, kalkuliere ich dies aufgrund der Bestellung meines Kunden, und wenn der Kunde dann sagt, so viel Geld möchte ich nicht investieren, ich möchte 15 % weniger investieren, mache ich natürlich dem Kunden ein Angebot, das 15 % günstiger ist. Aber das hat dann logischerweise nicht die gleichen Funktionen wie das Angebot, das er sich zuerst gewünscht hat. Welche Folgen es beim Schulhaus genau hat, wenn wir jetzt dem Antrag der FDP stattgeben würden, kann ich nicht so genau abschätzen. Aber ich nehme an, Kurt Schneider wird uns dies wahrscheinlich gerne erklären. Kann man es so machen, dass er im Anschluss an mein Votum noch darlegen darf, welchen Effekt dies hätte, wenn man dies mit den 15 oder 11 % tun würde? Es ist auch nicht so klar, was die FDP will, ob sie 15 oder 11 % will, was es, wie ich glaube, wenn es 35,8 Millionen wären, wäre. Olten jetzt! sagt ja zum Schulhaus. Wir freuen uns und finden es ein tolles Projekt. Wir denken, es wird viel dazu beitragen, dass das Kleinholz als bevorzugte Wohnlage von Olten noch besser dasteht und es die Leute, die unser Steuersubstrat längerfristig aufbauen werden, in Olten auch entsprechend anziehen wird.

Luc Nünlist: Sind wir uns bewusst, wie oft wir in Olten ein solches Generationenprojekt in der Grösse eines neuen Schulhauses umsetzen? Iris hat es gesagt. So um das Fin de siècle waren wir in Olten ein paar Jahre lang die schnellst wachsende Stadt der Schweiz, so wie damals New York in Nordamerika. Aus dieser Zeit stammen die grossen Schulhäuser Frohheim und Bifang. Vor etwa 60 Jahren sind die neuen Schulhäuser dazu gekommen, Säli und Bannfeld. Meine Grossmutter hat damals eine Karriere für etwa ein halbes Jahrhundert

als Lehrerin im Hübeli begonnen. Solche Bildungsinstitutionen haben uns alle geprägt, und sie werden auch weitere Generationen von Schülerinnen und Schülern prägen. Was ich sagen möchte, ist, dass es sich nicht lohnt zu „schmürzelen“. Bei einem Abschreibungszeitraum von Investitionen von einem halben Jahrhundert oder eben im Fall der Schulhäuser, die wirklich aus der goldenen Zeit kommen, ist sparen am Schluss kostenintensiver. Ausserdem ist der schriftlich eingereichte FDP-Antrag meiner Meinung nach formell auch nicht seriös. Die Kosteneinschätzung von 2018 mit einem Fantasiebetrag von 6,5 Millionen für ein Schulhaus war unseriös. Da sind wir uns alle einig. Die Planungsgrundlage hat sich aber geändert. Der Direktionsvorsteher hat sich geändert. Um es mit den Worten von Matthias zu sagen, das Team hat vorwärts gemacht. Der Stadtrat hat vorwärts gemacht und ein vertrauenserweckendes Projekt vorgelegt. Jetzt liegt ein seriöser Betrag vor und dann wieder einen unseriösen zu fordern, ist nicht realistisch. Wir haben die Kostenhistorie jetzt klar erhalten, mit einer detaillierten Auflistung der Kostenstellen. Wer jetzt einen tieferen Betrag als Plateau festlegen möchte, will bei der Investition in die Bildung sparen. Das schleckt keine Geiss weg. Bei einer Rückweisung oder einer Kostendeckung muss klar beziffert werden, wo gespart werden will. Sonst ist es einfach ein dogmatischer Schnellschuss. Das Wort Luxus ist oft ins Feld geführt worden, und ich staune, ehrlich gesagt, dass die arrivierte Fraktion hier hochwertige Lösungen verhindern will. Es geht nicht um Luxus, um goldene WC-Schüsseln, oder einen solche Käse. Es geht um hochwertige, qualitative Einrichtungen, die ein halbes Jahrhundert lang halten sollen. Eine Einbindung ins Quartier, moderne Unterrichtsmethoden und ökologische Standards beim Bau, das sind keine Nice-to-haves, das sind Sachen, die wir in Olten im letzten halben Jahrhundert zu oft vergessen haben. Das ist state of the art, und nur state of the art ist für unsere Schülerinnen und Schüler gut genug. Wenn es jemand verdient, dass in einer Einrichtung nicht gespart wird, dann sie. Meine Kinder, wenn ich diese jemals hätte, deren Kinder und auch noch die Kindeskind meiner Kinder werden in dieses Schulhaus gehen. Da wäre es jetzt einfach nur peinlich, zu „schmürzelen“. Merci.

Heinz Eng: Ich möchte dem Ganzen vielleicht noch eine etwas andere Bedeutung und Wichtigkeit geben und zwar vor allem auch von der praktischen Seite her. Ich bin SPOAG-geschädigt, wie auch einige des Parlaments. Wir haben ja das Stadion in den letzten Jahren für gesamthaft 17,3 Millionen umgebaut. Da kann ich eigentlich auch aus einer gewissen Erfahrung sprechen, was nachher beim Bau alles abgegangen ist, von der Planung und dann beim Bau usw. Hier möchte ich von zwei, drei Erfahrungen berichten. Es sind ganz viele Theorien gefallen, Studien, und ich weiss nicht was alles. Aber dazu vielleicht ein Zitat. Moltke war ein preussischer General und hat im 19. Jahrhundert gesagt: Nach dem ersten scharfen Schuss wird jeder Schlachtplan zur Makulatur. Ich hoffe, dass dies hier nicht ganz so ist. Die ganze Planung, die jetzt steht usw. Aber es wird sicher so sein, dass, wenn die ersten Lastwagen dort oben auffahren und nachher mit dem Bauen begonnen wird, das eine oder andere nicht so ablaufen wird, wie dies jetzt hier in dieser schönen Planung steht. Dann ist es eben auch nicht so, wie Christine gesagt hat. Das ist das Gesamtwerk und im Gesamten. Ein Bau in dieser Grössenordnung mit 40 Millionen ist ein Mosaik. Das ist ein Puzzle mit ganz vielen Puzzleteilen. Gewisse Puzzleteile werden im Verlauf dieser Jahre dann nicht stimmen. Obgleich sie auf dem Reissbrett wunderbar geplant sind, sind sie etwas zu gross oder zu klein und so weiter und so fort. Das wird hier passieren. Ich habe über Stadtrat Thomas Marbet gestaunt. Ich zitiere. Für den Stadtrat kann das Ganze nur gegen unten gehen. Es gibt keine Mehrkosten, und der Stadtrat verpflichtet sich, dass dies eingehalten werden kann, und es wird nur billiger. Wenn das Andere, gegen oben, passiert, tritt dann der ganze Stadtrat zurück? Das wäre von mir aus gesehen ein Commitment, das ich sehr, sehr grenzwertig finde, zumal ja, Du, Thomas Marbet bei der SPOAG dabei warst, und Du solltest Dich ja bestens an die stundenlangen Bausitzungen erinnern, als wir die „Bau-Chnushti-Rechnungen“ bis tief in die Nacht angeschaut und gesagt haben, ist es gerechtfertigt, dass es, weil der Nagel links statt rechts eingeschlagen wurde, Mehrkosten gibt und so weiter und so fort? Dann wird es Baumängel geben. Es wird nachher gefragt, ob es eine Garantieleistung oder nicht ist usw. Ich habe höchste Achtung vor dem ganzen Projekt, und ich wünsche Kurt Schneider und seinem Team viel Erfolg. Ihr habt ja die Bauorganisation gesehen. Das ist kein 25-Prozent-Job, sondern das geht praktisch rund um die Uhr. Thomas kann sich an die Sitzungen erinnern. Plötzlich hat es den Architekten

gebraucht und er war zwei Monate in Kalifornien in den Ferien. Die Baupläne waren nicht vorhanden. Es wird x Sachen geben. Diejenigen, die in der Praxis überhaupt schon einmal mit Bau zu tun hatten, wissen, wovon ich rede. Es gibt aber auch Lichtblicke. Ich möchte hier auch den Lehrpersonen herzlich danken. Sie haben gecheckt, dass sie ihren Schulraum vielleicht etwas kleiner machen müssen. Das ist wirklich auch ein gutes Verständnis von der Lehrerschaft. Da möchte ich herzlich danken. Ich bin absolut nicht gegen dieses Schulhaus und möchte einfach sagen, dass man es nicht unterschätzen und sagen darf, jetzt haben wir irgendetwas, das ist gut, und dann gehen wir los. Noch einmal: Ihr könnt Euch erinnern. Ich habe am Anfang die SPOAG erwähnt. Dieses Parlament hat, als die SPOAG gewisse Gelder für Beiträge und die Werterhaltung gebraucht hat, Fr. 790'000.— verlangt. Dann hat der Stadtrat Fr. 750'000.— gesagt, und das Parlament hat Fr. 700'000.— gesagt. Was jetzt hier mit dem Antrag der FDP passiert, ist etwas in diese Richtung. Mir geht er fast zu wenig weit. In der Praxis wird knallhart mit einem Kostendach berechnet. 35 Millionen für das Schulhaus, wer baut dies? Dann kommen die Offerten. Da ist es anders gelaufen. Es ist leider so. Deshalb finde ich, das einzig Richtige ist jetzt, dem Antrag der FDP zuzustimmen. Alles andere ist wunderbar. Aber so läuft es in der Praxis eben nicht. Ich möchte noch etwas sagen. Spätestens dann muss jeder Linke eigentlich hellhörig werden. Jede Million, die wir hier mehr verbauen und um die es teurer wird, ist eine Million weniger an die Kultur oder andere Sachen, die es braucht. Iris weiss es. Ich bin auch sehr dafür, dass wir im Stadttheater etwas machen. Mit jeder Million, die wir hier einsparen und auch ein wenig drücken, stehen auch Gelder für den Kulturbereich, wo schon lange gewisse Sachen fällig sind, zur Verfügung. Ich appelliere wirklich noch einmal an Euer Gewissen und bitte Euch, dem Antrag der FDP zuzustimmen, dass man hier etwas heruntergeht. Es ist ganz klar, dass wir dieses Schulhaus alle wollen. Aber es geht auch mit etwas weniger. Das Preisschild soll schon am Anfang und nicht erst am Ende heruntergesetzt werden. Merci.

Ernst Eggmann: Es ist eine uralte Weisheit, dass, wer ein Haus bauen will, die Kosten genau überschlagen soll. Das ist auch hier der Fall. Wenn überbordnet wird, besteht immer die grosse Gefahr, dass hier etwas zugebracht und dort ein wenig hinzugefügt wird. Das schlägt die Kosten in die Höhe. Ich habe mich zum Beispiel bei dieser Sache gefragt, was die eingesparten Flächen der Zimmer bringen, wenn man für die Fläche, die dann frei wurde, einen Quartiertreff integriert. Ich kann dies nicht so ganz nachvollziehen. Andererseits habe ich mich auch gefragt, ob der Stadtrat oder Kurt Schneider überlegt haben, dass das Grundstück, auf dem wir sind, eigentlich im Boden einen relativ guten Schatz hat. Dort drin ist, wie ich bei den Bauten, die in der Kleinholzanlage von der Bürgergemeinde gebaut wurden, gesehen habe, sehr hoch wertvoller Kies und Sand usw., die der Bauherr damals verkaufen und damit einen schönen Schübel Geld lösen konnte, das er dann für die Häuser verwerten konnte. Das ist irgendwie nicht berücksichtigt. Ich frage mich auch, was eigentlich ein so teurer Verbindungsgang zur Stadthalle soll, wo man doch gar nicht bereit ist, die Stadthalle auch als Turnhalle zu brauchen. Man sagt immer, man kann sie gar nicht als Turnhalle brauchen. Wenn man sie nicht brauchen kann, muss man auch keinen solchen Verbindungsgang machen. Dann reicht ein überirdischer Zugang ganz sicher. Das ist für mich einfach die Frage. Ist es denn nötig, wenn man einen solchen Verbindungsgang macht, dass man eine Dreifachturnhalle macht? Wäre dies nicht ein Zugeständnis sein, wir können die Stadthalle eben doch als Turnhalle brauchen? Ich finde, man sollte gut überlegen. Zudem meine ich, dass günstiger nicht unbedingt schlechter bedeutet.

Urs Knapp: Ich habe es in den Chat geschrieben. Es hat einen Druckfehler beim Antrag, beim Zusammenzug der Summe Schulhaus und Investitionskosten gegeben. Dort muss es nicht 35,834, sondern 33,834 Millionen heissen. Der Einzelsachen für das Schulhaus und die Turnhalle sind korrekt. Entschuldigung für diesen Druckfehler. Aber man kann ihn korrigieren, und die Einzelsachen sind korrekt. Die erste Zahl müsste 33,834250 sein. Alle anderen Zahlen stimmen. Tobias Oetiker hat mich darauf hingewiesen, dass es ein Durcheinander beim Zusammenrechnen hat. Es ist nicht ein Durcheinander von Tobias. 3 und 5 sind halt nahe beieinander.

Raphael Schär: Mich würde eigentlich schon noch die Meinung von Kurt Schneider interessieren. In der GPK haben wir von design to cost gesprochen, was gemacht werden

muss, wenn wir mit dem Preis heruntergehen. Ich denke, dort gibt es schon auch noch einmal eine Diskussion, was es bedeutet, wenn wir diesen Antrag annehmen und würde deshalb die Diskussion noch nicht abschliessen. Ich muss aber doch noch sagen. Es wurde von Matthias Borner von der SVP gesagt, man solle Holz verwenden. Es war eigentlich bestellt. Die Grünen würden es sehr unterstützen. Es wurde aus Kostengründen gestrichen. Das war eine Sparmassnahme. Wenn wir sie rückgängig machen wollten, müssten wir das Budget um 5 Millionen erhöhen. Wenn wir konsistent über Holz gehen, müssen wir nicht kürzen, sondern erhöhen. Wenn Matthias Borner dies unterstützt, unterstütze ich ihn dabei natürlich auch. Hinsichtlich der Vergoldung der Zürcher Architekten wurde gesagt, dass es fünf Projekte hatt. Die topp Fünf, die Besten, waren alle im gleichen Preisrange. Dort war ein Oltner Team dabei. Sie waren teurer. Das Zürcher Team war das günstigste dieser fünf. Einfach, damit auch in der Presse richtig weitergegeben wird, was hier erzählt wird. Ich finde es generell sehr schade, dass man immer auf die Investitionskosten schaut. Vielleicht haben es einige gesehen. Man wird ein Photovoltaik-Public-Private-Partnership-Projekt machen, ein Vier-P-Prinzip, wenn man so will. Dort schauen wir auch wieder nur auf die Investitionskosten. Wir möchten sie nicht tragen. Man lagert sie bei der a.en aus. Aber wir verlieren unter dem Strich. Eigentlich könnten wir 30 Jahre an jeden Einfamilienhausbesitzer, der eine Photovoltaikanlage auf dem Dach hätte, Strom verkaufen. Wir müssten aber einfach investieren. Das Geld wäre auf dem Markt vorhanden. Man erhält sogar Negativzinsen. Aber wir drücken uns. Wir reden immer nur über die Investitionskosten, anstatt einmal zu schauen. Das Schulhaus, das wir bauen, muss 50 Jahre halten, und wir schreiben es in 33 Jahren ab. Es wäre schon sinnvoll zu überlegen, dass wir in den 17 Jahren, in denen wir keine Abschreiber mehr zahlen müssen, tiefe Betriebskosten haben. Deshalb wehren wir uns wirklich vehement gegen Sparmassnahmen, die auf Kosten von teureren Betriebskosten zurückkommen werden.

Urs Knapp: Raphael, ich sende Dir gleiche eine Mail betreffend Kosten von Holzbauten. Sie sind nicht teurer. Sie sind billiger. Ich sende Dir den Bericht von Lignum. Da kannst nachlesen. Ich habe es im Eintretensvotum schon gesagt. Lignum hat nachgewiesen, dass etwa 40 verschiedene Objekte in der Schweiz alle deutlich günstiger, als was Olten plant.

Heinz Eng: Ganz kurz zu Tobias: Du unterliegst einem Irrtum, und das ist falsch drin. Im Bericht ist es ein wenig unlauter. Es ist nicht die Schiessanlage. Sie ist dahinter und liegt nicht im Bauperimeter. Es ist der Altlastenperimeter. Es würde auch so eine Spezialbewilligung des Bundes respektive des Kantons brauchen. Diese Schiessanlage wird in den nächsten Jahren einmal saniert. Die Kosten bezahlen zu 100 % der Bund und der Kanton. Es ist eigentlich nicht ganz richtig, dass die Sache mit der Schiessanlage so aufgebauscht wird. Es ist nicht die Schiessanlage. Sie ist nicht im Perimeter. Es ist leider so. Ich weiss auch nicht, wer auf diese Idee gekommen ist. Vielleicht war es einfach gerade ein gutes Mittel. Der Schiessanlage kann man noch ein wenig die Schuld geben. Es ist nicht die Schiessanlage, die den ganzen Aushub verteuert. Das möchte ich sagen, und wer es nicht glaubt, Amt für Umwelt, Dr. Stefan Margreth. Mit ihm habe ich persönlich darüber gesprochen.

Matthias Borner: Ich wollte Raphael Schär auch sagen, dass Holz durchaus auch günstiger sein kann. Wenn er beantragt, dass man diese Sparmassnahmen in Holz ummünzen würde, unterstütze ich ihn sehr.

Gökhan Karabas: Ich möchte mich kurz entschuldigen, falls ich etwas wiederhole, was schon jemand gesagt hat, da ich vorhin nicht dabei war. Ich halte mich ganz kurz. Mir scheint, es geht manchmal vergessen, dass wir hier nicht von einem Projekt für die nächsten fünf Jahre reden, sondern wir sprechen von 50 Jahren. Im Optimalfall hält dieses Schulhaus wie das Hübeli 150 Jahre. Dementsprechend sollte man nicht am falschen Ende sparen. Holz ist sicher eine gute Sache. Hält ein Holzschulhaus auch 150 Jahre? Das weiss ich nicht. Ich kenne mich zu wenig damit aus. Aber wirklich das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Es geht auch um etwas, das lange anhaltend ist, und unsere Kinder verbringen den ganzen Tag in diesem Schulhaus. Je wohler es ihnen ist und je besser sie sich auf den Unterricht konzentrieren können, umso besser ist der Lernerfolg. Das kommt schlussendlich

Olten wieder zu Gute, wenn wir die besseren Steuerzahler haben, weil sie besser gebildet sind etc. etc. Ich möchte einfach noch einmal daran erinnern, sparen ist gut, aber man sollte es nicht übertreiben. Es ist wirklich ein längerfristiges Projekt, bei dem man nicht am falschen Ende sparen sollte.

Deny Sonderegger: Ich muss schon ein wenig schmunzeln. Einmal mehr ist es wieder das Thema der allgemeinen Kosten und der Sparwut der rechten Seite, die entsprechend unwürdige Schulhäuser bauen möchte, weil sie mit Sparanträgen kommen. Die Voten sind insbesondere zu Beginn gekommen, als es hiess, man könne sich ja, wenn man normal denken könne, selber eine Meinung daraus bilden, dass zu den ersten tiefen Kosten gar keine Schulhausrealisation möglich gewesen wäre. Lignum, die Holzbauten-Dokumentation zeigt sehr, sehr gut, dass es durchaus sehr währschaften und sehr guten Schulraum gibt, auch zu einem sehr guten Preis-/Leistungsverhältnis. Wenn man dann liest und hört und die Voten aufnimmt, vielleicht von den Grünen oder Olten jetzt!, die auf ihrer Webseite schreiben, dieses Schulhaus koste halt so viel. Das hätten mehrere Projektwettbewerbsteilnehmer definiert, und alle seien auf die 40 Millionen gekommen. Es hatte eben auch dort kostengünstigere. Für mich tönt es dann immer ein wenig so, wie wenn ich meinen Volvo, bei dem Energieeffizienz Kategorie C hätte, mit dem Ferrari und Lamborghini, die in der Kategorie G sind, vergleichen würde. Dann ist mein Volvo auch in einer Superenergieeffizienz. Wenn ich ihn mit einer A-Kategorie vergleichen würde, sähe man, dass es dort durchaus noch Alternativen gäbe. Wenn ich jetzt davon ausgehe, dass man einer Reduktion, wie sie die FDP vorschlägt, zustimmen würde, ist es ja nicht so, dass man grundsätzlich meilenweit von den Vorgaben oder dem Projektantrag der Stadt entfernt ist. Die Stadt kalkuliert heute und präsentiert uns eine Kalkulation von knapp 39 Millionen. Das gewähren wir ihnen auch. Aber wir möchten es in diesem Sinne einfach tiefer angesetzt haben, dass sie, wenn sie nachher diese Mehrkosten auch brauchen, bei diesem Zielwert landen und nicht über diesen Zielwert hinausgehen. Das ist etwas, was man schon im Vorfeld hätte machen müssen. Ich überlege mir, ob man zukünftig bei Wettbewerbsausschreibungen nicht von Anfang an schon eine Kostendeckung machen sollte. Heute Abend ist sehr viel von planerischem Aufwand gesprochen worden, der quasi erst im zweiten Schritt in der Planungsphase dazu gekommen ist. Raphael Schär hat vorhin von design to cost gesprochen. Wenn ich ein privates Haus baue und 1 Million Franken zur Verfügung habe, gehe ich auch nicht zum Architekten und sage, ich möchte ein Goldküstenhaus, das 15 Millionen kostet, also muss man sich zuerst einmal grundsätzlich mit der Materie auseinandersetzen. Man macht grundsätzlich einmal eine Analyse, was es braucht, was wir wollen und was wir entsprechend auch finanzieren können. Dann ist es vielleicht auch im Rahmen einer Wettbewerbsausschreibung ein Kriterium, dass man dort halt mitunter im Kriterium den Kostendeckel mitgeben muss. Dann könnte man genau die Situation vermeiden, die man jetzt hat, dass es eher tiefere Projektkosten, Wettbewerbs-elemente gibt und eher teurere Wettbewerbskosten oder Projekte. So wäre man dort zumindest von Anfang an schon auf dem richtigen Weg.

Daniel Kissling: Ich möchte nur noch einen kurzen Beitrag zur ganzen Geschichte mit dem Holz bringen. Einfach, damit wir es noch wissen: Es ist nämlich so, dass Lignum die Holzlobby der Schweiz ist, und wenn man Lignum fragt, ob sie günstig Holz bauen können, sagen sie sicher, dass sie günstig Holz bauen. Wir können sonst auch David Plüss fragen, der bei der Zementlobby arbeitet, ob wir nicht das ganze Schulhaus mit Zement bauen wollen. Dann sagt er sicher auch, dass dies sehr günstig wäre. Einfach, damit man es noch gesagt hat und für alle klar ist, woher es kommt. Im Schulhaus wird in Zukunft sicher auch Quellen- und Medienkompetenz gelehrt, und dann wird man unterscheiden, dass man vielleicht anderen Leuten vertrauen sollte, als denjenigen, die etwas verkaufen wollen.

Dr. Rudolf Moor: Ich fühle mich im Moment schon ein wenig im falschen Film. Wir planen jetzt wirklich schon lange an diesem Schulhaus herum. Schon x Mal haben wir solche Fragen diskutiert. Man hat günstigere Versionen angeschaut, man hat professionelle Planer, man hat Leute, die etwas von Planung verstehen, man hat Leute, die etwas vom Bauen verstehen, die jetzt seriös daran gearbeitet haben. Dass jetzt wir hier im Parlament sozusagen ständig mit neuen Vorschlägen kommen, was man besser hätte machen können

oder was blöd ist, weil es einfach zu teuer geworden ist, finde ich unprofessionell, und ich finde es auch ein wenig eine Anmassung an die Leute, die jahrelang daran gearbeitet und versucht haben, ein gutes Projekt zu machen, die sicher nicht unnötig Kosten für nichts geschaffen haben. Das ist ein üblicher Prozess. Ich habe selber schon oft bei Projekten dieser Grössenordnung mitgearbeitet. Es ist nicht ganz zu verhindern, dass man in der Projektphase Sachen findet, die es teurer machen. Aber nachher einfach zu sagen, man reduziert wieder, ist absolut unprofessionell und ist, auf gut deutsch gesagt, von mir aus gesehen eine absolute Schnapsidee.

Ramazan Balkaç: Ich möchte noch kurz etwas bezüglich Analyse, Bedarfsabklärungen etc. unterstreichen. Es ist erwähnt worden. Das Projekt ist vom Ablauf her so entstanden, dass man im Vorfeld wirklich gewusst hat, was wir brauchen und was wir wollen, und dementsprechend hat auch der Wettbewerb stattgefunden. Das heisst, man hat ein Projekt ausgearbeitet, gestützt auf die Bedürfnisse, die wir Oltner haben. Resultierend daraus sind die Kosten. Im Nachhinein zu sagen, jetzt müssen wir kürzen, würde heissen, dass das ganze Projekt auseinanderfällt respektive ein Teil nicht so funktioniert. Wenn ich dies so ausdrücken darf, entsteht nachher ein Krüppelprojekt, und das wollen wir sicher nicht, nicht zu Lasten von Oltner Kindern, die warten, die schon da sind und zur Schule gehen wollen. Wenn man dies wollte, hätte man vorher reagieren, im Vorfeld ein Kostendach festlegen und sagen müssen, so viel und nicht mehr. Dann hätte man das Projekt dementsprechend aufbauen, Phase für Phase aufgleisen müssen. Dann hätte es gestimmt. Aber jetzt finde ich es vom Vorgehen her nicht sehr korrekt, dass wir im Nachhinein kommen respektive gewisse Leute das Gefühl haben, wir müssten jetzt kürzen, und am Schluss hätten wir das gleiche Schulhaus, das alle Bedürfnisse abdeckt. Das wird unmöglich sein.

Simone Sager: Es ist schwierig, alles durch den Kopf lassen zu gehen, was diskutiert wurde. Wir müssen jetzt nicht darüber diskutieren, ob Beton oder Holz besser ist. Dafür ist das Projekt zu weit. Yabgu, Du hast vorhin etwas Gutes gesagt. Man hätte quasi von Anfang an ein Kostendach machen müssen. Beim damaligen Projektierungskredit vor zwei Jahren ist eine Zahl herumgeflossen, und da hiess es plus/minus 20 %. Die FDP hat damals zu diesem Statement gesagt, nachdem aus der Historie heraus das Schulhaus und die Turnhalle immer wieder teurer wurden, erwarten wir, dass die plus/minus 20 % nach oben nicht erreicht werden. Wenn man jetzt den Unterschied sieht, sind wir plus 15 %. Es geht uns nicht darum, dass wir diesen Bau verhindern wollen, absolut gar nicht. Den Baukörper mit der Turnhalle braucht es. Das sage ich auch als betroffene Mutter, die in einem Quartier wohnt, wo es wirklich Kinder hat. Uns geht es eigentlich darum, dass wir Respekt davor haben, dass die Bevölkerung es, wenn es so, wie es jetzt vorliegt, mit diesem Kostendach vor das Volk kommt, ablehnen wird, weil sie sagen, es ist wieder plus/minus 15 %. Dann sind wir in einem Rahmen, in dem wir uns gar nichts leisten können. Dann haben wir am Schluss gar nicht, weder das Schulhaus noch die Turnhalle. Ich will nicht, dass hier die Meinung entsteht, die FDP und ein Teil der anderen Bürgerlichen gegen dieses Projekt oder eine Verhinderergesellschaft sein wollen. Nein, uns geht es darum, dass wir wollen, dass dieses Projekt eine Chance vor dem Volk hat. Es ist ja schlussendlich dasjenige, welches das Projekt absegnet, nicht wir. Wir machen eine Empfehlung und stehen dahinter. Aber wenn es bachab geht, weil wir dann so hohe Kosten haben und die Chance da sein könnte, dass es eher gegen plus 15 % geht, so wie letztes Mal plus/minus 20 %, gibt es den einen oder anderen, der ein Nein in die Urne wirft. Dann haben wir gar nichts. Es wird schwierig sein, das ist so, und es wird auch schwierig, wenn dieser Antrag von uns angenommen wird, die Kosten irgendwo einsparen zu können. Das würde bedeuten, dass man noch einmal über die Bücher geht. Aber ich habe das Gefühl, dass sich für die Zukunft, für dieses Projekt der Schritt lohnt, noch einmal über die Bücher zu gehen. Braucht es jetzt schon Kunst am Bau? Braucht es jetzt schon einen Begegnungsplatz in einem Wohnquartier, wo es Spielplätze und einen Waldrand hat, wo irgendeinmal vielleicht die Punch-Rack-Anlage kommen wird? Das sind so zwei kleine Beispiele. Braucht es dies jetzt schon? Man muss jetzt noch nicht alles bauen. Beim Begegnungsplatz könnte man auch sagen, man macht einmal die Vorbereitungsarbeiten, damit man diesen Begegnungsplatz auch in zwei, drei Jahren noch bauen könnte, sofern es ihn braucht. Wir kommen immer mit Studien und Überlegungen. Jetzt komme ich auch mit einer. Die meisten Studien ergeben auch, dass es nicht viele

Spielplätze für Kinder in einem Alter Ü 3./4. Klasse hat. Aber wir haben dies im Bornfeld oben und zwar den Wald. Die Kinder spielen am liebsten im Dreck und Wald. Das ist jetzt einfach eine Kleinigkeit. Es ist schon klar. Das wird den Braten nicht feist machen. Aber noch einmal: Wir wollen diesen Bau nicht verhindern, sondern wir wollen, dass dieser Bau eine Chance vor dem Volk hat und nicht komplett abgelehnt wird.

Corina Bolliger: Ich als junge Oltnerin und Mitglied der jungen SP stehe hundertprozentig hinter diesem Projekt. Wenn Ihr sagt, Ihr habt Angst, dass es von der Bevölkerung nicht angenommen wird, lade ich Euch ein, zusammen mit uns für dieses Superprojekt Werbung zu machen und unseren Bewohnerinnen und Bewohnern von Olten aufzuzeigen, dass es sich extrem lohnt, in dieses Haus zu investieren, in dem so viele Kinder zur Schule gehen und so viel Zeit verbringen werden. Ich lade Euch ein. Macht mit. Wir stehen für dieses Schulhaus hin und erklären unseren Einwohnerinnen und Einwohnern, weshalb es dieses Schulhaus braucht. Ihr seid an der Reihe. Merci.

Tobias Oetiker: Corina, das sehe ich genau auch so. Wenn Ihr den Leuten, die abstimmen, erklären wollt, dass sie ja stimmen sollen, müssen wir alle ja sagen und nicht erst das Schulhaus kastrieren und kaputt machen und nachher sagen, wir haben es jetzt geschafft, dies noch irgendwie zu kürzen und Elemente herauszuhauen. Stimmt doch jetzt dafür. Dann ist es nicht mehr so toll und nicht mehr ein so überzeugendes Schulhaus, wo wir möchten, dass alle ja dazu sagen. Seid doch dafür. Olten macht etwas Grossartiges, Olten macht etwas, das über Olten hinauswirkt, worüber man spricht, etwas Schönes und dies für einen Preis, der jetzt schon optimiert ist. Es kostet nicht 44 Millionen, wie dies die Architekten vorgeschlagen haben, sondern es kostet 39,8 Millionen, und es hat ganz viele Sachen drin, die sich die Architekten noch nicht einmal vorgestellt haben.

Huguette Meyer Derungs: Ich möchte nur noch kurz meinen Vorrednern zustimmen. Ich finde es ein megacooles, gutes, ausgereiftes, qualitativ hochstehendes Projekt für Kinder und Bewohner. Es ist auch pädagogisch ausgereift. Leute, die tagtäglich mit den Kindern zu tun haben, haben es ausgearbeitet. Es waren nicht nur Architekten und Bauleute, sondern auch das pädagogische Konzept ist wirklich von guter Qualität. Vorhin wurde gesagt, man könnte vielleicht bei den Wasserhähnen noch sparen. Das kann man schon. Aber in fünf Jahren wird man sie wieder abschrauben müssen, weil sie tagtäglich tausendmal ein- und ausgeschaltet werden. Schulmobiliar okay. Man kann auch dort günstiger sein. Aber dann muss man es nach fünf Jahren wieder auswechseln, weil es qualitativ nicht gut ist. Corina, danke, Tobias, danke. Ich gehöre auch zu denen, die zu 100 % hinter diesem Projekt stehen und es unterstützen werde für die Kinder, die es dann benützen dürfen.

Kurt Schneider: Es wurde ja die Frage gestellt, welche Konsequenzen es hat, wenn man den Antrag der FDP annimmt. Wir haben eine Klärung erhalten, dass es nicht um eine Kürzung von 39,8 auf 35,8 Millionen, sondern auf 33,8 Millionen geht. Wir haben einen Antrag auf eine Kürzung dieses Baukredits um 6 Millionen. Eine Kürzung in diesem Umfang ist natürlich nur möglich, wenn man die Bestellung anpasst. Wir haben heute die Lage, dass wir eigentlich eine kongruente Situation zwischen einem Projekt und einem Preisschild haben, das Preisschild auch dem jetzigen Zustand angepasst. Das heisst, wir haben jetzt immer nur Kostenschätzungen eines Kostenplaners. Wir haben noch keine einzige Position, die hinterlegt ist mit einer Offerte, geschweige denn, und am Schluss werden wir daran gemessen, für welchen Preis es effektiv ausgeführt wird. Heinz Eng konnte vorhin sehr plastisch darstellen, dass uns noch einige Überraschungen erwarten und wir noch mit sehr viel Schweiss hinter dieses Projekt werden gehen müssen. Für uns wird dies eine grosse Herausforderung. Jeder, der schon einmal ein solches Projekt durchgeführt hat, weiss, was dies heisst, und dass dies auch ein paar schlaflose Nächte mit sich bringen wird. Bleiben wir noch ein wenig bei der Bestellung. Wir haben vier Punkte zur Bestellung. Wir haben eine Schulanlage mit 16 Abteilungen mit den pädagogischen Anforderungen, Tagesstrukturen und auch erweiterbar. Wir haben als Zweites die Dreifach-Sporthalle für das Sportangebot für die Schule und auch für die Vereine. Wir haben auf der dritten Ebene eine Aufwertung für das prosperierende Quartier Kleinholz, speziell in den Aussenanlagen, und wir haben als vierten Punkt, dass der Gebäudepark nachhaltig ist, dass er sich wirklich am SNBS orientiert

und Betriebskosten reduziert werden sollen. Bei den vier Punkten der Bestellung ist klar, dass Punkt 1 zwingend ist. Daran kann man nicht schrauben. Die pädagogischen Anforderungen mit den 16 Abteilungen sind einzuhalten. Das heisst, wenn das Gemeindeparlament beschliessen würde, dass man hier eine Kostenreduktion auf 33,8 Millionen vornehmen würde, müsste man die anderen drei Punkte anpassen. Das kann man, indem man zum Beispiel nur eine Zweifachhalle erstellt, auf einen grossen Teil der Aussenraumgestaltung verzichtet oder auch auf Massnahmen, die man heute für diese Anlage trifft, damit sie möglichst kleine Betriebskosten haben, verzichtet. Weniger Dämmung, schlechtere Fenster usw. Es ist so, dass es auch Konsequenzen auf die Schulanlage allein hätte. Man kann nicht einfach eine Zweifachturnhalle, sondern wir müssen ja auch Massnahmen an der Schulanlage selber treffen. Die Konsequenz davon ist, dass man die Bestellung anpassen müsste, damit man wieder auf die 33,8 Millionen justieren könnte. Das heisst, wir fangen bei der Planung wieder an einem gewissen Standpunkt an. Wir brauchen einen Zusatzkredit für die Planungskosten. Wir haben ein einseitiges Ziel. Wir werden dann zu Handen geringerer Investitionskosten design to cost machen. Das erkaufen wir uns einfach mit eingeschränkter Nutzung, und wir zahlen diese Kürzung nachher via höhere Planungskosten und jährlich anfallenden Betriebskosten zurück. Es wird am Schluss nicht billiger. Man meint es vielleicht. Möglicherweise ist etwas plastisch, dass man immer nur über die Investitionskosten abstimmt. Aber das wird sicher schlechter. Es hat natürlich auch Konsequenzen auf die Energiestadt. Man hat immerhin eine Motion, die auch davon ausgeht, dass man Energiestadt Gold avisiert oder auch avisiert, dass man eine Reduktion von CO2 in einem gewissen Zeitrahmen macht. Das ist ja vor allem bei städtischen Anlagen der Fall. Bis jetzt sind wir davon ausgegangen, dass wir hier klar einen Auftrag haben. Das würde hier wieder mindestens ein wenig verwässert werden. Dort müssen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen über Bord werfen. Die Eröffnung im Jahr 2024 wird so nicht möglich sein, denn wir müssen ja noch einmal neu mit dieser Planung beginnen, und wir haben auch kein Projekt, das wir der Bevölkerung vorlegen können. Wir haben ja eine Asymmetrie zwischen einem Projekt und einem Preis. Wir reden hier über 6 Millionen. Das ist nicht ein wenig etwas. Zumindest ich würde empfehlen, dies so der Bevölkerung nicht vorzulegen, weil einfach nicht mit dem Preis übereinstimmt, was wir in Bildform und Beschreibung zeigen. Das können wir jetzt wirklich klar sagen, auch in Rücksprache mit dem Kostenplaner und dem Architektenteam. Auch wenn man Änderungen macht, zum Beispiel eine Verbindung in der Stadthalle nicht machen würde, muss man dies in den Plänen selbstverständlich auch wieder anpassen. Das ist die Situation. Wir haben ein vorliegendes Projekt mit einem Preisschild. Wenn man das Preisschild ändert, muss man eigentlich auch das Projekt ändern. Das hat gewisse Konsequenzen, und das wollte ich jetzt hier aufzeigen.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich bin jetzt natürlich auch ein wenig überrascht. Selber bin ich ja auch Ökonom und Betriebswirtschaftler und kenne die Thematik agent principals natürlich auch, und ich weiss, dass es in der Regel das eine oder andere ist, aber nicht beides gleichzeitig. So kommt es mir heute Abend auch vor. Ich möchte noch einmal betonen, dass der Stadtrat und das Planungsteam diese Kosten immer ernst genommen und immer überprüft hat und auch immer versucht haben, sie zu reduzieren. Ich erinnere: Kontextplan hat für die Schulraumplanung einen Bedarf von 51 Millionen Franken identifiziert. Das günstigere Wettbewerbsprojekt von den fünf, die wir hatten, ist bei 41 Millionen Franken gelandet, und das hat man nachher überarbeitet, konnte es durch Verzicht in der Bestellung auf 34,6 Millionen Franken herunterbringen. Dort waren es 10 % Klassengrösse weniger. Es waren die Verkehrsflächen in den Gängen. Es war der Verzicht auf Gruppenräume. Das war immer ein Thema. Nachher sind wir von diesen 34,6 Millionen wieder ein wenig höher gekommen. Kurt Schneider hat es ja erwähnt. Der Aushub ist ein Thema, der Verbindungsgang und der Aussenraum. Der Verbindungsgang ist kein Tunnel. Damit haben wir auch die Möglichkeit, zum Beispiel auf beiden Seiten der Anlage, im Schulhaus und in der Stadthalle die gleichen Reinigungsmaschinen zu verwenden, weil sie im Betrieb einfach hin- und hergeschoben werden könnten. Es gibt uns die Möglichkeit, Fernwärme vom Schulhaus aus der Stadthalle zu beziehen. Es gibt uns auch die Möglichkeit, den Strom der Photovoltaikanlage im Schulhaus im Eigenverbrauch in der Stadthalle zu verwenden. Das ist ein Verbindungsgang von eineinhalb Metern. Es ist nicht sehr komfortabel. Es gibt aber die

Möglichkeit und den Zusatznutzen, dass sich die Spielenden oder Schülerinnen und Schüler oder in einem Turnier aufwärmen können und einmal übergehen können, vielleicht den Match spielen und wieder zurück. Das ist eine Idee oder Vorstellung, die aus der Projektgruppe, Projektsteuerung herausgekommen ist, wo man gesehen hat, doch, es macht für die Nutzerinnen und Nutzer Sinn. Es ist technisch sinnvoll. Wenn ich den Preis richtig im Kopf habe, war er ungefähr bei einem Plus von Fr. 200'000.— bis Fr. 300'000.—. Am meisten tut einem, das wissen alle, die auch gebaut haben, immer weh, worauf man verzichtet hat, was man nachher ein wenig bereut. Ich sage es noch einmal. In den 39,8 Millionen Franken sind 5 % Projektreserven enthalten, die man in einem solchen Projekt deklaratorisch auch aufführt, und es ist die Ausstattung von 2 Millionen Franken enthalten. Wenn Ihr ein Häuschen baut, fragt ihr bei der Hypothek ohne Stubentisch und Fernseher nach. Da sind der Stuhl und die elektronische Wandtafel schon dabei. Das sind immerhin 2 Millionen Franken. Auch nicht erwähnt wurde, dass die 2,7 Millionen Franken Planungskosten, die bis jetzt ja auch aufgelaufen sind, das ist richtig, sind hier dabei. Wir genehmigen Kosten, die Ihr schon einmal genehmigt habt. Die 2,7 Millionen sind schon verbraucht. Man muss sie eigentlich gedanklich, wenn man jetzt überlegt, wofür man das Geld noch zusätzlich ausgibt, reduzieren. 2,7 Millionen Franken sind schon bewilligt, sind wegen des Brutto-Prinzips hier noch einmal aufgeführt. Du sagst, Kostendach ja. Ich verstehe dieses Prinzip. Man kann es anwenden. Aber man kann in einem solchen Verfahren nicht plötzlich die Spielregeln ändern. Wenn Du eine Bestellung machst, gehst Du bottom up, wenn Du ein Kostendach machst, gehst Du top down. Jedes Mal hast Du einen Freiheitsgrad. Bei der Bestellung sind eigentlich die Kosten das Risiko, und der Freiheitsgrad bei der Bestellung. Beim Kostendach ist das Fixum eigentlich der Preis und das Risiko ist nachher eine Qualität dessen, was Du bekommst. Beide Verfahren gleichzeitig kombinieren geht hier nicht, und das wird Schiffbruch erleiden. Kurt hat es auch richtig ausgeführt. Deshalb muss man die Bestellung überarbeiten und das Mengengerüst eigentlich hinterfragen. Niemand macht hier einen goldenen Wasserhahn. Die Planerinnen sind sehr auf die Kosten bedacht, und es spricht ja für sie, dass sie günstiger waren als das Oltner Büro, das am Schluss noch unter den Rangierten war. Natürlich kann man auch über Kunst am Bau reden, natürlich kann man auch über die Aussenanlagen reden. Aber ich habe es ja erwähnt. Wir haben den Auftrag diesem Projektteam und der Steuerung gegeben, die Kosten zu überprüfen, im Bereich Fassadengestaltung, im Bereich der Technikräume, auch im Bereich der Umgebungsarbeiten und der konstruktiven Erfordernisse. Natürlich kann man ein Fenster wegsparen; Urs. Aber man hat dann auch weniger Tageslicht. Es braucht dann eine zusätzliche Leuchte. Es braucht Ersatz. Es braucht auch Energie. Es hat dann letztlich auch alles Qualität und beeinflusst die Nutzerinnen und Nutzer. Hier haben ein ausgereiftes Projekt, hinter dem wir stehen können. Wo wir nicht dahinterstehen können, ist bei diesen Kosten. Da kann ich Euch versichern, dass dies unser Anliegen ist. Wir sind seit sieben Jahren in diesem Sparmodus, wo wir aus der städtischen Finanzkrise herausgekommen sind, und seit fünf Jahren, der Finanzdirektor würde es bezeugen, sind wir auch daran und haben schwarze Zahlen ausgewiesen. Wie kann man dies, wenn man das Geld nicht im Griff hat, oder wenn einem dies einfach keine Sorgen bereiten würde? Da kann ich Euch verbrieft, dass uns dies ein Thema ist und wir diesen Weg so weitergehen wollen. Deshalb bitte ich Euch auch. Jetzt habe ich auch etwas lang gesprochen. Aber es geht um ein Generationenprojekt. Es geht um einen hohen Kredit, und es war mir wichtig, dass man diese Gedanken auch hört. Noch einmal das letzte Wort zur Kostenexplosion: Das hört man im Gesundheitswesen und im Bau immer wieder. Aber wichtig ist, dass hier noch nie ein Schaden entstanden ist. Die Zahl war vielleicht nicht realistisch, als man 16, 17, 18 genannt hat. Es ist nie ein Schaden für die Steuerzahlerin und den Steuerzahler entstanden. Die Erwartungen an die Kosten haben sich verändert, und die Kosten waren eigentlich bei jeder Phase für die jeweilige Bestellung zum jeweiligen Zeitpunkt ausgewiesen. Die Bestellung ist in der Zwischenzeit ja auch angepasst worden. Deshalb hat es bei den Kosten auch Steigerungen gegeben. Es hat aber auch immer wieder Einschränkungen gegeben. Es war ein wenig ein Auf und Ab, letztlich zu einer besseren Genauigkeit der Kosten, und es ist nie ein Schaden entstanden. Das erscheint mir wichtig. Es sind Projektionen. Wir reden über Veränderungen von Projektionen, und es ist nie ein Franken für nichts ausgegeben worden. Stimmt bitte zu. Wir werden Euch ein Superprojekt machen. Davon werden unsere Kinder, die Oltnerinnen und Oltner, ein Quartier und letztlich auch ein wenig das Gewerbe

profitieren. Jetzt noch einmal in eine zweite Runde zu gehen, bedeutet die Volksabstimmung später machen. Es bedeutet mehr Planungskosten. Es bedeutet eigentlich einen Abzug der Kriterien und Anforderungen, die wir gemacht haben, und in einen Betrieb hinauszugehen, der nachher über den ganzen Lebenszyklus teurer wird. Ich danke Euch.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich staune ein wenig, nicht wegen der Anträge. Aber ich habe sehr Freude an denjenigen, die uns unterstützen. Eigentlich haben wir halt einfach noch nie ein Schulhaus gebaut. Unsere Generation nicht, die letzte nicht, und die nächste wird auch keines mehr bauen müssen, wenn wir ein gutes Schulhaus bauen. Wir sind auf dem Weg dazu. Eigentlich werden die ganzen Kosten immer klarer. Es ist nicht so, dass wir irgendwie überborden. Ja, wir haben unsere Zimmer und das ganze Schulhaus geschrumpft, und es ist immer noch genau das Schulhaus, das wir wollen. Lieber Ernst Eggmann, Du erzählst irgendwelches komisches Zeug, was wir mit kleineren Zimmern wollten. Wir machen dort oben keinen überrittenen Park, sondern wir machen einen Naturgarten, der erlaubt, dass die Kinder auch draussen Schule halten können, dort aussen eine Lernumgebung haben. Nicht mehr und nicht weniger. Dann sind ganz viele Fragen gestellt worden, wo ich mich wirklich wundere. Es ist nämlich in der GPK auch diskutiert worden. Dann frage ich mich halt schon, ob die Leute aus der GPK in den Fraktionen nicht berichten. Das finde ich ganz komisch, was mit dem Zugang zur Stadthalle war und noch ganz viel Anderes. Wir haben dort auch erklärt, dass wir auf das Holz verzichten müssen, weil es zu teuer ist, und dass dafür die ganze Turnhalle leichter wird, und, und, und. Eigentlich ist alles längstens gesagt. Ich wünschte mir ein Parlament, das mutig ist und zu unserem Grossprojekt, zu unserem Generationenprojekt ja sagt. Zehn Jahre lang haben wir den Menschen im Kleinholz und im Bornfeld hinten versprochen, Ihr werdet ein Schulhaus bekommen. Dort oben sind tolle Häuser gebaut worden, hohe Qualität, und jetzt wollt Ihr irgendetwas Billiges hinstellen. Nein, wir brauchen ein Schulhaus, es ist gesagt worden, für die nächsten 50 Jahre, von höchster Qualität. Da sind wir auf dem Weg dazu. Es ist auch gesagt worden. Der Stadtrat jetzt und der Stadtrat künftig wird die Kosten im Auge behalten. Ich bin ganz überzeugt, dass auch das geneigte Parlament dafür schauen wird, dass der künftige Stadtrat nicht überbordnet. Jetzt wünsche ich mir einfach ein wenig Mut, bei den bürgerlichen Parteien etwas den Mut, den ihre Vorväter hatten, um zu sagen, jawohl, und jetzt setzen wir ein Zeichen für unsere Stadt und bauen ein tolles Schulhaus. Merci vielmals.

Beschlüsse

1. Zustimmung mit 38 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung
2. Mit 22 : 17 Stimmen wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.
3. Zustimmung einstimmig

Schlussabstimmung

Mit 34 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die Variante A) „Schulhaus Kleinholz mit Dreifachturnhalle“ und die Variante B) „Schulhaus Kleinholz ohne Dreifachturnhalle“ werden dem Souverän zur Abstimmung unterbreitet.
2. Der Baukredit für die Variante A) „Schulhaus Kleinholz mit Dreifachturnhalle“ von CHF 25'620'000.- (inkl. MwSt.; Kostenangaben +/- 15%) zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 2170.5040.003 und CHF 14'185'000.- (inkl. MwSt., Kostenangaben +/- 15%) zu Gunsten Investitionsrechnung Konto Nr. 2170.5040.009 bzw. für die Variante B) „Schulhaus Kleinholz ohne Dreifachturnhalle“ von CHF 28'650'000.- (inkl. MwSt., Kostenangaben +/- 15%) zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto-Nr. 2170.5040.003 wird bewilligt.
3. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland vom Oktober 2020, Stand 100.3 Punkte / Basis Oktober 2015 des Bundesamtes für Statistik, gilt als mitbewilligt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport
Direktion Finanzen und Informatik

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2021

Prot.-Nr. 52

Dringlicher Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Verschiebung Entscheid über VR der SBO/Beantwortung

Am 3. März 2021 reichte Matthias Borner (SVP) folgenden dringlichen Auftrag ein:

«Der Stadtrat wird dazu angehalten den Entscheid über die Zusammensetzung des VRs der SBO auf die neue Legislatur, in neuer Zusammensetzung, zu verschieben.

Begründung:

Der SR schrieb Stellen für den Verwaltungsrat der SBO aus. Diesen Entscheid möchte der Stadtrat anscheinend noch in der alten Zusammensetzung beschliessen. Dieses Vorgehen wird von verschiedener Seite als heikel empfunden. Gerade die Zusammensetzung dieses VRs und dessen Vergütung bot zu hitzigen Diskussionen im Rat Anlass. Nach aussen könnte der Eindruck entstehen, dass hier nicht nur im Interesse der Bevölkerung gehandelt wird. Die SBO arbeitet eng mit der Stadt zusammen und ist ein enorm wichtiger Partner. Der neue Stadtrat, in neuer Zusammensetzung soll entscheiden, mit wem er zusammenarbeiten möchte und wer die grosse Verantwortung unser SBO tragen soll. Es macht auch Sinn, dass der Stadtrat die eigene Zusammensetzung abwartet, denn der/die einsitznehmende Stadtrat/in wird womöglich sowieso erst bei einem 2.Wahlgang bestimmt.

Gemäss Statuten ist die Wahl des VRs der SBO in der Kompetenz des Stadtrates. Es gilt hier aber den Handlungsspielraum des künftigen Stadtrates möglichst nicht einzuschränken. Dies im Interesse der Einwohner und Kunden der SBO und mit diesem Auftrag können wir als Volksvertreter unsere Meinung kundtun. Der Stadtrat kann dies in Form eines Prüfauftrages zur Kenntnis nehmen und möge den Zeitpunkt des Entscheids überdenken.»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Wahl neuer Verwaltungsräte und neuer Verwaltungsrätinnen der sbo erfolgte bis anhin auf Empfehlung aus dem Verwaltungsrat selber bzw. der darin vertretenen Stadträte. Dies hat mitunter zu Kritik geführt, mit dem Vorwurf der Vetternwirtschaft und dass nicht Personen aufgrund ihrer Fähigkeiten, sondern aufgrund der Parteizugehörigkeit und oder der persönlichen Seilschaften in den Verwaltungsrat gewählt wurden.

Der Stadtrat dementiert diesen Vorwurf vehement. Der derzeitige Verwaltungsrat der sbo hat einen hervorragenden Leistungsausweis und verdient das Vertrauen der Eigentümerin. Nur am Rande sei erwähnt, dass in der letzten Amtsperiode die äusserst komplexe und mitunter auch schwierige Entflechtung der AVAG und aen erfolgreich vollzogen werden konnte und die aen mit der Primeo Energie (neue Eigentümerin der AVAG) einige Vorteile zu Gunsten der Stadt aushandeln konnte. Zudem zeigt auch die Anzahl und vor allem die Qualität der eingegangenen Bewerbungen den guten Ruf, den die sbo in Branchenkreisen, weit über die Stadtgrenze hinaus, geniesst.

Dennoch ist sich der Stadtrat des Misstrauens bewusst und hat aus diesem Grund bereits im März 2020 im Rahmen eines Gesprächsthemas das Vorgehen betreffend Nachfolgeplanung besprochen und mitunter festgehalten, dass die Mandate öffentlich ausgeschrieben werden, dass das jeweilige Stadtratsmitglied der Direktion Finanzen, als Vorsteher der für die Eignerstrategie verantwortlichen Direktion, im Verwaltungsrat Einsitz nehmen wird und dass die Verwaltungsratsentschädigung überarbeitet bzw. reduziert werden soll, insbesondere für Mitglieder, welche in beiden Verwaltungsräten (sbo und aen) vertreten sind. Zudem ist eine Statutenänderung geplant, mit der die Amtsdauer auf ein Jahr reduziert werden soll.

Am 19. Oktober 2020 fand die jährliche Besprechung zwischen Vertretern des Verwaltungsrates sbo und dem Stadtrat als Eigentümerinnenvertreter statt, anlässlich welcher jeweils die Einhaltung der Ziele der Eignerstrategie erörtert werden und über die Schwerpunkte der Unternehmensziele für das kommende Jahr informiert wird. An der genannten Besprechung wurden zudem, im Hinblick auf die auslaufende Amtsperiode des Verwaltungsrates und bevorstehenden Rücktritte, die Organisation eingehend diskutiert, um herauszufinden, mit welchen Fähigkeiten die bevorstehenden Rücktritte ersetzt werden sollen, damit der Verwaltungsrat bestmöglichst aufgestellt ist. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Branchenkenntnissen Energie, Marketing und Verkauf sowie Nachhaltigkeit und Ökologie als Ergänzung viel Sinn ergeben.

Anfang 2021 hat sich der Stadtrat im Rahmen von mehreren Sitzungen auf ein Verfahren geeinigt. Als Wahlausschussgremium wurden der abtretende Stadtpräsident sowie der Leiter Rechts- und Personaldienst unter Beizug eines externen Beraters bei Bedarf bestimmt. Mit diesem Vorgehen will der Stadtrat einerseits die Professionalität, Neutralität und Transparenz, andererseits aber auch die Berücksichtigung der städtischen Interessen gewährleisten. Die Ausschreibung erfolgte nebst den regionalen auch in den einschlägigen nationalen Medien. Die Resonanz war erfreulicherweise gross, so dass aus einer Vielzahl von höchst qualifizierten Bewerbungen dem Stadtrat eine Auswahl vorgeschlagen werden kann. Das Selektionsverfahren ist voll im Gange.

Bei der Festlegung des Zeitpunktes für die Neuwahl des Verwaltungsrates hat sich der Stadtrat von zwei Faktoren leiten lassen: Auf der einen Seite § 14 der Statuten, der die Amtsdauer des Verwaltungsrates und des Präsidiums mit der Amtsdauer der Behörden der EGO gleichsetzt. Das bedeutet, dass die Amtsperiode des neuen Verwaltungsrates am 1. August 2021 beginnt, die Wahl dementsprechend vorher, durch den amtierenden Stadtrat vorgenommen werden muss. Auf der anderen Seite hat der amtierende Stadtrat, aufgrund intensiv geführter Gespräche Einblick in die Organisation und das Funktionieren des Verwaltungsrates erhalten – Wissen, welches bei der Neubesetzung durchaus von Vorteil ist und dem guten Funktionieren des Gremiums dienlich sein kann.

Die Statuten definieren als Wahlbehörde in § 13 Abs. 2 und 3 den Stadtrat. Dieser alleine bestimmt über das Verfahren und den Zeitpunkt der Wahl. Wenn er das laufende Verfahren nun aufgrund von politischem Druck stoppt, dann liegt das grundsätzlich in seiner Verantwortung. Der Verlust an Glaubwürdigkeit betrifft aber nicht nur den Stadtrat, sondern auch die sbo und die Stadt. Denn aufgrund der grossen Publizität, welche die Ausschreibung in den gewählten Medien erhalten hat, würde sich dieses unübliche, den Bewerbern und Bewerberinnen gegenüber unfaire Vorgehen einer Verschiebung der Wahl bzw. eines Abbruchs des Auswahlverfahrens in den Kreisen der potentiellen Bewerber und Bewerberinnen herumsprechen. Mitunter könnte es als Affront empfunden werden, weil der Effort, den die Bewerber und Bewerberinnen geleistet haben, nicht honoriert wird. Eine neue Ausschreibung unter neuen Vorgaben des neuen Stadtrates würde kaum die gleiche Auswahl an hoch qualifizierten Fachpersonen ergeben, weil der Reputationsschaden einfach zu gross wäre. Nachdem das geplante Verfahren schon seit längerer Zeit bekannt war, hätte das Anliegen des Vorstosses denn auch früher vorgebracht werden sollen.

Aus diesem Grund empfiehlt der Stadtrat den Auftrag für nicht erheblich zu erklären und damit dem Stadtrat und dem gewählten Vorgehen das Vertrauen auszusprechen, damit er die für die sbo besten und geeignetsten Kandidatinnen und Kandidaten in den Verwaltungsrat wählen kann.

- - - -

Matthias Borner: Der Stadtrat hat die Stellen für den Verwaltungsrat der sbo ausgeschrieben, und diesen Entscheid wollte er anscheinend noch mit der alten Besetzung des Stadtrates fällen. Gemäss Statuten liegt die Wahl des Verwaltungsrates der sbo in der Kompetenz des Stadtrates. Es gilt hier deshalb, den Handlungsspielraum des künftigen Stadtrates möglichst nicht einzuschränken. Das ist im Interesse der Einwohner und Kunden der sbo. Auch wenn man die Geschichte dieser Verwaltungsräte und Entscheide anschaut, fände ich es ein schlechtes Zeichen, wenn man jetzt hier wieder so etwas einen Eindruck entstehen lässt, dass man hier noch versucht, alte Sachen in die nächste Legislatur zu retten. Der Stadtrat muss gut und eng mit der sbo/a.en zusammenarbeiten, und deshalb fände ich es eigentlich besser, wenn dies die neue Zusammensetzung wählen kann. Als ich die Antwort gelesen habe, musste ich schon ein wenig schmunzeln. Einerseits freut es mich sehr, dass hier auch gewisse Argumente von Rolf Sommer aufgeführt sind, die der Stadtrat ernst nimmt und erwähnt. 2018 habe ich eine Interpellation gestellt, und das ist eigentlich das letzte Mal, dass man öffentlich gemacht hat, was man in diesem Verwaltungsrat so verdient. Dort ist herausgekommen, dass man für sechs bis acht Sitzungstermine Fr. 34'000.— verdient, für acht Sitzungstermine. Deshalb bin ich absolut nicht erstaunt, dass man quasi europaweit Bewerbungen erhalten hat, als die Oltner sbo die VR-Sitze ausgeschrieben hat. Anscheinend wird dies sehr gut bezahlt, und das hat sich vielleicht auch herumgesprochen. Das muss nicht nur ein gutes Zeichen sein, wenn sich so viele Leute melden. Zweitens habe ich in der Antwort des Stadtrates gesehen, dass man die Entschädigung des Verwaltungsrats reduzieren möchte. Das freut mich. Es ist ein wenig schade, dass man für diese Erkenntnis drei Jahre gebraucht hat. Deshalb möchte ich eigentlich auch, dass man diese Wahl abwartet. Ihr schreibt hier, man habe dies per 1. August ausgeschrieben und wir hätten hier noch Statuten. Erstens ist es nicht das erste Mal, dass man einen Verwaltungsrat in der neuen Zusammensetzung wählt. Das hat es schon gegeben. Der Stadtrat hat dies auch schon für möglich befunden. Zweitens finde ich es auch nicht so sauber, wenn man jetzt Leute einstellt und hier schreibt, wir werden ihnen das Gehalt noch kürzen. Ich fände es für eine saubere Zusammenarbeit gut, wenn man die Statuten zuerst ändern würde, ihnen sagt, wie viel sie erhalten und sie dann einstellt. Jetzt wollt Ihr dies eigentlich umgekehrt machen, und ich finde dies nicht sehr sauber. Es kann ja sein, dass der eine oder andere abspringt, jemand, der sich von weiss ich nicht vorher bewirbt, weil er dank der Interpellation Borner gelesen hat, dass man hier mit sechs bis acht Sitzungen Fr. 34'000.— verdienen kann. Vielleicht überlegt er sich dies nachher anders, wenn Ihr die Entschädigung wieder zurücknehmt. Ich würde es dem Stadtrat einfach gönnen, dass man hier in Zukunft eine positive und vertrauensbasierte Zusammenarbeit machen kann. Deshalb fände ich es wichtig, dass man diesen Entscheid vorverschiebt. Mir ist bewusst, dass dies laut Statuten in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Aber trotzdem habe ich es als angemessen empfunden, dass das Parlament seine Meinung kundtun kann. Merci.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir haben hier eine Dringlichkeitserklärung zur Frage erhalten, wie, wann und durch wen der Verwaltungsrat der sbo gewählt bzw. installiert werden soll. Bei diesem Auftrag geht es nicht um Honorare, wie bei einem anderen dringlichen Vorstoss, bei dem die Dringlichkeit abgelehnt wurde, sondern um das Verfahren. Ich möchte an dieser Stelle Matthias im Namen des Stadtrates herzlich für diesen Steilpass danken, den er mir oder uns gibt, um hier noch einmal zu unterstreichen, was die Absicht ist. Matthias, Du hast ab und zu das Wort sauber in den Mund genommen. Das suggeriert, dass wir etwas Unsauberes machen. Ich finde dies nicht angebracht, und wir können ganz klar darlegen, dass wir auch aus der Vergangenheit etwas dazu gelernt haben und man, wenn es

um die Verwaltungsratsbesetzungen, Mandate geht, selbstverständlich genau hinschaut und vor allem auch, wenn es um die Honorare geht. Betreffend Besetzung möchten wir mit dieser Antwort sehr gerne noch einmal transparent darlegen, worum es geht und was auch der Stadtrat bezweckt. Er bezweckt insbesondere gerade das, was Du, Matthias, auch ein wenig suggerierst, eben genau das Auswahlverfahren transparent und offen zu machen, unabhängig von sogenannten Seilschaften, die hier im Spiel sein sollen, und das Ganze auch entpolitisieren. Aus der Vergangenheit wissen wir, auch seit der Verselbständigung der sbo, dass dies ein schwieriger Schritt war, auch für die Politik, die sogenannte Selbständigkeit einfach so gewähren zu lassen. Dann war wichtig, dass die Politik auch noch in diesem Verwaltungsrat war und quasi ein wenig kontrolliert hat, wie es abläuft. In der Folge hat man dann die Besetzung des Verwaltungsrates tatsächlich auch so gemacht, dass man fähige Leute gesucht hat, die dieses Amt bekleiden können und in die man Vertrauen hat. Ich möchte an dieser Stelle gleich vorweg sagen, dass der jetzige Stadtrat, mit den Gesprächen, die wir auch mit dem Verwaltungsrat haben, von dieser Arbeit einen sehr guten Eindruck hat. Es war eine sehr anspruchsvolle Zeit, welche die sbo durchschritten hat, auch mit den ganzen Vertragsverhandlungen mit anderen Gesellschaften. Wir können sagen, dass in den regelmässigen Gesprächen, die der Gesamtstadtrat macht, auch mit dem Verwaltungsrat, eine sehr gute und transparente Arbeit geleistet wird. Bei den Gesprächen, die wir hatten, insbesondere auch, als wir die Eignerstrategie besprochen haben, hat der Stadtrat schon bald einmal klar gesagt, dass wir die Nachfolgeplanung diesmal etwas anders machen möchten. Wir möchten in diesem Sinne eine offene Ausschreibung und das ganze Wahlprozedere damit transparent machen und in diesem Sinne offen gestalten, dass dort ausserhalb des «Oltner Kuchens» auch andere fähige Persönlichkeiten Einsitz nehmen dürfen. Das hat nichts mit den bisherigen Verwaltungsratsmitgliedern und der Qualität ihrer Arbeit zu tun. Bei diesem Gespräch mit dem Verwaltungsrat haben wir vom Stadtrat her insbesondere auch festgestellt, dass gewisse Kompetenzen nicht so stark vertreten sind. Wir haben ein paar Profile, die gut gestärkt in diesem Verwaltungsrat sind. Das hat uns auch überzeugt. Es hat aber Bereiche, in denen wir uns auch mit der altershalber bedingten Fluktuation durchaus Verstärkungen vorstellen können. Was ist im Bereich Branchenkenntnisse Energie, Marketing, aber auch im Bereich Nachhaltigkeit, Ökologie? Wir möchten vom Stadtrat her gerne das Profil bzw. die Kompetenzen dieses Verwaltungsrats auch besser ausgewogen und vor allem in den zukunftssträchtigen Gebieten stärken. Das ist auch der Grund, weshalb der Stadtrat gesagt hat, wir schreiben dies gesamtschweizerisch aus. Wir haben mit diesen Profilen gesamtschweizerisch ein Echo erreicht, wo ich sagen darf, ohne jetzt schon zu sagen, wie die Ausschreibungsergebnisse sind, dass es sehr viele und sehr interessante Rückmeldungen gegeben hat. Matthias, ich muss Dich halt auch noch einmal kurz zitieren. Nicht wegen des Honorars, sie haben nämlich nie gefragt, wie viel sie verdienen, sondern weil sie an der Arbeit interessiert sind, da es ein spannendes Umfeld ist, um sich dort zu engagieren. Der ganze Auswahlprozess läuft. Wie wir auch dargelegt haben, ist das Auswahlgremium oder das vorbereitende Gremium alles andere als befangen. Der abtretende Stadtpräsident, der keine Ambitionen auf dieses Amt hat, beim Rechtskonsulenten ist es ein ganz kleiner Rahmen. Dadurch haben wir eigentlich auch ein Gefäss geschaffen, mit dem wir dem Stadtrat schlussendlich eine gute Auswahl unterbreiten können. Die Festlegung, ob der alte oder neue Stadtrat wählen soll, hat der Stadtrat auch abgewogen. Was ist jetzt das Richtige? Es waren eigentlich zwei Gründe, weshalb wir gesagt haben, es ist der alte. Erstens ist die Amtsdauer gemäss Statuten zeitgleich mit dem Stadtrat. Zweitens haben wir natürlich durch unsere engen Kontakte, indem der jetzige Stadtrat auch verstärkt Einblick in die sbo erhalten hat, die Meinung, dass wir genau wissen, welche Profile dort noch nachgerüstet werden müssen. Von daher hat der Stadtrat meiner oder unserer Meinung nach einen guten Weg eingeschlagen, einen offenen Weg, einen transparenten Weg. Ich bitte Euch auch, den Stadtrat in diesem Handeln auch zu unterstützen. Es gibt noch zwei formelle Sachen, die ich nachliefern möchte. Wir haben den Auftrag, die Statuten nachzuarbeiten und nachzubessern. Das Eine betrifft die Amtsdauer. Dort wird der Stadtrat noch in der alten Amtsperiode dem alten Parlament eine Statutenänderung unterbreiten, mit der man die Amtsdauer auf ein Jahr reduzieren möchte. Wir haben auch klar die Meinung, dass die Vertretung aus dem Stadtrat nur noch aus einem Mitglied besteht. Wer dann das Mitglied des Stadtrats sein wird, das im Verwaltungsrat

Einsitz nehmen soll, wird der neue Stadtrat entscheiden, der sich dann konstituiert haben wird. Wir haben auch schon verlauten lassen, dass es allenfalls auch der Finanzdirektor oder die Finanzdirektorin sein wird. Aber das wird, wie gesagt, der neue Stadtrat beschliessen. Matthias, das sind meine Argumente. Ich hoffe, ich habe Dich gleichwohl davon überzeugen können. Das Eine ist das Honorar, die Entschädigung. Das ist nach wie vor pendent. Da wollen wir auch Auskunft geben und daran arbeiten. Das Andere ist das Verfahren. Ich möchte das Parlament bitten, den Stadtrat, wie gesagt, in seinem Ansinnen auf seinem Weg zu unterstützen und ihm dieses Vertrauen zu schenken. Ich bin überzeugt, dass wir einen ganz guten Verwaltungsrat zusammenstellen können, auch wenn es der alte Stadtrat ist. Ihm dürft Ihr dies schon noch zutrauen.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ich möchte zuerst Matthias Borner danken, dass er dies angezogen hat. Es ist tatsächlich berechtigt, dass man hier Transparenz schafft. Ich denke, was Martin Wey jetzt auch gerade gesagt hat, in Ergänzung zu dem, was wir im Verlauf des Abends zugeschickt erhalten haben, zeigt eben genau, wo die Transparenz bis jetzt fehlt, und sie fehlt immer noch an ein paar Orten. Auch wir sind davon ausgegangen, dass, wenn in einem Statut steht, dass die Amtsperiode eines Gremiums, das durch den Stadtrat zu wählen ist, mit der Legislatur identisch ist, der Stadtrat in der Zusammensetzung, wie er für diese Legislatur zuständig ist, es auch so wählen darf. Wir sind tatsächlich überrascht worden, dass die jetzt noch in der alten Zusammensetzung sein soll. Schlussendlich werden wir dem Auftrag nicht zustimmen können, weil wir die Kompetenzen nicht durcheinanderbringen wollen. Aber das ist auch der einzige Grund. Die Sache als solche ist von mir aus gesehen auch durch das, was wir jetzt zugeschickt erhalten haben, nicht überzeugend begründet worden. Im Gegenteil, es ist genau deshalb verwirrend, was der Stadtpräsident am Schluss gesagt hat. Es ist übrigens nicht eine Entscheidung oder ein Wunsch des Stadtrates, nur noch jemanden aus dem Stadtrat im Verwaltungsrat zu haben. Das ist ein Parlamentsbeschluss, vor zwei Jahren aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zustande gekommen, auf eine damalige Motion von mir. Es hat vorhin so getönt, als ob quasi der Stadtrat selber hätte wählen können, ob er dies umsetzen möchte. Nein, das hat er nicht. Wir sind enttäuscht, dass dies nicht letztes Jahr schon umgesetzt wurde. Wir waren fest der Meinung, dass dies nicht zwei Jahre dauern muss, bis man so weit ist. Aber eben: Wir haben nicht wirklich eine Einflussmöglichkeit auf dieses Prozedere. Es gibt weitere Sachen, die nicht transparent sind. In den Antworten ist die Rede davon, dass es Rücktritte gäbe. Offenbar kann man ja sagen, wer es ist, wenn es angekündigte Rücktritte sind. Also könnte man transparent machen, wie viele sich zur Wiederwahl stellen und wie viele Sitze es neu zu besetzen gibt. Es steht nichts darüber. Wer verfolgt hat, wann die Ausschreibung war, hat natürlich auch ein Datum. Ich lese wahrscheinlich nicht die Medien, in denen dies ausgeschrieben wurde. Jedenfalls weiss ich nicht wann. Ich finde es schade, dass in der stadträtlichen Antwort nichts über den Zeitplan steht, wie er aktuell läuft. Es steht nicht, wann ausgeschrieben wurde, bis wann sich die Leute bewerben, wann die Wahl tatsächlich stattfinden soll. Das steht alles nicht. Aber wir haben vorhin gehört, es solle ziemlich sicher nur noch der künftige Finanzdirektor oder die künftige Finanzdirektorin in der Doppelrolle sein. Aber witzigerweise wissen wir ja eben in der alten Zusammensetzung noch nicht, wer nachher die Finanzdirektion leiten wird. Dort liegt tatsächlich immer noch ein Widerspruch. Ich meine, und das ist jetzt wichtig, wenn wir wirklich in Bälde eine Statutenrevision erhalten, was ja spannend ist, dass wir dies heute Abend erfahren, und man dann diese Wahl jeweils auf ein Jahr hinaus vollzieht, kann man einerseits sagen, okay, man hat nach relativ kurzer Zeit die Möglichkeit, etwas zu korrigieren. Soweit so gut. Aber auch dann denke ich, dass es richtig ist, dass am Anfang einer neuen Legislatur der Start einer solchen Amtsperiode kurz nachher erfolgt, so dass der Stadtrat diesen Beschluss künftig in einer neuen Zusammensetzung anfangs Legislatur wird fassen können.

Dr. Arnold Uebelhart, Fraktion SP/Junge SP: Ich habe die etwas schwierige Aufgabe, wir waren in der Fraktion ein wenig geteilter Meinung, gleichwohl zu begründen, dass eigentlich die Mehrheit die Überweisung ablehnt. Felix hat von der fehlenden Transparenz gesprochen, dass beide Gremien in diesem Sinne die Rücktritte ausschreiben usw. Ich habe mich aber schon gefragt, wenn der Stadtrat dann neu anfangen wird, ich glaube am 1. September, und

müsste gleich wählen, gäbe es auch die Ausschreibung noch nicht. Ich weiss nicht genau, wie dies geht. Meine Meinung war, und sie hat leicht obsiegt, dass der Stadtrat bis Ende August noch die Kompetenz hat, das Gremium zu wählen. Das ist rechtlich verbindlich. Ich erinnere an Herrn Trump, der bis zum letzten Tag seiner Amtszeit Bundesrichter gewählt hat. Er hat auch nicht gewartet. Das ist eine Kompetenz, und er hat sich ja nicht ungesetzlich benommen. Matthias sagt eigentlich nicht begründet, dass die neue Zusammensetzung dies beschliessen soll. Ich weiss nicht genau, wie er darauf kommt, weil offenbar muss dies jetzt sein. Natürlich auch noch ein Dorn im Auge ist ihm die heikle Frage, wie dies bezahlt wird. Man sieht aus dem Jahresbericht, dass es Fr. 224'000.— für den Verwaltungsrat sind, davon Fr. 48'000.— für den Präsidenten. So geheim ist dies nicht. Ich glaube, ich fasse mich kurz. Eine Mehrheit, vielleicht ist es keine Mehrheit mehr, von der SP-Fraktion ist nicht für Überweisung dieses Ansinnens. Danke.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir finden es positiv, dass der Stadtrat neue Wege beschritten hat und versucht, aus Sachen, die in der Vergangenheit nicht gut angekommen sind, zu lernen. Wir finden es in diesem Sinne gut, dass die Bewerbungsprozesse ausgeweitet wurden, man zuerst einmal geschaut hat, wo man überhaupt fähige Leute braucht und man es nicht nur regional, sondern schweizweit ausgeschrieben hat, gerade auch, weil man ja in der Vergangenheit immer wieder sagen musste, man findet keine Frau. Es wäre uns schon auch wichtig, dass man hier ein wenig breiter sucht. Ich denke, schweizweit sollte es doch dann wirklich auch möglich sein, dass es auch eine solche Vertretung geben darf. Wie gesagt, diese Amtsdauer ist in den Statuten so geregelt, und Bewerbungsverfahren für solche Posten können auch nicht in kurzer Zeit von Statten gehen. Es macht deshalb durchaus Sinn, wenn man dies seriös abklärt und für die nächste Amtsperiode fähige Leute hineinnimmt. Die politische Vertretung dürfen hingegen, die ja, wie Felix Wettstein richtig gesagt hat, gestützt auf einen Vorstoss nicht mehr zwei Stadträte sein, sondern nur noch einer. Dass dies natürlich ein Stadtrat der neuen Besetzung sein muss und dort die Konstituierung abgewartet werden muss, ist ganz klar und logisch. Aber das braucht nachher auch kein längeres Verfahren, sondern einen kurzen Entscheid. Dann sind beide ab dem 1. August, wenn die Amtsperiode starten wird, fähig, dieses Amt zu übernehmen und hoffentlich auch ganz gut auszuüben.

Matthias Borner: In der Vergangenheit war ja das Thema oft, dass hier ein gewisses Misstrauen geherrscht hat, auch aus verschiedenen Vorstössen zwischen sbo, a.en, Stadtrat, aber auch dem Parlament. Deshalb finde ich es auch sehr positiv, dass der Stadtrat die Botschaft verstanden und eine Sensibilisierung stattgefunden hat. Einerseits sagt man, die Entschädigung möchte man versenken. Man gibt zu, dass sie zu hoch war. Man hat zwar immer noch nicht gesagt weshalb. Noldi, der Punkt ist eben, dass sie in zwei Verwaltungsräten gleichzeitig sind. Ich weiss nicht, ob dies immer noch so ist. Es sind zwei identische Verwaltungsräte. Wie viel sie bei der a.en verdienen, haben sie nicht offengelegt. Das ist das Problem. Wenn jemand bei der sbo gewählt ist, bekommt er bei der a.en auch etwas, und sie wollen uns nicht sagen wieviel. Da geben sie zu, dass es relativ hoch ist, weil sie heruntergehen wollen. Jetzt wollen sich die anderen Parteien hinter den Statuten verstecken. Ich habe wirklich versucht, sauber zu argumentieren, und habe geschrieben: «Der Stadtrat kann dies im Form eines Prüfauftrages zur Kenntnis nehmen und möge den Zeitpunkt des Entscheids überdenken». Wir können unsere Meinung hier kundtun, und der Stadtrat kann damit machen, was er will. Er kann sich darum foutieren und sagen, wir bestimmen es trotzdem jetzt. Ich würde ihm eigentlich die Chance lassen, darauf zurückzukommen und neu wählt. Wie gesagt, auch an Felix gerichtet, ich würde es dem neuen Stadtrat gönnen, wenn er diese Entscheide fällen könnte und nicht den Entscheid des alten übernehmen müsste. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir dies in der Vergangenheit schon einmal gemacht haben, dass es die neue Zusammensetzung vorgenommen. Es ist also nicht das erste Mal. Es ist möglich.

Dr. Christine von Arx: Es ist mehr eine Frage als eine Bemerkung. Ich habe es richtig verstanden. Der Stadtrat wird in der alten Besetzung den neuen Verwaltungsrat für die Dauer von vier Jahren wählen. Das heisst, eine allfällige Revision der Statuten und eine

Verschiebung des Wahltermins wären dann quasi erst in fünf Jahren massgebend. Das habe ich so richtig verstanden? Abgesehen davon, dass ich auch der Meinung bin, dass die Sache halt so ist, wie sie ist und man nach den jetzigen rechtlichen Grundlagen vorgehen muss. Aber ich möchte nur noch sicher sein, dass ich es richtig verstanden habe.

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Ich habe ein anderes Verständnis und die Statutenänderung von einem Jahr im Kopf. Deshalb ist es gut, wenn Du diese Frage stellst.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Merci, Christine. Ich meinte, ich hätte gesagt, dass wir die Statuten noch in diesem Jahr, in dieser Amtsperiode ändern werden. Das Parlament wird eine Vorlage erhalten, Statutenänderung, und wir vom Stadtrat beantragen Euch eine Statutenänderung, dass die Amtsdauer nur noch ein Jahr ist. Darüber werdet Ihr hier in dieser Legislatur als Parlament noch beschliessen können. Federführend ist die Finanzdirektion, und sie sind daran, die Vorlage entsprechend zu präparieren. Die Wahl erfolgt gemäss diesen Statuten, die dann neu beschlossen worden sind, auf ein Jahr. Dies zu dieser Frage, Christine.

Felix Wettstein: Ich muss jetzt gleichwohl nachfragen. Zeitplan heisst, wir werden im Parlament zuerst über die Statutenänderung beschliessen können, die sofort in Kraft tritt. Erst nachher wird aber noch der alte Stadtrat das Gremium wählen. Habe ich dies richtig verstanden?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Der alte Stadtrat wird einen Bericht und Antrag an das Parlament machen, was die Amtsdauer anbelangt. Es ist vorgesehen, dass man dies eventuell schon im Mai wird bringen können. Wenn das Parlament dies entsprechend beschlossen hat, wird auch die Wahl der neuen Verwaltungsratsmitglieder gemäss den neuen Statuten erfolgen. Wenn das Parlament dies ablehnt, wird es natürlich gemäss dem vom Parlament beschlossenen Antrag passieren.

Heinz Eng: Ich habe eine Frage an den Stadtpräsidenten. Die jetzigen Statuten sind aus dem Jahr 2000. Du hast vorhin gesagt, man macht hier punktuell gewisse Änderungen. Wer es nicht besser, man würde eine Gesamtrevision dieser Statuten machen und sie dann auch entsprechend zeitgemäss schreiben? Dieser Auftrag kann auch aus der GPK kommen. Aber ich glaube jetzt, dadurch, dass die Statuten über 20 Jahre alt sind, das Gemeindeparlament hat sie seinerzeit bewilligt, wäre es vielleicht gar nicht schlecht, wenn man die Gesamtrevision machen und nicht einfach jetzt punktuell gerade auf diese Punkte eingehen würde. Das ist meine Frage an den Stadtpräsidenten.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Felix hat ja gesagt, seine Vorarbeit zu dieser ganzen Geschichte sei etwas zu wenig gewürdigt worden. Das wollten wir nicht, Felix. Es gibt nämlich einen weiteren Punkt, den wir ebenfalls aufgreifen möchten, auch von Deiner Seite. Das ist das Thema Nachhaltigkeit. Du kannst Dich auch erinnern. Das werden wir in diesen Statuten entsprechend nachrüsten. Vater des Gedankens. Das Zweite, das wir in den Statuten explizit auch noch aufnehmen, ist die Delegationsgrösse des Stadtrates in den Verwaltungsrat. Es sind drei Punkte. Heinz, ich denke, es lohnt sich jetzt wirklich, diesen Schritt zu machen. Weitere Revisionen stehen nicht an. Es geht dann um andere Fragen. Ich denke, es lohnt sich jetzt, die drei Punkte, die wir vom Stadtrat regeln möchten, dem Parlament noch in der alten Legislatur zu unterbreiten.

Matthias Borner: Ich möchte erstens hervorheben, dass ich die Kompetenz der Leute, die dort Einsitz haben und auch der Leute, die in Zukunft Einsitz haben werden, nie in Frage gestellt habe. Ich möchte nicht, dass dieser Eindruck entsteht. Mir geht es mehr darum, welcher Eindruck durch das Vorgehen nach aussen entstehen könnte. Ich möchte einfach noch einmal an alle appellieren, stimmt dem zu. Ich finde es sauberer, wenn man zuerst die Statuten ändert und dann die Leute wählt. Sonst wählt man jetzt Leute, und sie erfahren nachträglich, wie die Statuten und übrigens auch Entschädigungen sind. Dann kann es auch

sein, dass der eine oder andere abspringen wird. Wir wissen dies nicht. Ich finde, ein sauberes Vorgehen ist, zuerst die Regeln zu bestimmen und dann die Mannschaft. Merci.

Beschluss

Mit 24 : 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der dringliche Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktion der entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2021

Prot.-Nr. 53

Vorschlag Rolf Sommer betr. Stadtratsbeschluss Verkehrsmassnahmen Säliquartier/Beantwortung

Am 26. Januar 2021 hat Rolf Sommer folgenden Vorschlag gemäss Art. 16 der Gemeindeordnung eingereicht:

«Die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde der Stadt Olten stellen gestützt auf Art. 16 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten folgendes Begehren:

Der Beschluss Nr. 005 vom 11.01.2021 des Stadtrates der Einwohnergemeinde der Stadt Olten, betreffend «Verkehrsmassnahmen in Olten, Säliquartier» amtlich publiziert am 21.01.2021, ist sofort aufzuheben.

Begründung:

- Der vorgesehenen Verkehrsmassnahmen behindern den Fluchtverkehr bei einem starken Unwetter oder Katastrophe.
- Sie führen zu mehr klimaschädigenden Fahrten im Quartier.
- Der Umfahungsverkehr der Barrieren oder Sperren führt zu massivem Mehrverkehr und Belastung auf den anderen Quartierstrassen und ist nicht nachhaltig (GO, Art. 2, e).
- Eine Befragung/Mitwirkung der betroffenen Quartierbewohner (GO Art. 6) hat nicht stattgefunden.
- Der Bifangknoten (Einmündung Engelbergstrasse, zu kurzer Warteraum vor dem Lichtsignal) und dem Fussgängerstreifen (Schulweg, Quartierverbindung Hardfeld-Säliquartier) ist nicht für den zusätzlichen Mehrverkehr geeignet und wird zu einer grossen Gefahrenzone.
- Die baulichen Verkehrsmassnahmen, die in den letzten Jahren für Millionen von Franken (Beispiel: Gartenstrasse) ausgeführt worden sind, werden obsolet.
- Der Steuergeldverschwendung muss Einhalt geboten werden!»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zum Formellen

Aufgrund der Tatsache, dass der Vorstoss eine Verkehrsmassnahme betrifft, welche in der Kompetenz der Exekutive liegt, kann lediglich ein Prüfungsauftrag erfolgen, der die Umsetzung nicht hindert. Auch die Tatsache, dass das demokratische Vorschlagsrecht ergriffen wurde, konnte im Übrigen die Umsetzung nicht verhindern. Andernfalls könnten mit solchen Vorstössen, wenn sie dann sinngemäss aufschiebende Wirkung für das betroffene Geschäft haben sollten, die ordentlichen Rechtsmittelfristen aufgehoben werden, was nicht Wille des Gesetzgebers sein kann.

Zum Inhaltlichen

Ende 2020/Anfang 2021 hat der Stadtrat von Olten Massnahmen beschlossen, um den aufgrund des Fahrverbots mit Zubringerdienst unberechtigten und von Anwohnenden seit langer Zeit schon beanstandeten Schleichverkehr im Säliquartier zu reduzieren. Anlass zur raschen Umsetzung gab insbesondere die Baustelle am Bahnhofquai, auf welche Anfang 2022 diejenige zwischen Sälikreisel und Postplatz anschliessen soll, welche die Situation im Säliquartier ohne griffige Massnahmen während ein bis zwei Jahren zusätzlich stark verschärfen dürfte. Verkehrsmessungen hatten gezeigt, dass das Verkehrsvolumen auf der Reiserstrasse vor Jahresende um rund 40% zugenommen hatte, bevor es vermutlich aufgrund der Corona-Pandemie bzw. der Homeoffice-Pflicht in den letzten Wochen wieder fast auf den vorherigen Stand zurückging.

Vorausgegangen waren diverse neue Vorstösse im Gemeindeparlament. Am 25. Juni 2020 wurde dort ein Volksauftrag «für mehr Begegnung im Säliquartier» behandelt, der eine flächendeckende Verkehrsberuhigung im Säliquartier verlangte, nachdem die bisher ergriffenen Massnahmen zum Schutz der Wohnquartiere nicht die erwünschten Wirkungen gezeigt hätten. Der Stadtrat hatte in seiner damaligen Beantwortung durchaus Verständnis für die Anliegen gezeigt, aber auch dargelegt, dass aus der Erfahrung vergangener Jahre ein dafür notwendiger partizipativer Prozess unter Einbezug der Quartierbevölkerung und weiteren Kreisen durchzuführen sei, um den gordischen Knoten zu lösen und zu konsensfähigen Lösungen zu gelangen. Der Sprecher zum Volksauftrag, der eine «Schliessung der Quartierautobahn mit baulichen Massnahmen» als einzige Massnahme bezeichnete, welche das Problem nachhaltig lösen würde, formulierte damals an der Parlamentssitzung unter Applaus von den Rängen, als Alternative zu weiteren Mitwirkungsverfahren «könnte man ja auch einfach damit beginnen, die Resultate der bereits abgeschlossenen Studien umzusetzen, hier und jetzt». Auch in der anschliessenden Diskussion im Parlament wurde geäussert, dass die Bedürfnisse schon x-fach angemeldet worden seien und dass es jetzt nicht Zeit für die nächste Mitmachstudie oder die nächsten Mitmachverfahren seien, «sondern einfach auch einmal etwas machen, schauen, wie es funktioniert und dann wieder den nächsten Schritt machen». Der Volksauftrag wurde denn auch mit 26:8 Stimmen klar erheblich erklärt.

Schon am 15. November 2020 wurde von den Initiantinnen und Initianten des Volksauftrags beim Stadtrat ein offener Brief eingereicht. Darin wurde unter anderem bemängelt, dass der Stadtrat den Anliegen der betroffenen Quartierbevölkerung wie auch dem Willen einer deutlichen Mehrheit des Parlaments, das nunmehr in mindestens drei Abstimmungen Massnahmen gegen den Ausweichverkehr gefordert habe, zu wenig Rechnung trage. Im Brief wurde der Stadtrat dazu aufgerufen, unverzüglich griffige Massnahmen gegen den Ausweichverkehr in den Quartierstrassen zu ergreifen.

Gestützt wurde dieses Anliegen durch eine dringliche Motion Ursula Rüegg (SVP) im November 2020 betreffend Verhinderung des Schleichverkehrs im Säliquartier. Auch darin wurde gefordert, dass angesichts der Verschärfung der Situation durch die Baustelle am Bahnhofquai nicht mit Massnahmen zugewartet werde. Bei der Behandlung der Dringlichkeit führte die Urheberin des Vorstosses aus: „Dringlich ist etwas, wenn man es nicht hinausschieben kann und es jetzt erledigen sollte. Dringlich ist etwas, wenn es pressiert. Dringlich ist es, wenn es besonders nötig und wichtig ist. Dringlich ist es auch, wenn es zum Beispiel gilt, drohende Gefahr für Leib und Leben unmittelbar zu beseitigen. (...) Kann man es hinausschieben, einen Kindergarten und Schulweg sicher zu machen? (...) Ist es jetzt nötig und wichtig, dass wir möglichst niemanden zu Schaden kommen lassen? Wollen wir die Gefahr für Leib und Leben so lange dulden, bis etwas passiert? Oder wollen wir jetzt unverzüglich die Verantwortung für die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner übernehmen? (...) Jetzt und nicht in einem Jahr (...) ist es wichtig, dass wir alles dafür tun, dass möglichst alle, Kleine und Grosse, die längere Baustellenzeit sicher überstehen.“ Die Dringlichkeit wurde einstimmig gutgeheissen. Mehrere Mitglieder des Gemeindeparlaments

haben den Stadtrat in der Folge ermutigt, befristete und harte Massnahmen zu ergreifen. Auch dieser Vorstoss wurde mit 35:0 Stimme als Postulat erheblich erklärt.

Der Handlungsbedarf war somit offensichtlich. Eine vom Stadtrat eingesetzte verwaltungsinterne Arbeitsgruppe wurde beauftragt, Sofortmassnahmen zur Eindämmung des Umfahrvverkehrs zu erarbeiten. Diese prüfte diverse Massnahmen und kam zum Schluss, dass die Einführung eines Klebers für Quartierbewohner, mit dem die soziale Kontrolle gestärkt werden soll, die Errichtung von Barrieren bzw. Schranken an zwei verschiedenen Standorten (Riggenbachstrasse und Gartenstrasse) zur Verhinderung bzw. Erschwerung der Durchfahrt sowie Durchfahrtsperren an der Reiserstrasse mittels Blumentröge näher geprüft werden soll. Auf der Maienstrasse sollen ferner zusätzliche bauliche Massnahmen, die Einführung von Tempo 20 oder eine Umkehr der Einbahnstrasse geprüft werden. Die vorgesehenen Sperrungen wurden einem externen Verkehrsplanungsbüro zur Prüfung unterbreitet, um insbesondere die Auswirkungen der Standorte auf den Verkehr zu untersuchen. Dabei stellte sich heraus, dass die beiden Standorte der Barrieren richtig seien, für die Prüfung der Auswirkungen der Durchfahrtsperren aber noch weitere Abklärungen getroffen werden müssen. Gestützt auf diese Erkenntnis hat der Stadtrat am 21. Dezember 2020 die Einführung eines Quartierklebers aufgrund fehlender Effektivität sowie der Gefahr der Verdächtigung und Hetze gegen alle nicht im Quartier wohnhaften Zubringer verworfen. Gleichzeitig hat er die Einführung der Barrieren durch Genehmigung eines Nachtragskredits gutgeheissen und die weiteren vorgeschlagenen Massnahmen zur genaueren Prüfung freigegeben.

Am 4. Januar 2021 präsentierte das externe Verkehrsplanungsbüro die Resultate ihrer Untersuchungen im Rahmen einer Besprechung mit der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe der Kantonspolizei sowie dem Amt für Verkehr und Tiefbau. Dabei wurden folgende Rahmenbedingungen für die Sperrungen formuliert:

- Keine vollständige Unterbindung der Quartierquerung, sondern Reduktion der Attraktivität Durchquerung, damit der Durchgangsverkehr die Hauptachse bzw. die Kantonsstrasse vorzieht. Der verbleibende Verkehr soll mit der Massnahme kanalisiert werden, um die Kontrolltätigkeit der Polizei zu erleichtern.
- Keine wesentliche Mehrbelastung bzw. Verlagerung zuungunsten von anderen Strassenzügen.
- Wenn möglich keine Mehrbelastung der betroffenen Strassen aufgrund der Kanalisierung, wobei es zu berücksichtigen gilt, dass es Strassen gibt, die sich mehr für eine solche Kanalisierung eignen als andere.

Die Untersuchung ergab vier Varianten mit Untervarianten, welche anlässlich der Besprechung vom 4. Januar 2021 eingehend diskutiert und für welche Vor- und Nachteile abgewogen wurden. Dabei wurde eine weitere Variante eingebracht, welche die Rahmenbedingungen noch besser erfüllen kann. Sämtliche Teilnehmer der Besprechung teilten diese Einschätzung, worauf diese Variante dem Stadtrat zum Beschluss empfohlen wurde. Mit Stadtratsbeschluss vom 11. Januar 2021 wurde den Empfehlungen gefolgt, die entsprechenden Verkehrsmassnahmen beschlossen und aufgrund der Dringlichkeit mit Entzug der aufschiebenden Wirkung versehen.

Die vorläufig für einen Versuchsbetrieb von einem Jahr beschlossenen Massnahmen umfassen je eine Barriere an der Gartenstrasse auf der Höhe des Vögelgartens und an der Riggenbachstrasse auf der Höhe des Fachhochschulgebäudes sowie eine Sperre mit Pflanzentrögen im Bereich des Maria-Felchlin-Platzes. Die unberechtigte Durchfahrt soll zudem mit neuen Regelungen im Bereich Einbahnstrassen erschwert werden. Dabei soll die Quartierquerung für die Berechtigten weiterhin möglich sein. Gegen die Beschlüsse des Stadtrates sowie gegen den Entzug der aufschiebenden Wirkung, um die Massnahmen angesichts der Baustelle auf der Hauptachse rasch durchzuführen und erproben zu können, sind mehrere Beschwerden eingegangen. In der Zwischenzeit hat das kantonale Bau- und

Justizdepartement mit Beschluss vom 25. Februar 2021 entschieden, dass den Beschwerden keine aufschiebende Wirkung zukommt.

Vorgesehen war, die Massnahmen auf Anfang März einzuführen. Angesichts des derzeit geringeren Verkehrsaufkommens hat der Stadtrat Ende Februar beschlossen, die Verkehrsmassnahmen erst dann zu vollziehen, wenn sich eine Zunahme des Verkehrs – beispielsweise durch Beendigung der Homeoffice-Pflicht – abzeichnet. Sobald diesbezüglich eine Lockerung erfolgt, ist geplant, die Massnahmen rasch umzusetzen, um die gewünschte Wirkung zu erzielen und Erfahrungen insbesondere mit Blick auf die zweite Bauetappe auf der Kantonsstrasse zu sammeln. Ausschlaggebend war zudem, dass angesichts des reduzierten Verkehrsaufkommens die geplanten Messungen vor und nach der Einführung der Massnahmen derzeit keine aussagekräftigen Ergebnisse gezeitigt hätten.

Zu den einzelnen Begründungen des Vorschlags

- Die Begründung, dass mit den Massnahmen der Fluchtverkehr behindert wird, trifft insofern nicht zu, dass im Falle einer Katastrophe sowohl die Barrieren als auch die Blumentröge ohne weiteres durch Notfalldienste oder auch Dritte mit geringem Aufwand entfernt werden können.
- Die Begründung, dass die Verkehrsmassnahmen einen massiven Mehrverkehr erzeugen, welcher die Umwelt gefährdet, ist nicht stichhaltig, weil die Massnahmen im Total keinen Mehrverkehr, sondern eine Umlagerung des Verkehrs, insbesondere des Durchgangsverkehrs auf die dafür vorgesehenen Haupt- bzw. Kantonsstrasse bewirken sollen. Allfällige längere Wege für den berechtigten Verkehr in beschränktem Umfang dürften durch die Vermeidung von unberechtigtem Verkehr mehr als wettgemacht werden. Es könnte sogar sein, dass aufgrund der Unattraktivität der Strecken gewisse Personen aufs Auto verzichten und somit eine kleine Verkehrsabnahme erwirkt wird.
- Hinsichtlich der angeblich fehlenden Mitwirkung sei auf die Dringlichkeit aufgrund der Baustelle und aufgrund der oben erwähnten Parlamentsdebatten verwiesen. Eine Partizipation, wie sie vom Stadtrat anlässlich des Volksauftrags von Juni 2020 auch vorgesehen war, wird hingegen für die definitive Verkehrsbeschränkung durchaus sinnvoll und notwendig sein, braucht aber Zeit, welche aufgrund der Dringlichkeit von Sofortmassnahmen nicht vorhanden war.
- Der Bifangknoten entspricht den gültigen Normen. Es ist zudem ja gerade das Ziel der Massnahmen, die Gesamtverkehrsmenge im Quartier durch die Vermeidung von unberechtigtem Verkehr zu reduzieren, wodurch die befürchtete Mehrbelastung verhindert werden soll.
- Die im Rahmen von Strassensanierungen getroffenen Gestaltungsmassnahmen, die in den letzten Jahren im Quartier ausgeführt wurden, waren nie als Massnahmen zur Durchsetzung des bestehenden, von vielen Verkehrsteilnehmenden aber nicht eingehaltenen Fahrverbots mit Zubringerdienst gedacht, sondern dienen der Beruhigung des berechtigten Verkehrs und zur Förderung der Attraktivität des Wohnquartiers.

Fazit

Der Stadtratsentscheid zu den Verkehrsmassnahmen im Säliquartier basiert auf Verkehrsbeobachtungen und -messungen sowie auf Parlamentsvorstössen und -debatten, die vom Stadtrat klar und unmissverständlich verlangten, dass im Säliquartier – insbesondere mit Blick auf die Baustellen auf den Hauptachsen – Schutzmassnahmen gegen den Schleichverkehr ergriffen werden. In der Folge hat der Stadtrat von Fachverständigen erarbeitete Massnahmen als Versuchsbetrieb beschlossen, an denen er festhalten wird. Er erwartet nun auch vom Gemeindeparlament, dass es die von ihm selber beschlossene Marschrichtung beibehält und den Stadtrat in seinem Einsatz zum Schutz der Quartierbevölkerung unterstützt.

In diesem Sinne beantragt der Stadtrat, den Auftrag in Form eines Prüfungsauftrags nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich denke, kurz vor Ostern dürfte man dieses Geschäft durchaus auch Via Dolorosa nennen. Wenn man es in der Geschichte anschaut, ist es tatsächlich eine lange politische Fahrt, welche diese Massnahmen bzw. die Diskussionen mit sich ziehen. Einfach ganz am Schluss: Weshalb sind wir der Meinung, dass der Stadtrat auf dem richtigen Weg ist? Ich möchte auf die politischen Diskussionen im Parlament verweisen, insbesondere auch auf den Volksauftrag, der überreicht wurde. Ich weiss noch, wie er im Konzertsaal behandelt wurde. Herr Bächler hat sich dort zu Recht engagiert ins Zeug gelegt. Er hat für seine Voten auch Applaus erhalten. Er war für das Anliegen des Quartiers engagiert, wo einfach die ganzen Durchquerungen, Fremdquerungen, ein Thema waren. Man hat dann in dieser Diskussion, und das möchte ich auch in Erinnerung rufen, klar gesagt, man wolle kein Mitwirkungsverfahren. Man möge das Protokoll einfach noch nachlesen. Der Stadtrat hat noch in Erwägung gezogen, bevor man überhaupt Massnahmen ergreift, ein Mitwirkungsverfahren zu machen. Die Voten waren dort eigentlich klar, jedenfalls von denjenigen, die sich dazu geäussert haben, dass es nicht ein Mitwirkungsverfahren sein soll, sondern nicht umgesetzt werden soll. Wir kennen ja die Probleme. Man weiss, wo die Gefahren für Leib und Leben sind. Die Verantwortung gehe jetzt vor. Man müsse sie wahrnehmen. Die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner. Jetzt muss gehandelt werden und nicht mehr grosse Abklärungen. Das war eindrücklich und anhand des Vorstosses von Frau Ursula Rüegg mit 35 : 0 Stimmen als Postulat erheblich erklärt worden. Das war Grund genug zu handeln. Der Handlungsbedarf ist vorhanden. Wir haben dann im Stadtrat relativ schnell gesagt, das setzen wir um. Wir haben die Verkehrsmassnahmen relativ unkompliziert im Stadtrat nicht nur diskutiert, sondern auch beschlossen und waren auch für die Umsetzung bereit. Ihr konntet es in der Zeitung lesen, worum es geht. Es geht wirklich darum, griffige Massnahmen zu installieren und zwar als Versuchsbetrieb. Das muss man auch immer wieder sagen. Wir wollen dies nicht auf immer und ewig installieren, sondern wir wollen mit diesen, zugegebenermassen zum Teil harten Massnahmen, einen Versuchsbetrieb machen, wo man tatsächlich mit einem Monitoring, das nachher auch zeigen soll, was es bewirkt hat, eine Wirkung im Ziel haben. Wir sind gewillt und durch die Beschwerden, die eingereicht wurden, man möge sich erinnern, gegen die aufschiebende Wirkung ist entsprechend ein Verfahren angestrengt worden, wo der Kanton in der Zwischenzeit dem Stadtrat Recht gegeben hat, musste man dies abwarten. Wir vom Stadtrat haben gesagt, wir schauen die ganze Pandemie-Situation auch noch an. Die Zahlen sind übrigens klar am Steigen. Wir machen auch wöchentliche Messungen. Sie nehmen zu, so dass der Stadtrat in Bälde, zeitnahe die entsprechenden Massnahmen installieren wird. Deshalb werden wir die Begründung von Rolf Sommer, der seine Bedenken geäussert hat, man soll sie äussern können, in der Interessenabwägung zum Schutz der Bevölkerung in diesem Sinne nicht prioritär behandeln, sondern wir wollen dies als Versuchsmassnahme zeitnahe umsetzen. Es war nicht ein Zaudern des Stadtrates, weil er es nicht gleich umgesetzt hat, sondern er musste das Verfahren und auch die Pandemie-Situation tatsächlich noch abwarten. Ihr könnt davon ausgehen, dass der Stadtrat gewillt ist, dies umzusetzen. Wir erwarten eigentlich auch heute Abend vom Gemeindeparlament, dass wir den Rücken gestärkt bekommen, dass wir in dieser Versuchsanordnung auf dem richtigen Weg sind und wir hier zum Schutz der Bevölkerung etwas Wirkungsvolles erzielen können.

Ursula Rüegg: Die Fraktion der SVP ist gegen die Erheblichkeit des Prüfungsauftrags. Rolf hat in seinem Vorschlag einfach einen Punkt erwähnt. Das sind die Bewohner des Quartiers. Martin, Du hast es schon gesagt. Aber ich glaube, wir Oltner sind uns das rasante Tempo, das der Stadtrat hier vorgelegt hat, einfach nicht gewohnt. Ich bin der Meinung, wenn der Stadtrat jetzt noch zuwartet, könnte man vielleicht die Bewohner noch ein wenig besser informieren. Ich glaube, dass der Stadtrat beabsichtigt, das hat man ja einmal geschrieben,

die Bevölkerung nach der Versuchsphase miteinzubeziehen, ist bei der Bevölkerung nicht wirklich angekommen. Ansonsten bin ich als Mitverursacherin dieses Thema, zusammen mit meinen Fraktionskollegen, der Meinung des Stadtrates. Die Attraktivität der Abkürzungen durch das Quartier soll und muss unterbunden werden. Eine Quartierstrasse ist seit eh und je auf die Erschliessung eben dieses Quartiers ausgerichtet und nicht als praktische Rennstrecke für ortsfremden Durchgangsverkehr, weil es auf der Hauptstrasse gerade stockt.

Beat Bachmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Zum Vorschlag von Rolf Sommer, die Verkehrsmassnahmen im Säliquartier aufzuheben, sagen wir als Fraktion klar und deutlich nein. Der Stadtrat hat die Vorgeschichte in seiner Antwort klar dargelegt. Sie zeigt auf, dass es ja auch Quartierbewohnerinnen und –bewohner waren, die sich schon lange gegen diesen Durchgangsverkehr im Quartier einsetzen, auch wenn man im letzten Monat vor allem die Gegenseite gehört hat. Wir sind überzeugt, dass es diese härteren Massnahmen braucht, um diesen Verkehr, der bereits wieder stärker anrollt und je nach Baustellensituation auch noch mehr zunehmen wird, etwas besser zu steuern. Aus unserer Sicht muss man die Barriere sobald als möglich einsetzen und die Auswirkungen testen. Übrigens kann man in diesem Quartier ganz gut ohne Auto unterwegs sein. Wir haben gute, neu ausgebaute Busverbindungen bis auf die Höhenstrasse hinauf. Wenn wir einen sicheren Schulweg für die Kinder wollen, wenn wir ein Quartier wollen, in dem man sicher zu Fuss und mit dem Velo unterwegs sein kann, müssen wir diesen Durchgangsverkehr auslagern und das Quartier unbedingt entlasten. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stützt den Entscheid des Stadtrates und wird den Auftrag nicht erheblich erklären.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion Junge SP/SP: Nicht zuletzt auch als Reaktion auf den von unserer Fraktion unterstützten Volksauftrag der Bewohner aus dem Säliquartier hat der Stadtrat einen wirklich mutigen Entscheid gefällt. Das schätzen und unterstützen wir immer noch total. Daran hat sich nichts geändert. Nämlich Sperren und Barrieren aufzustellen, um den Verkehr in dieser Quartierstrasse in unserem Quartier zu reduzieren. Die Massnahmen werden sicher die gewollte Wirkung haben. Der Schleichverkehr wird unterbunden, und viele Fahrten der Quartierbewohner werden auf Sammel- und Hauptstrassen verlegt. Das ist ja genau, was man will. Aber wie bei allen Verkehrsvorlagen passiert immer das Gleiche. Da drohen Kommentare auf den Social Media. Sie drohen irgendwie, die Speicher von älteren Geräten zum Explodieren zu bringen, weil sie im Prinzip so zahlreich, lange und laut sind. Das ist eine Art lautlose Sofa-Demo, die sich hier abspielt. Man darf sich aber nicht täuschen lassen. Auch ein paar hundert Leute, die hier sehr laut reklamieren, sind in einem Quartier von 8'000 Leuten keine Mehrheit. Dann hört man nämlich von den letzten 7'500 eigentlich nichts. Die Lebensqualität eines Quartiers steigt durch die Abnahme von Verkehr wesentlich mehr, als sie unter leicht längeren Fahrwegen mit dem Auto in die Beiz oder die Migros leidet. Das ist offensichtlich, und das sagt einer, der selber gerne Auto fährt. Vielleicht werden ja auch einzelne Bewohner motiviert, das Gipfeli zu Fuss oder mit dem Velo einzukaufen, und deshalb einen weiteren Beitrag zum Klimaziel 2030 zu leisten. Deshalb unser dringender Appell an den Stadtrat: Lasst Euch durch die Sofa-Demonstration, die auf Social Media abgeht, nicht beeinflussen, zieht diesen Versuch rasch und ohne weiteres Zögern durch und wertet, so wie es Martin vorhin angetönt hat, die Entwicklung des motorisierten Verkehrs vor und während der Massnahmen präzise aus und zeigt auf, was hier genau passiert. Vielleicht kann man nachher auch noch einmal aufgrund von nachweisbaren Erfahrungen mit den Quartierbewohnern reden. Deshalb lehnen wir den Vorschlag Sommer, der rechtlich eigentlich ziemlich schief über unserem Quartier hängt, ganz entschieden ab. Wir wollen einen Sommer ohne Durchgangsverkehr und wegen des Sommers nicht weiter zögern.

Raphael Schär: Die Grüne Fraktion wird den Vorschlag ebenfalls ablehnen. Wir haben uns im Parlament entschieden für Massnahmen im Säliquartier ausgesprochen, und unter anderem die Volksmotion im letzten Sommer, das ist schon gesagt worden, sowie die dringliche Motion von Ursula Rüegg, unterstützt das ganze Parlament deutlich. Wir würden uns also unglaublich machen. Aus dem Gespräch mit Anwohnerinnen und Anwohnern ist

mir klargeworden, dass es Massnahmen zum Schutz vor dem Durchgangsverkehr braucht. Die angedachten Massnahmen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung und müssen hinsichtlich der Wirksamkeit wirklich evaluiert werden. Das ist auch so geplant. Sobald als möglich soll auch das Gespräch mit den Quartierbewohnerinnen und –bewohnern gesucht werden, wie dies der Stadtrat in der Antwort auf die Volksmotion im Sommer versprochen hat. Wir zählen deshalb darauf, dass die Sofortmassnahmen jetzt nur unterbrochen worden sind, und fordern den Stadtrat auf, die Massnahmen sobald als möglich umzusetzen. Danke.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Wir werden dem Prüfungsauftrag grossmehrheitlich zustimmen und zwar aus zwei Gründen. Einerseits, und das mussten wir schon Martin sagen, im Protokoll der Sitzung vom 19. November 2020 kann man nachlesen, haben wir damals schon gesagt, dass man solche Massnahmen nur mit den Quartierbewohnern und nicht gegen sie machen kann. Wenn man jetzt diesen Quartierbewohnern die aufschiebende Wirkung der Beschwerdemöglichkeit abklemmen will, wenn man aufgrund von ein wenig Applaus, eine Mehrheit der Quartierbewohner zurückstellen will, kommt dies nicht gut heraus. Wir haben dies dort gesagt. Es ist genau so passiert. Sogar ein SP-Gemeinderatskandidat ist sehr aktiv geworden. Es ist wirklich ein Thema. Man muss auch noch das Andere anschauen muss. Es erscheint mir fast so ein wenig, ein König tritt ab, und am Schluss ruft er noch ins Volk. Jetzt liebt mich doch. Jetzt habt Ihr mich doch jahrelang geliebt. Liebt mich doch jetzt auch noch. Der Stadtrat hätte seit Jahren ein bestehendes Durchfahrtsverbot durchsetzen können. Er hat es einfach nicht gemacht. Jetzt will er dies offensichtlich kurz vor dem Abtritt des Königs oder des Präsidenten noch tun, und zwar nicht einfach bestehende Massnahmen durchsetzen, oder etwas machen, was innerhalb der Quartierbewohner Widerstand und Misstrauen und auch Unverständnis auslöst. Wir sind nicht grundsätzlich gegen zusätzliche Massnahmen, wenn man zeigt, dass dies notwendig ist und sie zusammen mit den Quartierbewohnern gemacht werden, so wie man dies bei x anderen Sachen auch so macht. Aber dass einfach aus dem hohen Stadthaus oben etwas verordnet wird, nachdem man jahrelang nichts gemacht hat, fördert das Vertrauen in die Politik nicht. Wir werden daher dem Prüfungsantrag zustimmen und hoffen doch auch noch, dass der Stadtrat, wenn wir jetzt applaudieren würden, auch ein wenig auf uns hören würde.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Urs, dass Du mich als König adelst, ehrt mich sehr. Ich möchte das Kompliment selbstverständlich an mein Gremium weitergeben, das natürlich auch dieser Meinung ist. Du kannst davon ausgehen, dass die Mitwirkung tatsächlich passieren wird, sobald wir die Auswertung. In dieser Frage, das weisst Du als langjähriger Politiker, ist sehr schwierig, allen alles recht zu machen. Wir haben hier auch Führungsverantwortung wahrgenommen. Ob dies vor meinem Abtritt ist oder dies der neue Stadtpräsident macht, ich glaube, das ist nicht massgebend. Aber Dein Votum hat mich sehr geehrt. Dankeschön.

Dr. Christine von Arx: Neben dem inhaltlichen gibt es hier natürlich auch noch einen formellen Aspekt. Der Vorschlag von Rolf lautet, den Beschluss des Stadtrates ist sofort aufzuheben. Dazu muss man jetzt natürlich sagen, dass es keine Möglichkeit gibt, dass ein Gemeindeparlament einen Beschluss eines Stadtrates aufheben kann. Wir haben weder die parlamentarischen Mittel dazu, noch inhaltlich die rechtliche Kompetenz. Ein Vorschlag gemäss § 16 Gemeindeordnung kann natürlich nur etwas betreffen, wo das Parlament selber eine Kompetenz hat, mit einem Instrument, das existiert. Das ist hier nicht der Fall. Es wäre keine Motion, es wäre kein Postulat, es wäre damit auch kein Auftrag nach neuem Recht. Inhaltlich gesehen ist die Frage der Verkehrsregelung laut dem übergeordneten Recht ganz klar Sache des Stadtrates. Was Rolf hier eigentlich vorschlägt, ist eine krasse Missachtung der Gewaltentrennung. Das Parlament kann Stadtratsbeschlüsse nicht aufheben. Das kann allein der Stadtrat selber, wenn er es in Wiedererwägung zieht oder natürlich die Justiz. Das haben die Leute, die gegen das neue Verkehrsregime und diesen Versuch sind, haben dies gemacht, und es wird in der Justiz respektive im Moment in der Verwaltungsgerichtsbarkeit auch so behandelt. Sie haben korrekterweise auch beantragt, dass die aufschiebende Wirkung wieder gewährt wird. Darüber wurde auch befunden. Wenn man sich jetzt sagt, gut, im Rahmen der Oberaufsicht kann das Parlament beim Stadtrat schon auch noch ein wenig

korrigierend eingreifen, ist es natürlich so, dass Oberaufsicht nicht bedeutet, man hebt konkrete Entscheide auf. Oberaufsicht ist eine politische Kontrolle mit dem Ziel, dass man die demokratische Verantwortlichkeit einer Behörde stärken kann, bei den Abläufen ein wenig Transparenz schaffen kann und allgemein einfach das Vertrauen der Bevölkerung in eine Institution zu festigen, indem man je nachdem auf Mängel oder Missstände hinweist und versucht, einen Lernprozess einzuleiten. Das ist aber hier irgendwie nicht der Fall. Von daher gesehen bitte ich Euch schon auch aus rein rechtlichen Überlegungen, diesem Vorschlag so nicht stattzugeben. Im Übrigen bin ich überrascht, dass in einem Stadtrat, in dem es zwei Juristen hat, niemand auch auf die Idee gekommen ist, dass man vielleicht etwas dazu sagen müsste.

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Ich möchte inhaltlich kurz sagen, dass es auch hier vom Stadtrat festgehalten ist, dass es als Prüfungsauftrag wahrgenommen wird.

Heinz Eng: Vielleicht neben allem Formellen und Rechtlichen etwas Praktisches. Es ist erstaunlich, wie viele Leute sich dazu äussern, die eigentlich gar nicht in diesem Quartier wohnen. Ich würde mir auch nie anmassen zu sagen, was für die Leute im Schöngrund gut und nicht gut ist. Auch wenn dort oben Anwohner hüben wie drüben reagieren würden, weil beim Hörensagen nicht immer die Wahrheit ist. Da wird die ganze Geschichte mit der Brechstange, jetzt mit diesen Barrieren, gemacht. Urs Knapp hat es auch gesagt. Das hat einen ganz langen Vorspann, eine lange Vorgeschichte, und dort gab es immer wieder Etappen, in denen der Stadtrat klar sagen konnte, jetzt kontrollieren wir mehr, jetzt machen wir mehr, und ich weiss nicht was alles, und stellen an den neuralgischen Punkten zu gewissen Zeiten mobile Equipen usw. Das wäre nämlich viel gescheiter gewesen. Dort wird nicht 365 Tage 24 Stunden im Quartier hinauf- und hinuntergerast. Ich wohne dort und fahre oft herum, so wie Ruedi auch. Ich habe ebenfalls gerne Autos. Es ist auch eine gewisse Rücksichtnahme auf den anderen. Die Schulkinder sind sich dies gewöhnt. Sie heben die Hand. Man wartet. Auch dort gibt es ein gewisses Verständnis. Es ist klar, dass man jetzt hier die Quartierstrassen aufwerten will, und ich weiss nicht was alles. Aber auch in diesen Quartieren hat es Anwohnerinnen und Anwohner, die Autos haben, auf das Auto angewiesen sind und mit dem Auto fahren müssen. Da ist halt wieder die Brechstange. Es hätte im Vorfeld ganz viele andere Elemente gehabt, die man noch einmal hätte anschauen können, neuralgisch, zu welcher Zeit usw. Jetzt wird hier von drei Vierteln der Bevölkerung, die gar nicht dort oben wohnen, die ganze Sache begutachtet und im Parlament auch entsprechend bewilligt. Mir ist schon klar, dass der Weg von Rolf Sommer vielleicht etwas falsch ist. Aber ganz unrecht, und das hat auch Urs gesagt, hat er nicht. Ich finde das Vorgehen auch etwas mit der Brechstange. Ob es dies gebraucht hat, da mache ich ein Fragezeichen. Aber sei es so.

Beschluss

Mit 31 : 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Vorschlag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter der entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Parlamentspräsident Philippe Ruf: Ich danke Euch vielmals für die heutige Sitzung, dass wir trotz Anfangsschwierigkeiten doch, wie ich finde, respektabel produktiv weiterarbeiten konnten. Heinz, ich gehe jetzt nach Hause, trinke ein Bier auf meiner Terrasse auf das Schulhaus, das vor meiner Terrasse gebaut wird, obwohl Ihr gar nicht in diesem Quartier wohnt. Aber solches gehört dazu, weil wir für Olten Politik machen. Es freut mich, dass dieses Schulhaus bald zustande kommen wird. Ich danke Euch nochmals für die produktive Sitzung und wünsche Euch einen schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.